

Sport, Werte und Politik

Zwischen Neutralität und Haltung zeigen - Teil 1



Inhalt Heft 1

Vorwort	5
Einleitung	6

Sport und Wissenschaft

Olympische Werte des Sports.....	8
Von politischer Totalität über Neutralität und Negation zum etablierten Politikfeld – eine Entwicklungsgeschichte des Verhältnisses von Sport und Politik	13
„Neutral“ gilt nur für Schiedsrichter*innen.....	30

Themenvertiefung

Boykott ist nicht die Lösung.....	37
„Rollrasenboykott“ für die Menschenrechte?	42
Positionierung mündiger Athlet*innen.....	58
Politik hat im Stadion nichts verloren (!?)	64
Autor*innen	72



VORWORT

Liebe Leser*innen,

Ist Sport politisch – und darf er das überhaupt sein? Diese Fragen sind schon lange umstritten und die Antworten darauf nicht einfach. Und doch lässt sich kaum verhehlen, dass der Sport immer wieder an wichtigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und Ereignissen unmittelbar beteiligt war und es bis heute ist. Dies trifft ebenso auf seine Rolle in der NS-Zeit oder im Kalten Krieg zu, wie auch auf Ereignisse aus der jüngeren Vergangenheit, wie die Unterbringung von Geflüchteten in Turnhallen oder solidarische Kampagnen und starke Zeichen für Diversity und gegen Rassismus.

Der gemeinnützige, organisierte Sport mit seinen 90.000 Sportvereinen sowie vielen Bünden und Verbänden ist also immer schon ein wichtiger Teil (gesellschafts-)politischer Entwicklungen, weshalb ihm auch eine große gesellschaftliche Verantwortung zukommt. Doch er besitzt auch die positiven Potenziale, um dieser Verantwortung gerecht zu werden, gesellschaftliche Spannungen zu überwinden, zum Zusammenhalt beizutragen und Werte wie Vielfalt, Fairness und Respekt zu vermitteln.

Diese Wertebasis findet sich auch in den Satzungen vieler Vereine und Verbände wieder. Im Schulterschluss mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen kann so auch antidemokratischen Strömungen und rechts-populistischen Einstellungen, die sich in der Mitte unserer Gesellschaft breit machen, kraftvoll entgegengetreten werden. Es gilt, sich bedingungslos gegen jegliche Form diskriminierender, menschenverachtender, antidemokratischer und extremistischer Haltungen und Handlungen zu stellen, denn diesen Entwicklungen dürfen und wollen wir nicht tatenlos zusehen – weder im noch jenseits des Sports.

Mit einer **Positionierung zum Umgang mit antidemokratischen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien, Gruppierungen und Akteur*innen** haben die Deutsche Sportjugend (dsj) und der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) im September 2020 ein unmissverständliches Zeichen gesetzt. Bereits seit vielen Jahren setzt die dsj diese Haltung auch in ihrem Handlungsfeld „Sport mit Courage“ um und unterstützt ihre Mitgliedsorganisationen dabei, sich für Demokratie und gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus einzusetzen.



Dazu soll auch die neue Materialsammlung „Starker Sport für eine starke Demokratie“ beitragen, die von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im Rahmen des Projekts „Demokratieförderung im Sport“ gefördert wird.

Mit den dort bereitgestellten Ratschlägen, Anleitungen und Informationen möchten wir Sie, die ehrenamtlich und hauptberuflich Engagierten, dabei unterstützen und dazu ermutigen, sich weiterhin unermüdlich für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft einzusetzen. Sie sind diejenigen, die die Werte des Sports vorleben und weitertragen. Dafür möchte ich Ihnen im Namen der Deutschen Sportjugend ganz herzlich danken!

Auch all denjenigen, die bei der Erstellung und Umsetzung dieser Materialsammlung mitgewirkt haben, gilt ein großer Dank, ebenso wie unseren Zuwendungsgeber*innen für ihre Unterstützung: dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Der Sport besitzt die Kraft, zum Zusammenhalt der Gesellschaft beizutragen. Doch es liegt in unser aller Verantwortung diese Kraft auch zu nutzen! Deshalb appelliere ich an Sie alle: Bleiben Sie aufmerksam und setzen Sie sich weiterhin lautstark ein, für unsere gemeinsamen Werte des Sports!

Herzlichst

Ihr Benny Folkmann
2. Vorsitzender Deutsche Sportjugend

EINLEITUNG

Dem Sport werden in einem modernen Verständnis zahlreiche positive Potenziale zugeschrieben, wie die Fähigkeit, Gegensätze zu überwinden und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen, bis hin zur Völkerverständigung bei internationalen Großturnieren. Die Grundlage dafür böten die dem Sport immanenten Werte wie Vielfalt, Fairness, Chancengleichheit und Partizipation, heißt es. Doch bei diesen wünschenswerten gesellschaftlichen Prozessen, zu denen der Sport zweifellos beitragen kann, müsse er – so ist immer wieder zu hören – auf politischer Ebene Neutralität bewahren.

Wie aber könnte der Sport, der noch dazu als Vehikel für gesellschaftliche Entwicklungen verstanden wird, unpolitisch bleiben, wo im Sport dieselben gesellschaftspolitischen Phänomene auftreten, wie in den meisten anderen Teilen der Gesellschaft? Was würde so eine Haltung – also ein unpolitischer Sport – mit den positiven, sozialen Potenzialen des Sports machen, und wie würde sie sich auswirken, wenn „die Werte des Sports“ mit Leben gefüllt und verteidigt werden sollten?

Um einen umfassenden Einblick in diese Debatten zu erhalten, hat die Deutsche Sportjugend daher Menschen aus der Wissenschaft, der Politik, aus verschiedenen Ebenen und Bereichen des organisierten Sports sowie aus anderen Teilen der Zivilgesellschaft gebeten, ihre eigenen Perspektiven darauf darzulegen. Das Ergebnis ist das vorliegende Themendossier „Sport, Werte und Politik“, das den Leser*innen sowohl als Informationsquelle, als auch als praktische Hilfestellung für die Anwendung im sportlichen Alltag dienen soll. Das Themendossier ist daher in zwei Hefte unterteilt. Im ersten Heft stehen die

wissenschaftliche Betrachtung sowie eine Auseinandersetzung mit dem Thema auf Ebene des professionellen bzw. Leistungssports und von Sportgroßveranstaltungen im Zentrum. Das zweite Heft ist hingegen Praxisberichten und -anleitungen für den Breitensport gewidmet. Beide Hefte des Themendossiers in digitaler Form sowie themenbezogene Videos und weitere ergänzende Materialien stehen Ihnen auf www.sport-mit-courage.de kostenfrei zur Verfügung. Die beiden Dossierhefte sind außerdem über den dsj-Shop als Druckfassung erhältlich: www.dsj.de/publikationen

Im ersten Heft des Themendossiers befassen sich Stefanie Pietsch, Wolfgang Buss und Jana Sämann in jeweils eigenen Beiträgen aus wissenschaftlicher Perspektive mit dem Spannungsfeld von Sport, Werten und Politik. Sie erörtern die Relevanz und Aktualität olympischer Werte, behandeln die historische Entwicklung des Verhältnisses von Sport und Politik und setzen sich mit dem umstrittenen Neutralitätsbegriff auseinander. Als Teil der Beiträge zur Themenvertiefung reflektiert Ronny Blaschke im Anschluss seine eigene Haltung zur Frage von Boykotten sportlicher Großveranstaltungen. Auch Bernd Beyer, Dietrich Schulze-Marmeling, Sabine Poschmann und Silvia Renk-Lange diskutieren in einem schriftlichen Streitgespräch über die Sinnhaftigkeit solcher Boykotte. Kann Boykott für den organisierten Sport ein legitimes Mittel des Protests sein? Oder sollten Athlet*innen besser die größtmögliche, sportliche Bühne nutzen und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung nutzen, um Missstände anzuprangern und für ihre Werte und Ideale einzustehen? Nike Lorenz, Gunter A. Pilz und Johannes Herber haben zu letzterer Frage klare Antworten gefunden, die von Jan

F. Orth aus einer sportrechtlichen Perspektive kommentiert werden. Die vollständigen Video-Interviews von Lorenz, Pilz und Herber finden Sie unter www.sport-mit-courage.de. In einem Chat-Gespräch mit Mitarbeitenden der dsj liefern Julia Zeyn und Michael Gabriel von der Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS bei der dsj)) zudem Einblicke in die Fansozialarbeit und deren Auseinandersetzung mit politischen Fragen im Fußball.

Im zweiten Heft des Themendossiers zeigen Beispiele aus der Praxis, wie wertebasierte politische Bildung und Demokratiebildung im Sport aussehen kann und welche rechtlichen Mittel Sportvereinen und Engagierten zu ihrem Schutz vor rechtspopulistischer und rechtsextremer Einflussnahme zur Verfügung stehen. Einleitend steht dabei die Frage im Raum: Was sind überhaupt „die Werte des Sports“? Wofür sollte der Sport stehen, und wie können diese Werte mit Leben gefüllt, überprüft, hinterfragt sowie gegen Aushöhlung und ihre Verkehrung ins Gegenteil verteidigt werden? Maria Tiborski und Stephan Matecki vom Projekt „Menschlichkeit und Toleranz im Sport (MuT)“ des Landessportbunds Sachsen-Anhalt sowie Angelika Ribler (Sportjugend Hessen) und Peter Müller (freier Trainer und Coach) liefern darauf in ihren Beiträgen spannende und praxisnahe Antworten. Häufig müssen vor der Vermittlung von Werten jedoch zunächst ein gemeinsames Wertesystem und die richtige Haltung im Verein erarbeitet werden. Wie dies mithilfe von Leitbildprozessen geschehen kann, zeigen der Praxisbericht des Projekts „Sport zeigt Gesicht!“ des Landessportbunds Thüringen sowie der Beitrag von Reiner Becker und Angelika Ribler zu einem Leitbildprozess im professionellen Sport. Eine zentrale Säule zur Vermittlung dieser Werte und – damit verbunden – eines demokratischen Grundver-

ständnisses sind die Übungsleiter*innen. In ihrem Beitrag weist Katharina Morlang (dsj) auf die Möglichkeiten hin, die Übungsleiter*innen haben, um dieser Verantwortung nachzukommen.

John Gerrit Roeder und Martin Nolte geben Einblicke, wie sich Sportvereine aus Perspektive der Mobilen Beratung, respektive aus juristischer Perspektive, gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Einflussnahme schützen können und knüpfen damit an die bei der dsj bereits entwickelten **Materialien zum Thema „RECHTSsicherheit im Sport“** an. Ergänzend dazu liefert Stephan Wagner die passenden Satzungsvorlagen und gibt Tipps für die Anwendung im Sportverein. Zum Abschluss des Themendossiers belegen die Berichte der Hessischen Jugendfeuerwehr und des Arbeiterwohlfahrtsverbands (AWO), dass Fragen nach dem Umgang mit Werten nicht nur den Sport, sondern auch andere Teile der Zivilgesellschaft beschäftigen und auch dort gute Lösungen gefunden werden, um diese Werte mit Leben zu füllen.

Die Vielfalt an Beiträgen in diesem Themendossier macht deutlich: Es gibt zahlreiche und teils sehr unterschiedliche Meinungen, wie das Spannungsfeld von Sport, Werten und Politik beschrieben und bewertet werden kann. Die Perspektiven der Autor*innen sind daher vor allem als Ausdruck ihrer eigenen politischen Haltung zu verstehen. Die dsj möchte mit diesem Themendossier allerdings einen Anstoß für die kritische Auseinandersetzung mit der Thematik im und jenseits des Sports liefern und auf diese Weise zur Weiterentwicklung der Strukturen des gemeinnützigen, organisierten Sports und weiterer Teile der Zivilgesellschaft beitragen.



**Setzen Sie sich lautstark ein
für unsere gemeinsamen
Werte des Sports**

Olympische Werte des Sports



Stefanie Pietsch

Universität Regensburg, Professorin für Sportpädagogik

Speziell die Olympischen Spiele und der olympische Sport üben sowohl im positiven als auch im negativen Sinn einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Einstellungen und Handlungen von Sportler*innen und Zuschauer*innen aus. Auf der ganzen Welt wird mitgefiebert, wenn sich die besten Athlet*innen der Welt im sportlichen Wettstreit messen. Für viele Sportler*innen sind die Olympischen Spiele das absolute Highlight ihrer Karriere. Aber auch die Kommerzialisierung und Politisierung der Spiele stehen im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Olympiabewerbungen spalten vor allem in der westlichen Welt die Gesellschaften in Gegner*innen und Befürworter*innen.

Auch Medienspektakel und Dopingskandale tragen nicht zu einem positiven Gesamtbild der olympischen Bewegung bei. Die drei ursprünglichen Säulen des Olympismus – Sport, Kultur und Erziehung – geraten dabei aufgrund dieser negativen Begleiterscheinungen in Bezug auf die Entwicklung des olympischen Sports häufig in den Hintergrund und die „olympische Werte“ stehen auf dem Prüfstand. Aber was genau sind eigentlich die „olympischen Werte“? Um diese Frage zu klären, muss man sich mit dem Ursprung der Olympischen Spiele der Neuzeit beschäftigen.



Olympische Werte – was ist das eigentlich?

Allgemein sind Werte wie Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit oder Solidarität wichtige Leitlinien für das Zusammenleben in einer Gesellschaft. Sie bieten eine Orientierungshilfe für gewünschte Verhaltensweisen und helfen bei der Entscheidungsfindung, wenn unterschiedliche Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Wertvorstellungen sind in der Regel im historischen Kontext entstanden, sind jedoch wandel- und gestaltbar und passen sich dem aktuellen Zeitgeschehen an (vgl. Emrich & Klein 2008, S. 17).

Da körperliche Aktivität ein fester Bestandteil der kulturell-gesellschaftlichen Lebenswelt ist, spiegelt der Lebensbereich Sport die Gesellschaft bzw. deren kulturelle Strukturen, Werte und Normen in vielerlei Hinsicht wider und unterliegt einem ständigen Wandel. Durch Sport können fundamentale Werte wie Fairplay, Teamgeist und Engagement vermittelt und erfahren werden, die eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Sportkultur bilden. Um im DOSB überhaupt als Sportart aufgenommen zu werden, muss zum Beispiel neben einer „eigenen, sportartbestimmenden motorischen Aktivität“ als Selbstzweck zwingend auch „die Einhaltung ethischer Werte wie z. B. Fairplay“ gewährleistet werden (DOSB 2018, S. 2 f.). Die verschiedenen Formen des Sports repräsentieren aber nicht nur viele unterschiedliche Eigenschaften, Werte und Normen der modernen Gesellschaft, sondern auch deren Fehlentwicklungen und Schattenseiten.

Die grundlegenden Wertvorstellungen im Sport sind stark durch die olympische Bewegung geprägt. Für Pierre de Coubertin, den Begründer der modernen Olympischen Spiele, war die Erziehung im und durch Sport, also quasi die Vermittlung von Werten mit Hilfe des Sports, ein zentrales Element seiner olympischen Idee. Er orientierte sich dabei am Modell des modernen englischen Sports, dem er neben dem Grundsatz der körperlichen Leistungssteigerung vor allem entnahm, dass die moralischen Werte junger Menschen besonders über die individuellen Erfahrungen, die in der Sportpraxis gesammelt werden, entwickelt und auf die eigene Lebenswelt übertragen werden können. Zusätzlich integrierte er in sein sportpädagogisches Modell auch Aspekte wie Charakterbildung und Friedenserziehung. Diese „Olympische Erziehung“ soll laut Coubertin eine allgemeine und allen zugängliche sportliche Erziehung mit dem hochgesteckten Ziel einer weltweiten Realisierung pädagogischer und humanitärer Ziele sein.

Fünf Werte bzw. Prinzipien waren dabei für Coubertin besonders wichtig (vgl. Grupe 2013, S. 13–16): Das *Prinzip der Leib-Seele-Einheit* beinhaltet eine harmonische und ganzheitliche Erziehung des Menschen, die über eine rein körperliche Ausbildung hinausgeht. Sport soll also nicht nur zur Steigerung der eigenen körperlichen Leistungsfähigkeit betrieben werden. Das *Prinzip der individuellen Selbstvollendung* ist nicht als Selbstverwirklichung zu interpretieren, sondern beinhaltet einen dauerhaften Lern- und Erziehungsprozess, die beständige Arbeit an sich selbst und das Streben nach menschlicher Vollendung im und durch Sport. Durch das *Prinzip des Amateurismus* wollte Coubertin sicherstellen, dass nicht materielle Interessen der ausschlaggebende Antrieb für eine sportliche Betätigung im Sinne des olympischen Sports darstellen, sondern dass Sport aus intrinsischen Motiven heraus betrieben wird. Das *Prinzip der Ritterlichkeit*, oder etwas moderner das Prinzip der Fairness, beinhaltet die Bindung des*r Sportler*in an ethische und moralische Regeln und Grundsätze. Durch die Ausübung von Sport soll faires Verhalten gegen über sich selbst, den Mitspieler*innen und den Gegner*innen erlernt und erlebt werden. Mit dem *Prinzip der Friedensidee* des Sports wollte Coubertin den Friedensgedanken auch im Leistungs- und Wettkampfprinzip verankern und im Sinne von Internationalität die Akzeptanz universeller Werte unterstützen.

Diese damals entwickelten Werte für den olympischen Sport müssen jedoch aufgrund des sich kontinuierlich ändernden Gegenwartsbezugs einer ständigen Überprüfung unterliegen. Die Inhalte müssen der aktuellen Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen angepasst werden. So kann man die Prinzipien der Friedensidee oder des Fairplay heute durchaus auf das friedliche Zusammenleben und gemeinsame Sporttreiben in einer multikulturellen und inklusiven Gesellschaft beziehen oder den Lohn des kontinuierlichen Übens nicht nur an einer Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit messen, sondern auch an der positiven Entwicklung in Bezug auf das Selbstvertrauen und die Selbstachtung von Kindern und Jugendlichen. Naul (2007, S. 83ff.) ergänzte beispielsweise als weiteres Prinzip die Förderung emanzipatorischer Entwicklungen im und durch Sport. Wenn es nach Coubertin gegangen wäre, würden noch heute nur Männer an den Olympischen Spielen teilnehmen. Inzwischen gibt es zwar in beinahe jeder Sportart Wettbewerbe für Männer und Frauen, das bedeutet jedoch nicht, dass in allen Ländern Frauen gleichberechtigt Sport treiben dürfen oder zu den Olympischen Spielen entsandt

werden. Auch die Diskussion um die Startregeln für intergeschlechtliche cisgender Frauen, wie die afrikanische Läuferin Caster Semenya, sowie für Menschen, die sich jenseits eines binären Geschlechterverständnisses von „Frau“ und „Mann“ verorten, bedarf eines sensiblen Umgangs.

Eine zeitgemäße und moderne olympische Sporterziehung, die sich an den olympischen Werten orientiert, beinhaltet damit sowohl das grundlegende Prinzip des Übens und Trainierens, also die Arbeit an der kontinuierlichen Verbesserung der sportlichen Leistungsfähigkeit unabhängig von der Könnens- und Leistungsebene, als auch die Vermittlung von Prinzipien wie Fairness, soziales Lernen und Gesundheitserziehung. Vor allem im Bereich des Schul- und Vereinssports können so nach Naul (2007, S. 147f.) soziale und moralische Verhaltensweisen gefördert und gefestigt werden und junge Sportler*innen erwerben ein wichtiges persönliches Know-how für den Umgang mit den vielfältigen Erscheinungsformen des Sports. Elemente wie Leistung und die Bereitschaft zur körperlichen Anstrengung sollen gezielt mit individuellen und sozialen Lernzielen verknüpft werden und entfalten sich im gegenseitigen Wechselspiel so in komplexer Art und Weise. Dadurch wird Olympische Erziehung und die Vermittlung olympischer Werte zu einer „integrative[n] Entwicklungsförderung sportlicher, sozialer, moralischer und geistiger Erziehung, die individuelles sportliches Können als Leisten, Wettkämpfen und Fairplay fördert, um darüber verschiedene positive Sozialerfahrungen und moralische Werthaltungen für den Einzelnen zu entwickeln“ (Naul 2007, S. 106).

Eine derartige Form der Erziehung beinhaltet also nicht nur die spezifische Vorbereitung auf die Anforderungen einer bestimmten Sportart oder allgemein die Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit, vielmehr geht es auch um die Erziehung *durch* Sport. Das unmittelbare Erleben von Aspekten wie Kooperation oder Fairplay im aktiven Sporttreiben ermöglicht vor allem durch eine langfristige Auseinandersetzung mit sportlichen Herausforderungen eine besondere Intensität und Tiefe in Bezug auf die Entwicklung eines grundlegenden Werteverständnisses. Durch die Ausübung von Sport, mit dessen Hilfe spezifische Erfahrungen und Erlebnisse „am eigenen Leib“ gesammelt werden, können motorische, kognitive, soziale und emotionale Wirkungsbereiche des Sports wie das Erlernen und Anwenden von Regeln und fairem

Handeln im sozialen Zusammenleben auf spielerische Art und Weise erprobt werden. Aufgrund der nicht nur theoretischen Unterweisung lassen sich diese über Erlebnis- und Erfahrungssituationen im menschlichen Handeln verankern.

Geßmann (2004, S. 143–147) formuliert im Rahmen der sportlichen Wertevermittlung als konkrete Lehr-Lernziele speziell im Kinder- und Jugendsport die drei Bausteine *Leistung*, *Fairness* und *Gegenseitige Achtung*. Im Bereich Leistung betont er als eine der Hauptaufgaben die grundsätzliche Arbeit am persönlichen Leistungsfortschritt und die Entwicklung des eigenen sportlichen Könnens. Wichtig sind hier vor allem Aspekte wie „gerne lernen“, „sich beharrlich anstrengen“, „das Beste geben“, „gemeinsam etwas schaffen“, „nicht so leicht aufgeben“, „Freude am Können entwickeln“ und „zeigen, was man kann“ (DOA 2012, S. 9). Der Begriff Fairness beinhaltet die „Bereitschaft, durch Helfen, Unterstützen, Rücksicht-Nehmen [sic] zum Gelingen gemeinsamen Leistens beizutragen“ (Geßmann 2004, S. 145). Konkrete Punkte, die hier genannt werden können, sind „Regeln und Absprachen einhalten“, „mit Anstand gewinnen und verlieren können“, „vom Anderen her denken“, „Foul-Spiel ablehnen“, „Aggressionen vermeiden“ oder „sich keine feigen Vorteile verschaffen“ (DOA 2012, S. 9). In Bezug auf die gegenseitige Achtung stehen Aspekte wie das Akzeptieren und die Anerkennung der Anstrengungen und Leistungen der sportlichen Partner*innen und Gegner*innen im Vordergrund. Dies beinhaltet beispielweise „die Anstrengung und Leistung Anderer würdigen“, „im Gegner den Partner schätzen“, „Verschiedenheit erkennen und akzeptieren“, „sich verständigen und Gemeinschaft stärken“ sowie „am Miteinander Freude entwickeln“ (DOA 2012, S. 9).

Laut Binder (2000) lassen sich diese Werte auch auf die allgemeine Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen übertragen. Junge Menschen entwickeln zum Beispiel ihre körperlichen und intellektuellen Fähigkeiten weiter, indem sie sich selbst und andere durch Bewegung, Spiel und Sport (heraus)fordern. Das Erlernen von fairem Verhalten im Sport trägt zu einem fairen Verhalten in der Gemeinschaft und im alltäglichen Leben bei. Zudem kann das Erleben von Respekt vor Unterschiedlichkeit im Sport in einer multikulturellen Welt zu einem friedlicheren und verständnisvolleren Verhalten führen.

Sind olympische Werte im Sport heute noch aktuell?

Die Olympische Charta des Internationalen Olympischen Komitees formuliert die Vermittlung von „olympic values“ noch heute als eine der Hauptaufgaben der modernen Olympischen Bewegung. Das IOC benennt konkret „excellence, friendship and respect“ als die drei Säulen des Olympismus. Auf ihnen baut die gesamte olympische Bewegung auf (IOC 2020). Exzellenz beinhaltet das Bemühen, bei dem, was man tut, als Individuum oder in einer Gruppe das Beste oder Bestmögliche zu erreichen und die eigenen Grenzen zu überwinden. Freundschaft steht als Überbegriff für das Bemühen, einen Beitrag zu einer friedlichen und besseren Welt zu leisten. Respekt wird als eine moralische Verpflichtung angesehen, die alle Aktivitäten der olympischen Bewegung prägt. Dazu zählen der Respekt vor der Integrität der eigenen Person ebenso wie die Achtung der anderen in ihrer jeweils individuellen Unterschiedlichkeit, der Respekt vor Regeln und vor dem Prinzip des Fairplay. Durch die Verbindung des Sports mit Kultur und Erziehung soll in einer pädagogisch-humanistischen Erziehungsidee ein Lebensstil entwickelt werden, der zum einen die Freude an der Leistung beinhaltet und zum anderen soziale und humane Werte propagiert (Vedder & Lämmer 2014, S. 7). Das IOC hat daher im Rahmen seines Olympic Values Education Programme (OVEP) eine Vielzahl von Lehrmaterialien entwickelt, mit Hilfe derer die Bedeutung von körperlicher und sportlicher Aktivität und das Verständnis für die olympischen Werte und Ideen weltweit gefördert werden sollen (IOC, 2020). In Deutschland übernimmt dies die Deutsche Olympische Akademie (DOA), die aktuell zu den jeweiligen Olympischen Spielen Unterrichtsmaterialien für alle Altersstufen entwickelt.

Bei realistischer Betrachtung der olympischen Wirklichkeit stellt sich jedoch eine entscheidende Frage: Eignen sich Olympische Spiele als Bühne und Konstrukt tatsächlich auch heute noch dazu, Kindern und Jugendlichen, aber auch erwachsenen Sportler*innen bestimmte Werte nahezubringen und zu vermitteln? Ist das vor dem in der Öffentlichkeit wahrgenommenen, vor allem medial vermittelten Bild der Olympischen Spiele mit ihrem Hang zum Gigantismus überhaupt noch zeitgemäß vertretbar? Auf den ersten Blick kann dies eine*n Erziehende*n, unabhängig davon, ob Lehrer*in oder Trainer*in, durchaus in ein Dilemma stürzen, da die in der Regel auf positiven Beispielen basierende pädagogische Wertevermittlung hier auf ein abweichendes und ambivalentes Erfahrungswissen trifft.

Olympische Werte des Sports dürfen auf keinen Fall idealistisch und unkritisch positiv mit dem Großereignis der Olympischen Spiele verknüpft werden. Im Gegenteil, angesichts politischer und kommerzieller Verstrickungen, die in der Öffentlichkeit häufig den olympischen Diskurs dominieren, ist oft auf den ersten Blick wenig Vorbildliches und pädagogisch Sinnvolles erkennbar. Auch wenn derartige negative Aspekte die Idee olympischer Werte natürlich nicht völlig außer Kraft setzen, muss deren eigentlicher Sinn, ihre Bedeutung und auch ihre pädagogische Zielsetzung immer wieder neu hinterfragt werden. Olympische Erziehung muss einem Prozess ständiger Weiterentwicklung unterliegen, ihre Werte und Ziele müssen beständig diskutiert und angepasst werden. Trotz der teilweise negativen Konnotation und vereinzelt berechtigten Zweifeln an der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Vermittlung der olympischen Kernbotschaft gibt es keine andere Großveranstaltung, bei der eine friedliche und kulturelle internationale Vielfalt in einem fairen Wettbewerb so unmittelbar erlebt und vermittelt werden kann. Für sehr viele Athlet*innen sind die olympischen Werte für ihr Handeln bestimmend. Das Auftreten und Verhalten von Olympiateilnehmer*innen, wie zum Beispiel die Entscheidung der beiden Hochspringer Gianmarco Tamberi und Mutaz Essa Barshim, auf ein Stechen zu verzichten und sich die Goldmedaille bei den Olympischen Spielen in Tokio 2021 zu teilen, macht sie zu Vorbildern für alle Altersgruppen.

Gleichzeitig ist aber auch oft das Gegenteil der Fall. Athlet*innen zeigen keinen Respekt gegenüber Regeln oder dopen sich, um einen Leistungsvorteil gegenüber den Gegner*innen zu erreichen. In Training und Wettkampf werden Risiken eingegangen, die die eigene Gesundheit gefährden, statt Teamwork ist Egoismus zu beobachten. Fairplay ist im Sport ebenso zu finden wie Manipulation und Korruption. Die Beschäftigung mit aktuellen olympischen Themenbereichen wie Nachhaltigkeit, Kommerzialisierung, Gigantismus und Doping, die Auseinandersetzung mit der olympischen Vergangenheit und deren Entstehungsgeschichte aber auch die Entwicklung der paralympischen Bewegung eignet sich aufgrund der Ambivalenz der olympischen Bewegung und ihrer Strukturen hervorragend, um olympische Werte zu überprüfen und ihre Auslegung zu hinterfragen. Gerade in Zeiten der sozialen Medien, in denen eine Fülle von ungeprüften Informationen ungefiltert und häufig mit unklarer Quellenlagen sehr schnell sehr viele Menschen erreicht, ist es von enormer Bedeutung, aktuelle Entwicklungen

kompetent beurteilen und einschätzen zu können. Bei genauerer Betrachtung bietet also gerade diese Ambivalenz eine hervorragende Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit Wertvorstellungen und Normen in einem realistischen und dennoch motivierenden und interessanten Umfeld. Vereine und Übungsleiter*innen können sich beispielsweise den Bekanntheitsgrad der Olympischen Spiele und die damit verbundene Vorbildwirkung von Sportler*innen zunutze machen, um wichtige und grundlegende Werte, wie beispielsweise den fairen Umgang mit gegnerischen Mannschaften, zu vermitteln. Demgegenüber stehen aber auch Regelübertretungen oder unfaires Verhalten von Sportler*innen, die durch die Medien sehr präsent dargestellt werden. Hier ist es wichtig, diese Situationen nicht unter den Tisch fallen zu lassen, sondern als aktuelle und vielen Kindern und Jugendlichen bekannte Beispiele bewusst aufzugreifen und altersentsprechend aufbereitet zu diskutieren. Gerade in leistungsportorientierten Trainingsgruppen kann hier auch der verantwortungsvolle Umgang mit dem eigenen Körper im Gegensatz zum Sieg um jeden Preis angesprochen werden.

Literaturverzeichnis

Binder, Deanna L. (2000):

Be a champion in life! A book of activities for young people based on the joy of participation and on the important messages of the Olympic idea. An international teachers' resource book for schools. Athens: FOSE.

Deutsche Olympische Akademie Willi Daume e.V. (2012):

Olympia ruft: Mach mit! Frankfurt am Main.

DOSB (2018). Aufnahmeordnung des DOSB:

Abgerufen am 28.03.2021 unter https://cdn.dosb.de/user_upload/www.dosb.de/uber_uns/Satzungen_und_Ordnungen/aktuell_Aufnahmeordnung_2018_.pdf

Emrich, Eike & Klein, Stephanie (2008):

Übungsleiter und Trainer als Werte(ver)mittler – Eine Handreichung für olympische Erziehung in Sportorganisationen und Schulen. Kassel: AGON-Sportverlag.

Geßmann, Rolf (2004):

Olympisches Menschenbild und schulische Sportdidaktik. In NOK (Hrsg.), *Olympische Erziehung – eine Herausforderung an Schulpädagogik und Schulsport* (S. 131–153). Sankt Augustin: Akademia.

Die olympische Bewegung und die daraus resultierenden Spiele haben sich seit ihrer Gründung im Jahr 1894 sehr verändert, weiterentwickelt und die ursprünglich angestrebten olympischen Ideale und Werte wurden und werden häufig durch nationale, politische, kommerzielle und mediale Interessen ad absurdum geführt. Obwohl die zugrundeliegende pädagogische Bedeutung des Olympismus aufgrund dieser ständig neuen Herausforderungen in einem dynamischen Prozess stetig hinterfragt werden muss, sind die ursprünglich formulierten Werte auch heute noch aktuell. Im Sinne Coubertins können die Vermittlung und das Erfahren von Werten mittels eines olympischen – an Leistung und Internationalität orientierten – Sports, der ein faires Handeln in sportlichen Bewährungssituationen ermöglicht, länder- und kulturübergreifend gerade in der Auseinandersetzung mit aktuellen Trends und Entwicklungen der olympischen Bewegung zur Sinnbestimmung des Sports in einer modernen Welt beitragen.

Grupe, Ommo (2013):

Die Olympische Idee ist eine „Erziehungsidee“. In A. Hofmann, & M. Krüger (Hrsg.), *Olympia als Bildungsidee. Beiträge zur Olympischen Geschichte und Pädagogik* (S. 9–22). Wiesbaden: Springer.

IOC (2020). Olympic values education programme:

Abgerufen am 12.12.2020 unter <https://www.olympic.org/olympic-values-and-education-program>

Naul, Roland (2007):

Olympische Erziehung. Edition Schulsport (Band 7). Aachen: Meyer & Meyer.

Vedder, Christoph & Lämmer, Manfred (2014):

Olympische Charta 2014 (Deutsche Übersetzung). Frankfurt/Main: Deutsche Olympische Akademie.

Von politischer Totalität über Neutralität und Negation zum etablierten Politikfeld – eine Entwicklungsgeschichte des Verhältnisses von Sport und Politik



Wolfgang Buss

Universität Göttingen, Professor für Sportpolitik und Sportgeschichte

1. Vorbemerkung

„Kein Zweifel: Sport und Politik haben etwas miteinander zu tun, sie sind aufeinander bezogen, auch wenn im Zentrum der Politikwissenschaft nicht der Sport, im Zentrum der Sportwissenschaft nicht die Politik steht. Wer hätte nicht schon von der Instrumentalisierung des Sports durch die Politik, von den Defiziten der Sportpolitik oder von den Fußballhooligans gesprochen, unter denen sich angeblich besonders viele Rechtsextremisten finden. Man könnte sogar formulieren, daß es den unpolitischen Sport – eigentlich – nicht gibt. Natürlich kommt es auf den Politik-, auch auf den Sportbegriff an, mit dem operiert wird.“¹

Der Politikwissenschaftler Peter Lösche macht mit dieser Feststellung u. a. deutlich, dass wir uns beim Einstieg in

die Diskussion um das Verhältnis von „Sport und Politik“ zunächst stets vergegenwärtigen müssen, worüber wir sprechen. Es gilt, die Gegenstände sowohl sprachlich als auch semantisch zu definieren, weil gerade im Verständnis hierzu eine besondere Vielfalt und damit unterschiedliche (auch unklare) Vorstellungen vorliegen. Beide Bereiche haben eine lange Entwicklungsgeschichte seit der Antike, waren und sind in ihrer Bedeutung stets übergeordneten gesamtgesellschaftlichen Bedingungen unterworfen und damit fließend. Dies gilt weniger für den „Sport“ als anerkanntem aktuellen Sammelbegriff für die derzeitige Bewegungskultur, aber vor allem für die „Politik“, für die zumindest im populären Alltagsverständnis vielerlei Zuschreibungen und Handlungsebenen vorhanden sind.

2. Begriffs- und Gegenstandsbestimmungen

Sport

Schon 1933 hieß es in Beckmanns Sport Lexikon: „Die Leibesübungen² schlechtweg mit Sport gleichzusetzen ist zwar gebräuchlich, aber kaum erlaubt. Je stärker der spielhafte wie auch der leistungssteigernde Beweggrund in den Dienst des Wettkampfes treten, desto mehr tritt der sportliche Charakter hervor. Die Leibesübungen selbst sind also nicht Sport schlechtweg, sondern Sport ist eine Ausübungsform der Leibesübungen.“³ Und solche „Ausübungsformen der Leibesübungen“ hat es vielfach – auch in Konkurrenz miteinander – gegeben. Sie waren und sind immer von einem spezifischen bewegungskulturellen Kernverständnis geprägt und repräsentieren mit ihrer Funktion den jeweiligen Zeitgeist.⁴

Der „englische Sport“ als spezifische bewegungskulturelle Form der Neuzeit hat dann zunehmend im Laufe des 20. Jahrhunderts seine Konkurrenten, das Turnen und die Gymnastik, dominiert. Der größte Teil seiner „Ausübungsformen“, oder besser Betriebsformen, ist durch Gestaltungs- und Betriebsregeln bestimmt und findet auf verschiedenen Leistungs- und Motivationsebenen seine Ausprägung. Darüber hinaus haben sich die allermeisten dieser „Sportarten“ über Verbände und Vereine organisiert, um sich von anderen abzugrenzen und ihre spezifischen Interessen wahrzunehmen. Seit den 1970er Jahren werden Bewegungsaktivitäten jedoch auch kontinuierlich zunehmend ungebunden über kommerzielle Angebote

¹ Lösche 2002, 45.

² Dies ist der im Erscheinungszeitraum des Lexikons 1933 von den Autoren gewählte Sammelbegriff für die zu dieser Zeit vorherrschenden kulturellen Bewegungsphänomene.

³ Beckmanns Sport Lexikon 1933, 2099. Und in einem heutigen lexikalischen Standardwerk der Sportwissenschaft, dem „Sportwissenschaftlichen Lexikon“, heißt es zum Stichwort „Sport“: „Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich S. zu einem umgangssprachlichen, weltweit gebrauchten Begriff entwickelt. Eine präzise oder gar eindeutige begriffliche Abgrenzung lässt sich deshalb nicht vornehmen. Was im allgem. unter S. verstanden wird, ist weniger eine Frage wissenschaftlicher Dimensionsanalysen, sondern wird weit mehr vom alltagstheoretischen Gebrauch sowie von historisch gewachsenen und tradierten Einbindungen in soziale, ökonomische, politische und rechtliche Gegebenheiten bestimmt.“ Röthig/Prohl 2003, 493.

⁴ Verwiesen sei hier auf die Entwicklung von der antiken Gymnastik und Athletik über die mittelalterlichen Formen des ritterlichen Turniers und der volkstümlichen Spiele der Bürger und Bauern bis hin zur Vorentwicklung der heutigen Bewegungskultur im 19. Jahrhundert mit den Bewegungsformen der skandinavischen Gymnastik, des deutschen Turnens und des englischen Sports.

bzw. über „freie“, individuell bestimmte Formen praktiziert. Aus dieser Sicht erscheint „Bewegungskultur“ als Sammelbegriff für dieses gesellschaftliche Gesamtphänomen heutzutage geeigneter und auch zukunftsorientierter. Zwecks besserer Lesbarkeit des Textes wird im Folgenden allerdings nur der im allgemeinen Verständnis aktuell noch gebräuchliche Sammelbegriff „Sport“ verwendet.

Politik

Der gleiche historische Entwicklungsprozess wie für den Sport gilt für die „Politik“, deren Ausprägungen und Sichtweisen sowie Begriffsbestimmungen im Verlaufe der Geschichte beispielsweise mit Herrschaft, Staatsführung, Machtausübung, Ordnung, gesellschaftlichem Handeln oder als Komplex sozialer Prozesse besetzt waren und sind.⁶ Lange Zeit gab es also keine allgemeinverbindliche Definition von „Politik“, insbesondere auch in Hinblick auf die Reichweite des Verständnisses von Politik. Hierzu der Sportsoziologe Sven Güldenpfennig: „Viele meinen, wenn sie von ‚der Politik‘ sprechen, lediglich den Staat und seine Institutionen, allenfalls noch die auf diese Institutionen einwirkenden Großorganisationen wie Parteien und Interessenverbände. Politisch wäre demnach nur das Handeln von, in und gegenüber Institutionen des sog. politischen Systems.“⁷ Mit dem beispielhaften Hinweis auf das Sport- und Bewegungssystem macht er dann deutlich, dass dieses enge Verständnis von Politik dazu führe, vieles nicht zu erfassen, das man auch politisch nennen könnte. „Dieses enge Begriffsverständnis von Politik ist eine wesentliche Ursache für die verbreitete Auffassung, es wäre illegitim, es handele sich um einen Missbrauch für außer- und nicht-sportliche Zwecke allein schon dann, wenn politisches Handeln in den noch privaten, also an sich unpolitischen Sport eingreife und dort zum Tragen komme. (...) Wirklichkeitsnäher und aufschlussreicher scheint es daher, den Begriff der Politik weiter zu fassen. Politisch wäre demnach jedes öffentliche Handeln in konfliktstrukturierten sozialen Umwelten, sei es innerhalb eines gesellschaftlichen Bereiches (wie z. B. dem Sport) oder zwischen gesellschaftlichen Bereichen (wie z. B. zwischen Sport und politischem System, Wirtschaft usw.), und zwar ein öffentliches Handeln, in dem die Interessen unterschiedlicher sozialer Großgruppen um die verbind-

Das Handlungssystem des Sports ist in seiner eigenweltlichen Struktur primär ein Tätigkeitssystem⁵, das aber für die innere Organisation und Kommunikation mit anderen gesellschaftlichen Sub- oder Teilsystemen auch eines institutionellen „Apparates“ benötigt. Über Kleingruppen, Vereine und Verbände organisiert sich der Sport deshalb auf einer ergänzenden institutionellen Ebene.

liche Durchsetzung von Zielkonzeptionen gesellschaftlicher Entwicklung in organisierter Form ausgetragen werden.“⁸

Damit folgt Sven Güldenpfennig dem aktuellen weiten und differenzierten Verständnis von Politik, wie es vom hierfür maßgeblichen Wissenschaftsbereich, der Politikwissenschaft, geprägt wurde. Danach ist es ein Feld, das in seiner Struktur von dem Dreiklang „Polity-Policy-Politics“ bestimmt wird:⁹

- „Polity kennzeichnet die im jeweils gegebenen Zeitraum festliegenden Grundlagen des politischen Gemeinwesens mit seiner geschriebenen und ungeschriebenen Verfassung.“¹⁰ Hierzu gehören auch die Institutionen.¹¹
- Bei der Policy „geht es um den Versuch, politisch definierte Probleme durch Handlungsprogramme zu lösen, in denen die dafür geeignet erscheinenden Mittel bestimmt und angewendet werden. Die Vorstellung über die angemessenen Problemlösungen basieren in der Regel auf Interessen und Werten, (wobei) im Hinblick auf die unter vielen stets möglichen Alternativen jeweils die bevorzugte ausgewählt wird.“¹²
- Die dritte Dimension der Politics „ist die des Prozesses (...) der Durchsetzung ausgewählter Handlungsprogramme. Er bildet sich als Dynamik einer Handlungsstruktur heraus, bei der verschiedene Akteure unterschiedliche Interessen ins Spiel bringen, sich auf Legitimationsgründe berufen und durch Kompromisse oder Konsens oder durch Mehrheitsbildung unter Einsatz ihrer verschiedenartigen Macht-Ressourcen, über

5 Mit Tätigkeitssystem ist die Ebene der Bewegungspraxis (das Turnen, das Sportspiel oder die Leichtathletik) gemeint.

6 Der Politologe Thomas Meyer hat erst vor wenigen Jahren zu der Frage „Was ist Politik?“ die Anzahl von elf damalig aktuellen wissenschaftlichen Politikdefinitionen festgestellt. Vgl. Meyer 2000, 16f.

7 Güldenpfennig 2003, 170.

8 Ebenda.

9 Eine deutschsprachige Entsprechung besteht nicht, weshalb die Begrifflichkeiten auch in die Politische Bildung des deutschen Sprachraums Eingang gefunden haben und hier auch zum Standard geworden sind.

10 Meyer 2000, 53.

11 Vgl. Lösche 2002, 50.

12 Meyer 2000, 55.

DIMENSIONEN DES POLITIKBEGRIFFES

Formale Dimension

Bezeichnung: **polity**

Erscheinungsformen

- Verfassung
- Normen
- Gesetze
- Institutionen

Merkmal

- Verfahrensregelungen

Ziel

- Ordnung

Inhaltliche Dimension

Bezeichnung: **policy**

Erscheinungsformen

- Werte
- Probleme
- Aufgaben

Merkmal

- Werte- und Zielorientierung
- Problemlösung
- Aufgabenerfüllung

Ziel

- Gestaltung; Erfüllung öffentlicher Aufgaben

Prozessuale Dimension

Bezeichnung: **politics**

Erscheinungsformen

- Interessen
- Konflikte

Merkmal

- Macht
- Konsens

Ziel

- Durchsetzung

Grafik Buss in Anlehnung an Ackermann 1980, 12/13

die sie jeweils verfügen, die Durchsetzung ihres eigenen Programms zur Lösung im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte möglichst wahrscheinlich machen. Zu den Ressourcen der Durchsetzung politischer Ziele gehören vor allem soziale und wirtschaftliche Macht, Publizität, Prestige, Geld, Drohpotenzial und öffentlich wirksame Legitimationsgründe.“¹³

Zusammenfassend verkürzt handelt es sich also bei der *Polity* um die Dimension der Form, bei der *Policy* um die Dimension des Inhalts und bei der Dimension der *Politics* um die Dimension des Prozesses, mit denen öffentlich gesellschaftliches Leben gestaltet wird.

Damit ist der Begriff „Politik“ jedoch noch nicht vollständig erklärt, da noch das engere und das weitere Verständnis von Politik einzuordnen sind.

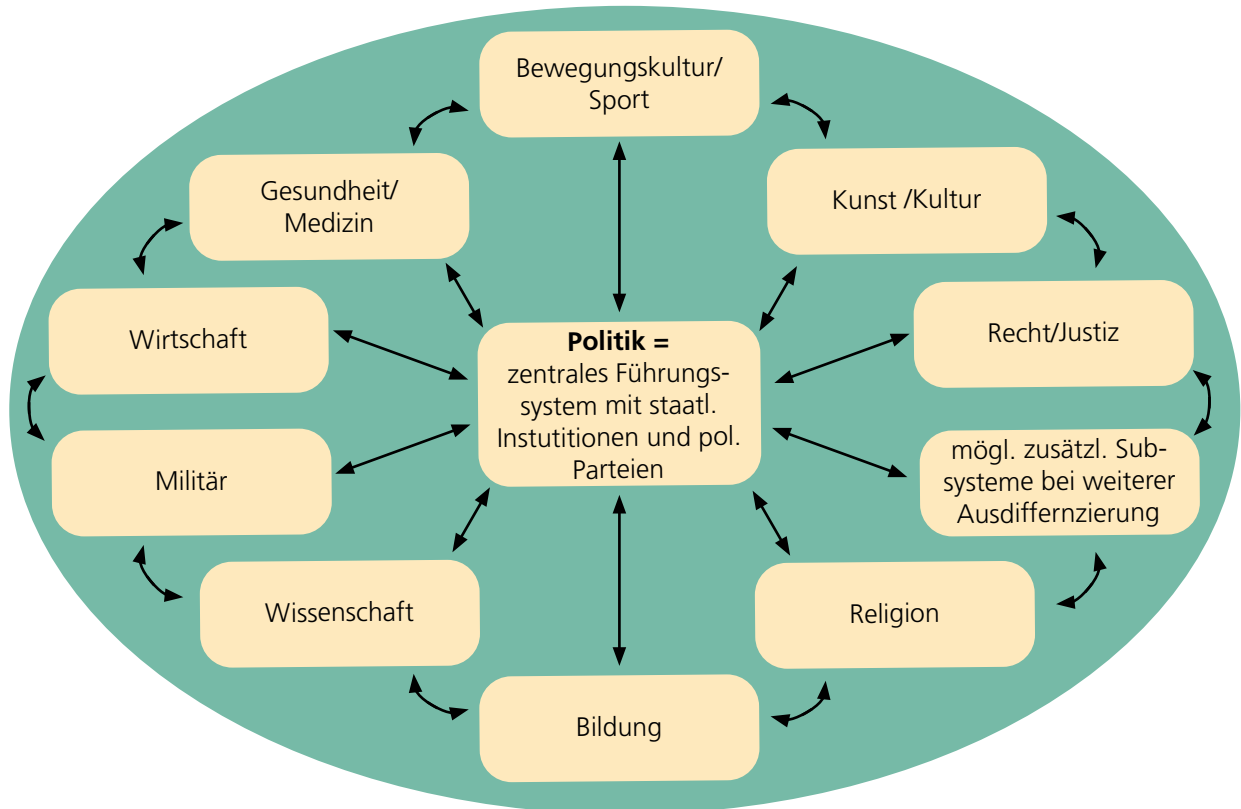
- Hierbei ist einerseits die „Politik“ im gesamtgesellschaftlichen System zu berücksichtigen. Dies bedeutet, dass wir dann, wenn wir von „Politik“ sprechen, zum einen das gesellschaftliche Subsystem meinen, über das die zentrale „Gestaltung“ und „Steuerung“ des Gesamtsystems erfolgt (populär: der politische „Apparat“ mit seinen legislativen und exekutiven Institutionen der Parteien, Parlamenten, den Ministerien und der „Regierung“) und das vor allem die übergeordneten Geltungsprinzipien (z. B. die Verfassungsnormen) des Gesamtsystems bestimmt.

Zum anderen meinen wir mit „Politik“ das binnenorientierte und autonome Gestalten innerhalb der jeweiligen gesellschaftlichen Subsysteme (z. B. Bewegungskultur/Sport) in Bezug auf deren jeweiligen spezifischen Sachaspekt. Hieraus resultiert, dass z. B. auch im Subsystem „Bewegungskultur/Sport“ zur Gestaltung seines kulturellen Praxisfeldes „politisch“ agiert wird und auch agiert werden muss¹⁴ – so, wie dieses für alle gesellschaftlichen Subsysteme gilt. Für den Bereich „Sport“ heißt das konkret, dass man im Bedarfsfall auf der formalen Ebene (*polity*) zwecks Realisierung seiner spezifischen Interessen einen Verein oder eine Abteilung gründet und diese/n mit einer Satzung und Regeln für den Sportbetrieb ausstattet. In diesem Organisationsrahmen wird dann im Vorstand bzw. auf einer Mitgliederversammlung die inhaltliche Orientierung (*policy*) der Praxisebene (Leistungssports, Breiten- oder Gesundheits- bzw. Freizeitsport) diskutiert und schließlich bei unterschiedlichen Vorstellungen bzw. auch Konflikten mittels des in der Satzung vorgeschriebenen Prozesses (z. B. Abstimmungen in Mitgliederversammlungen) (*politics*) eine Entscheidung herbeiführt. Ein solcher Gestaltungsprozess vollzieht sich autonom innerhalb jeglichen Subsystems, muss allerdings mit den übergeordneten, allgemeinverbindlichen Vorgaben des steuernden Subsystems „Politik“, dessen Verfassung und den Gesetzen kompatibel sein und auch konkurrierende Interessen anderer Subsysteme zumindest berücksichtigen.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. Buss 2010, 44f.

GESAMTGESELLSCHAFTLICH-POLITISCHES SYSTEM MIT AUSDIFFERENZIIERTEN SUBSYSTEMEN = POLITIKFELDERN



Grafik Buss in Anlehnung an Bette 1999 und Cachay/Thiel 2000

3. Beziehungsverhältnis Sport und Politik

Die historischen Entwicklungsphasen zum Verhältnis von Sport und Politik

Folgt man der obigen Definition von „Politik“, dann ergibt sich daraus zwangsläufig, dass Sport zumindest als institutionelles System¹⁵ ein gesellschaftlich-politisches Handlungsfeld (Politikfeld) ist und auch entsprechend „verortet“ werden muss; einen „unpolitischen Sport“ – zumindest im Verständnis solch einer pauschalen Formulierung – gab es und gibt es nicht. Und doch ist eine solche Zuschreibung gerade im 20. Jahrhundert immer wieder bestimmend gewesen. Dies galt immer dann, wenn der Sport für extrasportive Zwecke instrumentalisiert wurde¹⁶ oder persönliche Verantwortlichkeiten für Fehlentwicklungen verschleiert werden sollten. Demgegenüber gab es aber auch Zeiten, in denen der Sport total in das übergeordnete politische Gesamtsystem integriert wurde und auch die Praxisebene im Sinne der herrschenden Ideologie politisch gestaltet wurde.

Betrachtet man die Entwicklung des Verhältnisses von „Sport und Politik“ vom Beginn des letzten Jahrhunderts bis heute, dann lassen sich vier Zeitphasen unterscheiden:

1. Die Zeit um die Jahrhundertwende bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918,
2. die Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches bis 1945,
3. die Nachkriegszeit bis Anfang der 1970er Jahre und
4. die „moderne“ Entwicklung in den letzten 50 Jahren bis in die Gegenwart.

Die erste Phase ist noch geprägt durch die eindeutige Ablehnung von politischem Handeln und Einfluss auf die Sportbewegung. In den beiden mittleren Phasen bestimmen (mit unterschiedlichem Gewicht) beide Interpretationsmuster, das des „unpolitischen Sports“ und das des Sports als politisches Handlungsfeld, zum Teil auch konkurrierend, das Beziehungsverhältnis von Sport und Politik. In der Nachkriegszeit ab 1945 folgt das Bestimmungsmuster von Sport und Politik den gegensätzlichen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnungen in Deutschland: In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

¹⁵ Siehe hierzu die Differenzierung zwischen dem Praxis- und dem institutionellem System der Bewegungskultur im Kap. 2.1 mit Bezug auf Güldenpfennig. Vgl. 2000, 62.

¹⁶ Der Begriff „Instrumentalisierung“ ist in diesem Kontext in Vergleich zu setzen mit dem der „Funktionalisierung“. Vgl. hierzu Langenfeld 2010.

wurde „Körperkultur und der Sport“ durch das dort von der Staatspartei verordnete ideologische Konzept für die zu realisierende „sozialistische Gesellschaft“ ein durch den Staat zu gestaltender politischer Entwicklungsbereich¹⁷ und in der Bundesrepublik Deutschland (BRD)

wurde aus der offiziell vorgegebenen „parteipolitischen Neutralität“¹⁸ schnell der „zweckfreie“ und dann der „unpolitische“ Sport. Erst in der letzten Phase ab ca. 1970 bis heute setzte sich hier das eindeutige Verständnis vom Sport als einem gesellschaftlichen Politikfeld durch.

Die erste Phase um die Jahrhundertwende

In den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts erhält die vermeintliche Eigenwelt des Sports eine Doppelfunktion, eine „ästhetische“ und eine „unpolitische“. Jürgen Court macht dieses an der Definition des Sports durch einen frühen Vertreter dieser These, den Kulturpsychologen Wilhelm Benary deutlich, der den Sport in seiner Dissertation von 1913¹⁹ als eine „selbständige, vom objektiven Leben unabhängige Tätigkeit“ bezeichnete.²⁰ Damit konnte der Sport jederzeit aus der politischen Konfrontation argumentativ herausgezogen werden, jedoch zugleich mit dem Hinweis auf die (z. B. nationalen) Zwecke eine Förderung durch das politische System einklagt werden.²¹

zu der Feststellung, dass es hierbei zu der Übertragung eines ursprünglich erkenntnistheoretischen in ein praktisches Prinzip kam. Damit wird allerdings einen „Widerspruch zwischen einem unhistorischen kosmopolitischen Ideal der Theorie und einem historisch-nationalen Ideal der Praxis“ konstruiert.²² So konnte z. B. der Sportfunktionär Carl Diem in dieser falschen Logik einerseits immer wieder zu Feststellungen und Forderungen in Bezug auf eine „zweckfreie Sportwissenschaft“ kommen, andererseits ihr aber zugleich auch nationale, und damit interessengetriebene, gesellschaftliche Zwecke zuweisen. Er verband also die eigenweltliche, vermeintlich außerhalb des alltäglichen sozialen Kontextes stehende Sphäre des Sports mit den politischen Forderungen der Zeit.²³

Mit Hinweis auf den Philosophen Johann Gottlieb Fichte und den „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn kommt Court

Die zweite Phase 1919 bis 1945

Weimarer Republik

Die von tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Gegensätzen geprägte Zeit der ersten deutschen Republik, der sog. Weimarer Republik, und dann folgend des nationalsozialistisch beherrschten Dritten Reiches zwischen 1919 und 1945 fand auch in der Sportentwicklung ihren Niederschlag. Die Sportbewegung wurde nun als Unterhaltungsmedium, Gesundheitsträger und Sozialisationsraum eine Massenbewegung mit einer großen Anzahl auch miteinander stark konkurrierender Organisationen.²⁴ Als Massenbewegung wurde sie damit auch interessant für die übergeordneten politischen Parteien und Bewegungen, mit deren Zielen sich große Teile dieser

Sportorganisationen verbanden, sich zu deren Vermittlern machten oder zumindest stark mit ihnen sympathisierten. Für die Sportorganisationen und große Teile der politischen Institutionen galt nun zunehmend, dass auch der Sport ein Medium des politischen Handelns und der gesellschaftlichen Gestaltung bzw. sogar ein originäres „Politikum“, d. h. ein politischer Gegenstand, war.

Auf dem politisch „linken“ Spektrum war dies die Arbeitersportbewegung, die sich seit Mitte der 1870er Jahre entwickelte.²⁵ Sie war Teil der auf der Lehre des Marxismus fußenden allgemeinen sozialistischen Arbeiter-

17 Mit dem Erlass des sog. „Jugendgesetzes“ am 8.2.1950 schufen die Machthaber in der SED die Voraussetzungen für alle folgenden strukturellen Entwicklungen des gesamten Sportwesens in der DDR.

18 So lautete die entsprechende Formulierung in der ersten Satzung des 1950 gegründeten „Deutschen Sportbundes“ (DSB).

19 Benary 1013.

20 Benary zit. n. Court 2001, 63.

21 Court 1998, 2000, 2001 und 2008 (hier insbesondere 127-136).

22 Court 2001, 60/61: „Wenn Jahn und Fichte die ideale Bestimmung der Menschen an die wahre Bildung des schöpferischen Ich binden, zu den notwendigen Leibesübungen gehören [d.h. die Leibesübungen als Produkt der schöpferischen Geistesleistung des Menschen verstehen, d.V.], diese Bestimmung aber einzig dem deutschen Volke zugestehen, dann ist ein Widerspruch das konstitutive Element der idealistischen Begründung der Leibesübungen.“

23 Court (2001, 61f) verweist hier beispielhaft auf eine Reihe von Reden und Eingaben Diems an die Regierung zur Förderung der sog. „zweckfreien“ Sportwissenschaft, damit diese z. B. zu Zwecken der Volksgesundheit und der militärischen Stärke für die nationale Größe Deutschlands wirken könne. Vgl. hierzu auch Diem 1982.

24 Am Ende der Weimarer Republik gab es 134 Verbände des Turnens und Sports, des Wanderns, der sportspezifischen Berufsverbände und Arbeitsgemeinschaften mit ca. 7,5 Mio. Mitgliedern bei 66 Mio. Gesamtbevölkerung (ca. 11,4%). Vgl. Simon 1969, 30-34.

25 In Deutschland erfolgte die erste Gründung einer Organisation des Arbeitersports mit dem Arbeiter-Turnbund (ATB) 1893 in Gera, danach kam es 1919 zur Gründung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB) mit Anbindungen an die beiden sozialistischen Parteien SPD und KPD, 1928 zur Abspaltung der kommunistisch orientierten Vereine des ATSB und Gründung der Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport (IG).

bewegung; diese wurde von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) ideologisch und politikpraktisch getragen. Nach deren Doktrin folgten nicht nur die ökonomischen und sozialen Entwicklungen, sondern auch alle kulturellen Entäußerungen der Menschheit, also auch die „Körperkultur“, einer Gesetzmäßigkeit, die von den materiellen Bedingungen der jeweiligen Gesellschaft bestimmt wird. Dies machte die Körperkultur und den Sport quasi zu einem natürlichen politischen Gegenstand – sowohl in Bezug auf ihre inhaltliche und institutionelle als auch ihre prozessuale Dimension.²⁶ In einer Art „Kampfschrift“ des Arbeitersports aus dem Jahre 1932 wird diese Grundposition einer weit über den engen Bereich der Sportpraxis hinausgehenden allgemeinen gesellschaftlichen Verortung des Sports deutlich: „Er [der „Arbeitersport“, d. V.] nimmt Stellung für den proletarischen Klassenkampf. Er stellt sich unter das rote Banner des proletarischen Sozialismus. Er greift die kapitalistische Gedankenwelt in der Arbeiterschaft an.“²⁷

Auf der entgegengesetzten Seite der Weimarer Gesellschaft standen große Teile der sog. „bürgerlichen“ Sportvereinigungen – mit ihrer größten Organisation, der

Deutschen Turnerschaft (DT), die sich offiziell als politisch neutral verstanden. De facto aber fühlten sie sich besonders der sog. „nationalen Frage“ verbunden, d. h. sie forderten die Revision des Versailler Friedensvertrages von 1919 und die Wiederherstellung der nationalen Größe Deutschlands nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg. Diese Forderungen wurden insbesondere durch das politisch konservativ-nationalistische Lager getragen. Dabei spielte nach dem Wegfall der Wehrpflicht²⁸ der Erhalt der Wehrfähigkeit des Volkes eine herausragende Rolle, wozu z. B. die DT und vor allem auch das studentische Turn- und Sportverbandswesen vehement eine Sportpflicht für alle wehrfähigen jungen Männer forderten und sukzessive auch Abteilungen des Wehrturnens und des Wehrsports installierten.²⁹ All diese Sportorganisationen standen mehr oder weniger offen dem rechten, nationalistischen Parteienspektrum sowie den wehrpolitischen Traditionsverbänden in der Weimarer Republik nahe.³⁰ Sie gehörten damit zu den gesellschaftlichen Gruppierungen, die den Aufstieg der deutschen Faschisten beförderten und deren Marsch in das Dritte Reich den Weg ebneten. Damit war der Sport auch auf dem rechten Flügel unbestreitbar ein Feld aktiven politischen Handelns und selbst Akteur.

Drittes Reich

Im Dritten Reich, der zwölfjährigen nationalsozialistischen Diktatur, erfolgte nun die totale Erfassung und Einordnung aller, auch der privaten Lebensbereiche, durch das politische Herrschaftssystem. Nach der NS-Doktrin wird das „Politische“ zum Lebensprinzip und der Mensch ein politisches Wesen, für den es keine „Eigenwelt“ geben kann. Für den Philosophen und Pädagogen Alfred Baeumler, einem der maßgeblichen Repräsentanten der nationalsozialistischen Weltanschauung und Begründer der sog. „Politischen Leibeserziehung“³¹, „ist (Politik) ausdrücklich kein enger Bezirk von Handlungen und nicht Angelegenheiten eines bestimmten Berufes, sondern erhält einen universellen Sinn (...). Das ‚Wort „politisch“ weist‘ (so heißt es bei Baeumler 1937, 143) ‚auf die Gesamtexistenz unseres Volkes hin‘. In der Konsequenz gibt es danach

keine Sphäre des privaten und öffentlichen Daseins, keine rechtliche und rationale Instanz, die sich dieser Politisierung widersetzen könnte“.³²

Die Verbindung vom „Politischen“ zum Sport ergibt sich infolge dieses Konstrukts nun über die Baeumlersche Staats- und Gesellschaftstheorie: „(...) in Baeumlers Version von ‚Politisierung‘ (artikuliert sich) die Besetzung der Instanzen vor allem von Bildung, Erziehung und Wissenschaft durch den Staat. Diese sollen nicht mehr neben dem Staat existieren, sondern dessen Zwangsgewalt unmittelbar repräsentieren“.³³ Die Ersetzung des bürgerlichen Dachverbandes Deutscher Reichsausschuss für Leibesübungen aus der Weimarer Zeit durch den Reichsbund für Leibesübungen im Jahre 1933 war deshalb

26 Vgl. zur grundsätzlichen Kennzeichnung der Theorie der Körperkultur Wonneberger 1982, 33–54.

27 Wagner 1932, 132. Vgl. insgesamt S. 132–135 „Wesen und Sportauffassung des Arbeitersports“.

28 Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages von 1919 wurde dem Kriegsverlierer Deutschland nur noch ein 100.000 Mann umfassendes Heer erlaubt und die Wehrpflicht abgeschafft.

29 Vgl. Buss 1975.

30 Hierzu sind insbesondere die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) sowie Organisationen wie der Stahlhelm, der Jungdeutsche Orden oder auch das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung zu nennen. Vgl. Beyer 1982.

31 Siehe zu Baeumler/Joch 2006.

32 Alkemeyer 1996, 254f. Alkemeyer weist mit Bezug auf Haug (1980, 78) allerdings auch darauf hin, dass die „Politisierung (...) eine Entpolitisierung im präzisen Sinn der Zurücknahme bisheriger Kompetenzen (ist). (...) Was sie (die Faschisten, d. V.) ‚Politisierung‘ nannten, war der Anspruch der Unterstellung, den sie an alle gesellschaftlichen Zusammenschlüsse außer der Wirtschaft – und bis zum 20. Juli 1944 auch außer der Wehrmacht – stellten. Ihre Politik war Anti-Politik, war mit dem Unpolitischen daher bestens artikuliert“.

33 Alkemeyer 1996, 255.

nicht nur eine „Organisationsänderung“ (Baeumler 1937, 143), „sondern gab ‚der neuen Verantwortlichkeit Ausdruck, die durch die Erkenntnis des Leibes als einer politischen Wirklichkeit entstanden‘ sei (Baeumler 1937, 143). In der Unterstellung von Sport und Leibeserziehung unter den Staat manifestiert sich dessen Anspruch, totale Macht über den Körper zu entfalten“.³⁴

Die Nachkriegszeit 1945 bis 1970

Die politisch-gesellschaftliche Entwicklung im Deutschland der Nachkriegszeit ab 1945 war u. a. von zwei zentralen Faktoren bestimmt: den Belastungen aus der NS-Zeit und den Anforderungen beim Aufbau einer neuen, demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Hinzu kam die Teilung Deutschlands, woraus sich zwei Teilstaaten mit unterschiedlichen Politik- und Gesellschaftssystemen entwickelten: Im Westen die demokratisch und pluralistisch verfasste Bundesrepublik (BRD) und im Osten die DDR als monolithische Parteidiktatur unter Führung der Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED).

DDR

Für den Bestimmungsbereich der „sozialistischen“ (oder auch „proletarischen“)³⁵ Körperkultur war die Einstellung zur Politik grundsätzlich einheitlich und auch in ihren unterschiedlichen Organisationsformen unzweideutig definiert. Das in der Sowjetunion seit Mitte der 1920er Jahre entwickelte und gültige Grundverständnis von Körperkultur und Sport galt auch für die aus diesem System heraus entstandenen und mit ihm fest verkoppelten „Satellitenstaaten“, wie die DDR seit 1948/49. Die SED bestimmte die ideologischen und politikpraktischen Leitlinien der Gesamtentwicklung von Staat und Gesellschaft von oben nach unten ohne Duldung von Alternativen. „Körperkultur und Sport“ war dabei ein wichtiger Entwicklungsfaktor und alle Aktivitäten in diesem Bereich waren somit politisches Handeln. Die Organisationen des Sports – wie z. B. ab 1957 der Dachverband „Deutscher Turn- und Sportbund“ (DTSB) und seine Untergliederungen – waren damit fest im staatlichen Apparat verankert. Sie waren nicht nur Träger ihrer bereichsspezifischen Zielsetzungen und Aufgaben, sondern stets auch politisch verantwortliche Mitgestalter extrasportiver Anforderungen, wie z. B. der Repräsentation des sozialistischen

Im „Erziehungsstaat“ des Nationalsozialismus gab es also keine Alternativen, der Sport bzw. die politische Leibeserziehung musste per se politisch sein. Er hörte damit auf – wie z. B. in der sog. „Systemzeit“ der Weimarer Republik – „Privatsache oder Angelegenheit eines Privatmannes zu sein“.³⁵ Viele der Sportverbände und -vereine akzeptierten dies nicht nur, sie stützten dies gleichsam (teilweise vor entsprechenden gesetzlichen Entscheidungen im vorausliegenden Gehorsam).

Dies hatte zwangsläufig auch Konsequenzen für die Sportentwicklung und daraus folgend für unsere Fragestellung des Verhältnisses des Sports zur Politik. In der DDR wurde der Bereich „Körperkultur und Sport“ fester Bestandteil der durch die SED und ihren Staatsapparat angestrebten und gesteuerten Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft. In der BRD reorganisierte und integrierte sich der Sport als vom Staat unabhängige und „freie“ gesellschaftliche Organisation über Verbände und Vereine in die durch die Verfassung (Grundgesetz) vorgegebene demokratische Grundordnung.

Gesellschaftsmodell über einen erfolgreichen Leistungssport, insbesondere in der Phase um die Bemühungen zur Anerkennung des DDR-Staates auf internationaler Ebene. In diesem Verständnis konnte es aus Sicht der Machthabenden in der DDR auch keinen politischen Missbrauch des Sports geben, wie es ihnen seitens der westlichen Politiker*innen und der bundesrepublikanischen Sportführung stets vorgeworfen wurde. Die Gestaltung von „Körperkultur und Sport“ war Teil des übergeordneten Entwicklungsprozesses einer sozialistischen Gesellschaft und damit per se politisches Handeln. Dies bringt auch der DDR-Wissenschaftler Hans-Peter Neugebauer in seiner Dissertation „Zu den Beziehungen zwischen Sport und Politik“ zum Ausdruck. In seinem Schlusssatz kommt er bezüglich des Verhältnisses von Sport und Politik zu der Feststellung: „Es gibt keinen politischen Missbrauch des Sportes an sich. Missbrauch wofür und durch wen? Das ist die Kernfrage, die es stets zu beantworten gilt.“³⁷

³⁴ Alkemeyer 1996, 256.

³⁵ Joch 1982, 716.

³⁶ Beide qualifizierenden Adjektive finden sich in den frühen offiziellen Denominationen.

³⁷ Neugebauer 1957, 175.

Die frühe Nachkriegszeit der späten 1940er und dann der 1950er Jahre war, neben der Bewältigung der materiellen Notlage und der Anpassung an die formalen politischen Restriktionen durch die Vorgaben der Besatzungsmächte, vor allem auch eine kulturelle und geistige Anpassung bzw. Neuorientierung an die Anforderungen zur Überwindung des Nationalsozialismus. Dieser Prozess wurde jedoch nachhaltig durch die alltagspolitischen Entwicklungen beeinflusst, die weniger von einer radikalen Aufarbeitung des Nationalsozialismus bestimmt waren, als vielmehr von der machbezogenen Konfrontation der Besatzungsmächte im aufkommenden „Kalten Krieg“. So entwickelte sich in der BRD – bestimmt durch die Interessenlage der westlichen Besatzungsmächte gegenüber der Sowjetunion – der Antikommunismus zur alles beherrschenden politischen Qualität. Mitverantwortlich hierfür war der durch die Westmächte zwar eingeleitete, jedoch nur anfänglich konsequent verfolgte, dann aber fehlgeschlagene Entnazifizierungsprozess; er endete de facto auch schon nach wenigen Jahren 1948.³⁸ Damit wurde den „alten Kräften und Positionen“, „Hitlers Eliten“ vor allem aus dem sog. bürgerlichen Lager,³⁹ eine neue Chance als geistiges und politisches Bestimmungspotenzial der Nachkriegsgesellschaft gegeben.⁴⁰ Der Zeithistoriker Axel Schildt weist darüber hinaus darauf hin, dass damit die grundsätzliche geistige Orientierungslosigkeit nicht überwunden werden konnte und dass auch die von den Alliierten betriebene „Re-education“ (Umerziehung) kaum Erfolge erzielte.⁴¹

In dieser Krise kam es nun bei der großen Masse der Bevölkerung zu einer grundsätzlichen „Entpolitisierung“.⁴² Politisches Handeln wurde weitgehend nur noch staatlichen Stellen zugeordnet. Die mentale Ermüdung durch das Kriegsgeschehen und die Nachkriegsfolgen sowie die Angst vor einer neuen gesellschaftlichen Konfrontations-

lage wie in der Weimarer Republik unterdrückten weitgehend ein breites gesellschaftliches Engagement. Hinzu kam eine Lähmung durch die Erkenntnis um eigene Verstrickungen und Verantwortungen. Verstärkt wurde diese Haltung zusätzlich durch eine konservative Staatsrechtslehre (Politikwissenschaft), die den gesellschaftlichen Interessengruppen (wie z. B. den Gewerkschaften, kulturellen Vereinigungen und auch den Sportverbänden) ein aktives politisches Handeln noch weitestgehend absprach.⁴³

Diesen allgemeinen Mentalitätsprozess und die fehlgeschlagene Entnazifizierung nutzten nun viele belastete Kräfte aus der Weimarer und vor allem der nationalsozialistischen Zeit insbesondere auch im Sport. Ihr Verbleib in führenden Positionen – sowohl in den Sportorganisationen als auch in der Sportwissenschaft – war ein typisches Kennzeichen der westdeutschen Nachkriegsentwicklung insgesamt.⁴⁴ Exemplarisch wird dieses an der ungebrochenen Spitzenposition des früheren Multifunktions in den Sportorganisationen – insbesondere auch in der NS-Zeit⁴⁵ – und bedeutenden Sportwissenschaftlers Carl Diem, der schon 1947 wieder Leiter einer sportwissenschaftlichen Einrichtung wurde, der in diesem Jahr neu gegründeten Deutschen Sporthochschule in Köln.⁴⁶ Damit bekam er eine wichtige und zentrale Bestimmungsrolle zur politischen Interpretation des Sports im westlichen Nachkriegsdeutschland, die er auch vielfältig in zahlreichen Funktionen im und für den Sport nutzte.⁴⁷

Diem propagierte nun zunächst ein Verständnis vom Sport als „eine Lehre zum zweckfreien Handeln“⁴⁸, z. B. bei den ersten großen, von öffentlicher Aufmerksamkeit und Unterstützung begleiteten Kongressen zum Sport in Stuttgart 1950 und Köln 1951.⁴⁹ Hierbei befand er sich zumeist im Kreise von exponierten gleichgesinnten „Mitstreitern“⁵⁰, wie z. B. dem renommierten univer-

38 Vgl. Klessmann 1986, 78–92.

39 Wie der Zeithistoriker Norbert Frei diese Personengruppe nennt (zumeist in der Rolle der benötigten fachlichen Expert*innen).

40 Frei 2001 sowie Hüttenberger 1990, 12.

41 Schildt 1999, 33.

42 Klessmann 1986, 92.

43 Vgl. Buss 1990, 319–321.

44 Vgl. Buss 1987, 76.

45 Er war bis 1936 Cheforganisator der Olympischen Spiele in Deutschland, dann „Außenamtsleiter (quasi Vorstandsmitglied für die Außenbeziehungen) im Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen“ (NSRL), seit 1938 eine Anschlussorganisation der NSDAP.

46 Vgl. Buss/Nitsch 1986.

47 Neben seiner sportwissenschaftlichen Tätigkeit bis zu seinem Tode 1962 war er führender Funktionär im Rheinischen Turnbund, Gründungs- und Präsidiumsmitglied des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland seit 1949 sowie ehrenamtlicher Sportreferent der Bundesregierung von 1950 bis 1954.

48 Diem 1952, 108.

49 Der Allgemeine Deutsche Sportkongress in Köln 1950 stand unter der Schirmherrschaft des Bundeskanzlers Konrad Adenauer und der Internationale Sportkongress in Stuttgart 1951 war die erste große Veranstaltung mit öffentlicher Wirkung des erst 1950 gegründeten Deutschen Sportbundes.

50 Wie auch bei der Gruppe der Sportfunktionäre (siehe folgend im Text) wurde diese „Szene“ in dieser Zeit noch fast ausschließlich von Männern beherrscht.

sitären Allgemeinpädagogen Herman Nohl oder dem führenden Sportpädagogen Herrmann Altröck,⁵¹ und nahm mit ihnen starken Einfluss auf die „Wesensbestimmung“ des Sports. So war die Brücke von der konstatierten „Zweckfreiheit des Sports“ zum „unpolitischen Sport“ jederzeit gegeben, und zwar nicht nur in der Sportwissenschaft, sondern auch konkret im Vereins- und Verbandssport. In der 1950 verabschiedeten Gründungssatzung des Deutschen Sportbundes⁵² wurde zwar nur von der „parteipolitischen Neutralität“ des Sports gesprochen, in der Alltagspraxis des Vereins- und Verbandssports wurde daraus jedoch das Verständnis und die Forderung eines „unpolitischen Sports“ – vor allem in Abgrenzung zum „politischen Sport“ in der DDR. So verstand sich z. B. der einflussreiche Kölner Sportfunktionär Peco Bauwens, 1. Vorsitzender des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen und erster Nachkriegspräsident des Deutschen Fußballbundes (DFB), als „Sachwalter der unpolitischen deutschen Turn- und Sportbewegung“.⁵³ Und diese Position vertrat ähnlich repräsentativ auch der Oldenburger Turnfunktionär Nikolaus Bernett, der zwar die Notwendigkeit politischer Willensbildung und politischer Parteien betonte, aber auch klar die „Wirkungsgrenzen“ der Politik festlegte, nämlich „an den Kultur- und Gemeinschaftsgütern des Volkes, zu denen auch das Deutsche Turnen gehört“.⁵⁴

Die Position eines angeblich zweckfreien, unpolitischen Sports in der Nachkriegszeit hatte eine längere Tradition aus der Anfangszeit des modernen Sports in Deutschland und war u. a. das Resultat eines intellektuellen Prozesses, der überwiegend von fachlicher Erkenntnissuche geprägt war.⁵⁵ Jetzt kamen als quasi „zweite und dritte Ebene“ jedoch noch der Einfluss der herrschenden politischen Kultur (d. h. die Entpolitisierungstendenzen in der Gesellschaft insgesamt), allgemeine Sozialisationszusammenhänge und persönliche Motive hinzu.⁵⁶ Vor allem eine dritte Ebene, die gruppenspezifischen Interessen, spielte für die Gesamtentwicklung des Politikverständnisses im westdeutschen Sport der Nachkriegszeit eine große Rolle. Dabei fällt der Blick auf Personen, die über ihre Funk-

tion sog. „Meinungsbildner“ waren. Sie hatten in den Sportorganisationen (wieder und noch) herausgehobene Verantwortungen, bestimmten die Inhalte und Strukturen, interpretierten mit Sachkompetenz den Sport und wirkten damit, zum Teil über die Medien, bis hinunter an die Basis in den Vereinen.

Diese Gruppe von Führungspersönlichkeiten im Sport gehörte zwei Generationen an. Sie war in ihrer Haltung zur Politik vom Ergebnis her zwar konsistent, hatte aber unterschiedliche Motive. Die Gruppe der Älteren war zum Teil schon in der Weimarer Zeit und dann im Nationalsozialismus (oder sogar im Kaiserreich, wie z. B. Diem) in ihren Funktionen. Die Gruppe der Jüngeren hatte vor 1945 nur in sehr geringem Maße als Funktionäre Verantwortung getragen, sie waren überwiegend als erfolgreiche Athleten im Sport hervorgetreten. Beide Gruppen brachten nun ihren allgemeinpolitischen Erfahrungshorizont in ihre Tätigkeit ein, mit der Folge der Ablehnung jedweder sogenannter „Politisierung“ des Sports – die Älteren zwecks Kaschierung ihrer eigenen politischen Verantwortlichkeiten, sprich Belastungen aus der Vergangenheit, die Jüngeren, weil sie mit einem quasi „radikalen Bruch“ (Erinnerungsbruch) jegliche Verknüpfung mit Nationalsozialismus zu überwinden versuchten. Zur Gruppe der Jüngeren gehörten an der Spitze u. a. die Fachverbandsvorsitzenden und Gründungsmitglieder des Deutschen Sportbundes Willi Daume (Handball), Max Danz (Leichtathletik), Walter Wülfig (Rudern) und Bernhard Baier (Schwimmen). Sie hatten erkennbar keine zusätzlichen, ihre Einstellung begründenden Motive – lediglich ihren persönlichen Erfahrungshorizont als junge Athleten und ihre Sozialisation im allerdings politisch funktionalisierten Sport im Nationalsozialismus. Weitgehend von der Praxis des Leistungssports geprägt, hatten sie grundsätzlich wenige Berührungspunkte mit weltanschaulichen bzw. traditionsgebundenen Inhalten des Sports.⁵⁷

Anders war dies bei der Gruppe der Älteren, zu der Vertreter aller ehemaligen Lager (Arbeitersport, „bürger-

51 In Köln referierte Prof. Hermann Altröck mit einem philosophischen Ansatz über den „Begriff des Rhythmus“ und in Stuttgart war Prof. Herman Nohl neben Diem der Hauptreferent mit dem Thema „Das Ethos im Sport“.

52 Vorgängerorganisation des DOSB.

53 Zitiert nach Buss 1990, 318.

54 Bernett zit. bei Buss 1990, 318.

55 Vgl. Kap. 3.1.1.

56 Im Falle Diems flossen dabei z. B. stets auch grundsätzliche politische Motive im Sinne einer damit intendierten nationalen Stärkung Deutschlands ein.

57 Für den einflussreichsten Sportfunktionär der Nachkriegszeit Willi Daume (Gründungspräsident des DSB, Präsident des National Olympischen Komitees, Vizepräsident des Internationalen Olympischen Komitees) liegen hierzu inzwischen allerdings differenziertere Erkenntnisse über eine doch stärkere Einbindung als Funktionär auf der unteren Ebene des NS-Vereinssports in seiner Heimatstadt Dortmund vor. Diese waren aber im Ergebnis nicht so belastend, dass ihm die Entnazifizierung versagt worden wäre. Vgl. Dwertmann 2001 sowie Rode 2010.

liches Sportlager“) der Sportorganisationen vor 1933 gehörten.⁵⁸ Die Mehrheit aber kam aus dem sog. „bürgerlichen Sportlager“ und war 1933 weitgehend bruchlos mit ihren hauptberuflichen und ehrenamtlichen Funktionen in das NS-System integriert worden. Diese Gruppe hatte nach 1945 daher besondere Motive, zum Thema „Sport und Politik“ zumindest zurückhaltend zu agieren. Als hauptamtliche Dozent*innen, Lehrer*innen, Sportverwaltungen und Sportorganisator*innen in den nationalsozialistischen Instituten, Schulen und Verbänden bzw. als ehrenamtliche Funktionär*innen der Sportfachverbände auf allen Ebenen hatten sie einen gesellschaftlichen Bereich des Nationalsozialismus repräsentiert, der als „Politische Leibeserziehung“ in hohem Grade im Sinne der inhumanen Ziele der Nationalsozialisten praktisch wirksam geworden war. Hierzu sind exemplarisch für den Kreis der universitären Lehrkräfte Erich Klinge, Ludwig Mester, Hans Möckelmann, Hans Hoske, Hugo Wagner und Eugen Zerbe⁵⁹ zu nennen. Für die Sportorganisatoren und ehrenamtlichen Funktionäre stehen die Männer Carl Diem, Carl Koppehel, Guido von Mengden und Karl Ritter von Halt, aber auch eine Frau wie Sophie Dapper, stellvertretend für viele andere.⁶⁰ So war dieser Personenkreis in dem unsicheren Klima der Nachkriegszeit bemüht, jeglichen ideologischen oder politischen Aspekt des Sports „auszublenden“, ihn zu „neutralisieren“⁶¹; eine andere Variante war der Rückzug auf die rein organisationsprak-

tische Ebene. Dozierende und Lehrer*innen versuchten darüber hinaus, durch Anknüpfung an die idealistische Interpretation eines zweckfreien Sports von der Realität ihrer Mitverantwortung um die Gestaltung des nationalsozialistischen Sportsystems abzulenken. Die Thematisierung des Sports unter einem politischen Aspekt hätte hingegen sehr schnell auch öffentlich die eigene Rolle und Verstrickung im politikbesetzten Sport bzw. in der Leibeserziehung des Nationalsozialismus zur Diskussion stellen können.

Die Verschleierung bzw. Kaschierung des eigenen politischen Engagements erfolgte häufig sogar in besonders subtiler Weise. So ist aus dem Kreis dieser „Sportführer*innen“ und „Meinungsbildner*innen“ der ersten Nachkriegszeit zwar keiner bekannt, der sich öffentlich selbstkritisch und selbstbekennd mit seiner Rolle im Nationalsozialismus auseinandergesetzt hat. Viele traten dafür aber nun mit radikaler Kehrtwendung als exponierte Verfechter*innen eines „unpolitischen Sportsystems“ auf. Auf der Welle des Antikommunismus „reitend“, verwies man z. B. auf das so „undemokratische“, „politische“ Sportsystem in der sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR und versuchte damit, von der notwendigen politischen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit abzulenken.⁶²

Die „moderne“ Entwicklung 1970 bis heute

Lange Jahre in der Nachkriegszeit ist die gesellschaftlich-politische Verortung des Sports in „beiden Deutschlands“ sehr unterschiedlich erfolgt. In der DDR blieb die offensive Position eines politisch voll in das Gesellschafts- und Staatsystem integrierten Bereichs von „Körperkultur und Sport“ bis zu ihrem Ende 1989/1990 erhalten. Dement-

sprechend wurde der Bereich „Körperkultur und Sport“ zwangsläufig auch als wichtiges Politikfeld in der DDR ausgewiesen und für die wissenschaftliche Durchdringung mit Professuren für „Sporttheorie und Geschichte“ systematisch gefördert.⁶³

58 So wurde beispielsweise mit Oscar Drees auch ein ehemaliger Spitzenfunktionär des Arbeitersports (ATSB) 1950 zum ersten Vizepräsidenten des DSB gewählt.

59 Alle waren in der Zeit des Nationalsozialismus, z. T. sogar führend, an Hochschulinstituten für Leibesübungen beschäftigt und wurden nach dem Krieg mit Ausnahme von Klinge wieder als Institutsdirektoren an den Instituten für Leibesübungen in der Bundesrepublik angestellt. Siehe hierzu auch Buss 2012.

60 Carl Koppehel war führender Fußballfunktionär im Fachamt Fußball des Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen (NSRL), ab 1951 wieder Vorstandsmitglied im DFB. Guido von Mengden war Spitzenfunktionär im NSRL, ab 1951 Geschäftsführer der Deutschen Olympischen Gesellschaft und ab 1954 Hauptgeschäftsführer des DSB. Ritter v. Halt war Präsident der 1936er Olympischen Winterspiele und letzter „Reichssportführer“ im Nationalsozialismus, ab 1951 wieder Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK) und IOC-Mitglied. Sophie Dapper hatte bis 1945 führende Funktionen im NSRL und war ab 1947 wieder Mitglied im Deutschen Arbeitsausschuss Turnen (DAT), dann in den 1950er Jahren Frauenvertreterin im Bund Deutscher Leibeserzieher sowie Mitglied im Präsidium des Rheinischen Turnerbundes.

61 Hierzu sei auch in diesem Zusammenhang auf das praktizierte Muster einer philosophisch begründeten Zweckfreiheit des Sports verwiesen.

62 Diese antikommunistische Einstellung war bei vielen westdeutschen Sportfunktionär*innen im Klima des beginnenden „Kalten Krieges“ aber auch Ausdruck ihrer festen politischen Überzeugung. Dies galt insbesondere für den ab 1951 wieder als Präsident des Nationalen Olympischen Komitees amtierenden Karl Ritter von Halt. Vgl. Buss 2001.

63 Während es in der BRD auch nach Einrichtung einer universitären „Sportwissenschaft“ Anfang der 1970er Jahre die Disziplin „Sportpolitik“ noch lange Zeit nicht gab, waren in der Sportwissenschaft der DDR sukzessive bis zu ihrem Ende 1990 16 Professuren und Dozenturen für Sportgeschichte, Sportpolitik und Sporttheorie eingerichtet worden. Siehe hierzu Buss 1999b, 27.

In der BRD gingen die ersten Impulse für eine Veränderung der Sichtweise zum Thema „Sport und Politik“ von der Deutschen Sportjugend (dsj), dem Jugendverband des DSB, aus. Sie schuf im April 1956 das Publikationsorgan „Olympische Jugend“, das sich mit Aufnahme auch gesellschaftspolitischer Themen zunehmend zu einer kritischen sportpolitischen Zeitschrift entwickelte. Ende der 1960er Jahre, als im Verlaufe der Jugend- und Studentenbewegung, der sog. „1968er-Zeit“, auch zahlreiche Funktionär*innen der dsj in diese Bewegung involviert waren, wurde über diese Schiene das Thema „Sport und Politik“ immer stärker auch in den Dachverband des bundesrepublikanischen Sports, den DSB, hineingetragen. Gleichzeitig wurde die Thematik durch die nach München vergebenen Olympischen Sommerspiele 1972 mit ihrer hohen auch allgemeinpolitischen Bedeutung⁶⁴ immer brisanter. Und die dsj sowie auch andere sportbezogene Jugendorganisationen, wie vor allem der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband (adh), positionierten sich dazu ganz offensiv. Die dsj hatte nicht nur schon 1967 als erste deutsche Jugendorganisation mit dem israelischen Sportverband Hapoel Beziehungen aufgenommen, sondern auch solche internationalen Kontakte im Rahmen des Jugend- und Studentenlagers während der Olympischen Spiele in München auf Beziehungen in den sogenannten Ostblock erweitert. Diese sportpolitischen Initiativen setzte die Deutsche Sportjugend dann auch unter Führung ihrer langjährigen 1. Vorsitzenden, Erika Dienstl (1972–1981), systematisch durch Aufnahme weiterer sozial- und umweltpolitischer Themen fort. Hierzu Dienstl in einem späteren Rückblick: „Es war nicht immer leicht, im DSB-Präsidium das nötige Verständnis und damit auch die Zustimmung für unsere damals noch als sehr progressiv geltenden Ideen zu erhalten.“⁶⁵

Der Wandel hin zu einem allmählichen Verständnis des Sports als Politikfeld – sowohl an der Basis in den Vereinen als auch bei der Führungsspitze im DSB – vollzog sich also nur sehr schwerfällig und langsam, wobei aus Anforderungen der Tagespolitik heraus die staatlichen Institutionen sogar Vorreiter waren. 1969 wurde erstmals mit Beginn der 6. Legislaturperiode des Deutschen Bundes-

tages ein Sportausschuss des Bundestages eingesetzt. Nicht zuletzt ausgelöst durch die Olympischen Sommerspiele in München, begann hierzu auch eine intensive, überaus kritische Auseinandersetzung und Publikationstätigkeit in der seit Anfang der 1970er Jahre neu strukturierten Sportwissenschaft, getragen von der sogenannten „Neuen Linken“ im Sport (überwiegend junge Sportwissenschaftler*innen und gesellschaftskritische „freie“ Autor*innen). Eine der Grundaussagen und Forderungen in ihren Schriften war die Notwendigkeit eines aktiven und transparenten Beziehungsverhältnisses von Sport und Politik auch auf der institutionellen Ebene des Systems.⁶⁶

Und all diese Aktivitäten zeigten dann auch allmählich Wirkungen und ein Umdenken bei der neuen Sportführung im DSB ab 1970, zunächst bei dem Nachfolger von Willi Daume, dem neu gewählten DSB-Präsidenten Wilhelm Kregel (1970–1974), und dann folgend bei Willi Weyer (1974–1986), einem vorherigen aktiven Politiker (von 1954 bis 1975 Minister in Nordrhein-Westfalen), der als der politisch authentischste Präsident in die Geschichte des DSB eingegangen ist. „Spätestens seit der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing (in Bayern) im September 1973 zum Thema ‚Sportpolitik in der Bundesrepublik Deutschland‘ sowie dem nachfolgenden DSB-Bundestag in Essen 1974 mit dem Leitthema ‚Die gesellschaftliche Rolle des Sports‘ wird das Verständnis des DSB zur Struktur und grundsätzlichen Aufgabenstellung des Sports durch die Anerkennung der politischen Dimension als konstitutives Element geprägt. Die Wahrnehmung und Durchsetzung von Interessen werden insofern auch konsequent als ‚politisches Handeln‘ gesehen. Die vom DSB-Präsidenten Wilhelm Kregel ausgedrückten Überzeugungen gelten für den DSB seitdem uneingeschränkt, heute auch zunehmend auf den unteren Ebenen des Sports: ‚Die wachsende außerparlamentarische Mitverantwortung unserer Turn- und Sportbewegung (übt) gesellschaftspolitische Wirkungen von hohem Maße aus, ja, (wir wissen), daß der DSB längst zu einer politischen Kraft im Lande geworden ist.‘“⁶⁷

64 Spiele im Spannungsfeld des weiter bestehenden Ost-West-Konfliktes, des deutsch-deutschen „Bruderkampfes“ auf der Aschenbahn, im Lichte der neuen Ostpolitik der damaligen sozialliberalen Bundesregierung unter Kanzler Willi Brandt und des Bezuges auf die Olympischen Spiele im national-sozialistischen Deutschland 1936 mit der polemischen Formel „1972 gleich 2 x 36“.

65 Internetquelle „Sportpolitische Dokumente des DOSB“: <http://www.schattenblick.de/infopool/sport/fakten/sfges475.html>, Zugriff am 18.11.2021.

66 Allein zwischen 1969 (beginnend mit Arbeit von Bero Rigauer „Sport und Arbeit“) und 1980 erschienen zu diesem Thema ca. 30 einschlägige Publikationen mit unterschiedlich, vor allem auch kapitalismuskritischen Analysen und Forderungen zum Thema der politischen „Verankerung“ des Sports in der Gesellschaft.

67 Buss 1990, 317 mit Zitat von Kregel.

Spätestens Ende der 1980er Jahre führte das auch bei den allermeisten angeschlossenen Sportorganisationen zu einem bewussten Bekenntnis für den Sport als aktiv zu gestaltendem Politikfeld – sowohl nach innen als auch nach außen. Der Jubiläumsband zum 40-jährigen Bestehen des Deutschen Sportbundes im Jahr 1990 mit seinen zahlreichen historischen und sportpolitischen Beiträgen liefert hierfür einen nachhaltigen Beleg.⁶⁸

So wie die Sportorganisationen hat sich auch die erst zu Beginn der 1950er Jahre als universitäre Fachdisziplin etablierte Politikwissenschaft lange Jahre nicht systematisch mit dem Thema „Sport und Politik“ beschäftigt. Erst ab Ende der 1990er Jahre hat das Politikfeld Sport auch

zunehmend das Interesse der deutschen Politikwissenschaft gefunden. Als einer der ersten renommierten Politikwissenschaftler war es der Göttinger Peter Lösche, der sich in dem von ihm mit herausgegebenen Sammelband „Zum Verhältnis von Sport, Politik, Ökonomie und Gesellschaft“⁶⁹ einer diesbezüglichen (und noch heute gültigen) modernen Standortbestimmung annahm – und dies auch in Zusammenarbeit mit dem nochmals für eine „Politikwissenschaft des Sports“ werbenden Sportsoziologen Sven Güldenpfennig.⁷⁰ Logischerweise war Peter Lösche dann auch der Autor des die Theorie und Grundlagen zur Sportpolitik ausführenden Beitrages im ersten „Handbuch Sportpolitik“.⁷¹

4. Das Politikfeld „Sport“ im heutigen gesellschaftlichen System

Folgt man nun einem systemtheoretischen Verständnis von Gesellschaft,⁷² dann differenziert sich in hochentwickelten Gesellschaften das politische Gesamtsystem in eigenständige Subsysteme aus, die alle eine spezifische Funktion (Leistung) für das Gesamtsystem erbringen. Die Ausgestaltung der Subsysteme unterliegt autonomen Prozessen innerhalb der Systeme; insofern können wir sie auch als „Politikfelder“ bezeichnen. Alle Politikfelder des gesellschaftlichen Gesamtsystems sind in Bezug auf ihr politisches Handeln grundsätzlich doppelt ausgerichtet, nach innen in der Gestaltung des eigenen Systems und nach außen in der Kommunikation mit den anderen Subsystemen. Das gilt damit selbstverständlich auch für das Subsystem bzw. Politikfeld „Sport“. Der Sportsoziologe Karl-Heinz Bette hat dieses doppelte Kommunikationsverhalten der Subsysteme mit gleichzeitiger „Offenheit durch Geschlossenheit“ gekennzeichnet, einer Offenheit nach außen gegenüber den anderen Subsystemen und einer Geschlossenheit in Bezug auf die inneren Prozesse, und dieses Konstrukt am Beispiel des Systems Sport verdeutlicht.⁷³ Mit der grundsätzlichen Feststellung, dass das Subsystem „Sport“ selbstverständlich politisch

handelt und damit auch als aktives Politikfeld präsent ist, ist nun letztlich noch zu klären, weshalb Güldenpfennig trotzdem und richtigerweise behaupten kann: „Sport ist beides, nichtpolitisch und politisch“⁷⁴. Dabei bezieht er sich auf seine Differenzierung zwischen der kulturellen Tätigkeitsebene und der institutionellen Ebene des Systems „Sport“ (vgl. Kap. 2.1). Während die Tätigkeitsebene allein den inhärenten Sinn- und Sachelementen ihrer kulturellen „Eigenwelt“ folgt und damit nicht den Kategorien des Politischen unterliegt, bedarf das institutionelle System des Sports der politischen Gestaltung wie jedes andere gesellschaftliche Subsystem auch. Es ist „prinzipiell ‚politikfähig‘ und politik-bedürftig“⁷⁵, sowohl nach „innen“ als auch nach „außen“. Dabei konkurriert es mit den anderen Subsystemen um gesellschaftlichen Einfluss, kann auch deren Einflüssen unterliegen, erhebt aber den prinzipiellen Anspruch, in seinem Bereich allein den Normen seines kulturellen Musters folgen zu können. Eine Ausnahme bilden dabei die Grenzen, die durch die von dem zentralen politischen Subsystem rechtlich verbindlich gemachten Normen (Verfassung, Gesetze) gesetzt werden. Dort werden die Bedingungen festge-

68 DSB 1990 und 1991.

69 Lösche 2002.

70 Güldenpfennig 2002.

71 Tokarski & Petry 2010.

72 Vgl. Strukturmodell im Kap. 2.2 (Politikdefinition). Siehe hierzu Bette 1999 bzw. Schimank 1988 und 2008.

73 Bette 1999, 41: „Die operative Geschlossenheit des auf Leistung, Erfolg und Wettkampf orientierten Sports beispielsweise bezieht sich auf den Kernbereich seiner Selbststeuerung, nämlich auf seine Sieg-Niederlage-Präferenz beziehungsweise seinen Code von überlegener/unterlegener Leistung. Nur weil er in der Zuteilung dieser Codewerte nach eigenen Prinzipien entscheidet, also Autonomie entwickeln konnte, ist er in der Lage, sich in bestimmter Hinsicht zu öffnen, um beispielsweise wirtschaftliche Markt- oder politische Selbstdarstellungsinteressen zu transportieren oder mediale Erwartungen mitzuerfüllen. Wechselseitige Abhängigkeiten können sich so herausbilden. Der Hochleistungssport kann heute in der Tat ohne massive staatliche Förderung nicht mehr auskommen und ist in diesem Sinne hochgradig abhängig von staatlichen Geldgebern. Codeförmige Autonomie und Ressourcenabhängigkeit bilden gewissermaßen zwei quer zueinanderstehende Dimensionen. Darüber hinaus darf auch eine Ressourcenabhängigkeit des Sports von seiner Umwelt nicht isoliert als Indiz betrachtet werden, dass dieser ein Spielball von Umweltkräften sei. Wenn die gesellschaftliche Umwelt ihrerseits in hohem Maße abhängig von den Leistungen des Sports ist, kann dieser durchaus erhebliche Freiräume der Selbstgestaltung seiner Umweltbeziehungen besitzen. Auch eine starke finanzielle Abhängigkeit des Leistungssports beispielsweise vom Staat verschafft letzterem so lange keine direkten Eingriffsmöglichkeiten, wie umgekehrt der Staat seinerseits zum Beispiel davon abhängig ist, dass der Spitzensport ihm international anders kaum erreichbare Anerkennung verschafft. Das Organisationsprinzip, welches ein Ermöglichungsverhältnis ausdrückt, heißt somit: Offenheit durch Geschlossenheit.“

74 Güldenpfennig 2000, 66.

75 Ebenda.

setzt, „unter denen nur der Sportplatz legitimerweise betreten und die Sportentwicklung gefördert werden kann“, wie es Güldenpfennig einmal für das Verhältnis der beiden Subsysteme zueinander konkretisiert hat.⁷⁶

Ein Recht zur Einflussnahme auf die inneren Entwicklungen des Sports bzw. des Sportsystems ist damit jedoch nicht verbunden, schon gar nicht eine Instrumentalisierung für eigene Interessen. Der gegenseitige Einfluss voll-

zieht sich im Idealfall immer als Produkt einer Konsensbildung, bei der beidseitig Interessen, bestenfalls zum gegenseitigen Nutzen, realisiert werden. Daraus resultiert dann die idealtypische Forderung von Güldenpfennig nach einer „horizontalen Sportpolitik“ zwischen den prinzipiell gleichberechtigten (autonomen) Partnern „Sport“ und der „Politik“; diese steht im Gegensatz zu einer „vertikalen Sportpolitik“, bei der „Sport“ den Entscheidungen der „Politik“ einseitig „unterworfen“ ist.⁷⁷

5. Fazit

Soweit lässt sich das theoretische Konstrukt der Beziehung vom Sport und Sportsystem zum politischen System darstellen.⁷⁸ Dass in der historischen und aktuellen Realität dieses Gebot einer – wie es Güldenpfennig bezeichnet – „horizontalen Sportpolitik“ vielfach verletzt wurde und noch immer wird, mag gelten, stellt seine Rationalität jedoch nicht infrage. Zu überprüfen ist jedoch immer, ob die im historischen Kontext ausgewiesenen „Verletzungen“ dieses gebotenen Handlungsprinzips, z.B. die vielfach als „Instrumentalisierungen“ offengelegten „Einbindungen“ des Sports im Nationalsozialismus oder im politischen System der DDR, stets den Kriterien einer negativ besetzten „vertikalen Sportpolitik“ standhalten.

War der Sport hierbei allein den Interessen der Politik „unterworfen“ oder hat nicht auch er, der Sport, durch aktives politisches Handeln eigene Interessen realisiert und dabei auch verändernd oder stärkend auf das politische System eingewirkt? Hier würden wir dann von einer „Funktionalisierung“ sprechen, einem Prozess, in dem beide von der gegenseitigen Inanspruchnahme profitieren.⁷⁹ Wieweit die Verifizierung einer solchen These auch immer gelingt, ihre Grundlage ist stets die Feststellung über die zumindest theoretische Politikfähigkeit eines jeden modernen Sportsystems, bezogen auf seine institutionelle Ebene.

Den „unpolitischen Sport“ – also eine Beziehungslosigkeit zwischen dem „Sport“ und der „Politik“ – gibt es nicht.

Feststellungen von der Existenz eines „unpolitischen“ oder „zweckfreien“ Sports im öffentlichen Raum beruhen also auf Inkompetenz, einem mangelnden bzw. überholten wissenschaftlichen Erkenntnisstand oder einer bewussten Verfälschung. Alle diese drei Kausalitäten sind – soweit mit dem Credo eines „unpolitischen Sports“ argumentiert wurde und wird – festzustellen, sowohl im historischen Kontext der Entwicklungsphasen des Sports im 20. Jahrhundert als auch immer noch in der Gegenwart. Das letztere bezieht sich allerdings nicht mehr auf den Stand sportwissenschaftlicher Erkenntnis und akademischer Lehre, sondern vielmehr auf immer noch vorhandene einschlägige Diskurse in der sportpolitischen Handlungsebene der Sportorganisation, von den Vereinen bis hinauf zu den Verbänden – leider auch immer noch bei einigen Vertreter*innen des Sportjournalismus – und muss überwunden werden.

Will man die berechtigten Interessen des Sports im öffentlichen gesellschaftlichen Kontext durchsetzen, dann muss man zwangsläufig zu seinem Nutzen die Instrumente des politischen Handelns einsetzen. Das heißt, dass bei der gesellschaftlichen Pluralität in den Organisationen des Sports selbstverständlich die parteipolitische Neutralität gewahrt bleiben muss, aber gleichzeitig durchaus Stellung und Position zu übergeordneten, gesamtgesellschaftlichen Fragen und Problemen bezogen werden kann. Der Erhalt der Diversität unserer Lebensgrundlagen, der Klimawandel und seine Folgen, die notwendige Geschlechtergleichstellung, das internationale Friedensgebot, die Demokratiebewahrung und -entwicklung, der Schutz der Menschenrechte oder der Abbau unterschiedlicher Entwicklungsverläufe der weltweiten Lebensbedingungen – all das sind auch politische Handlungsfelder des Sports.

⁷⁶ Güldenpfennig 2000, 67.

⁷⁷ Vgl. Buss/Güldenpfennig/Krüger 1999, 74.

⁷⁸ Güldenpfennig (2000, 67) erläutert dieses Konstrukt noch weiter, indem er das institutionelle System des Sports folgendermaßen gesamtgesellschaftlich verortet: „Sport als institutionelles System ist vollständig integraler Teil weder des öffentlichen (staatlichen) noch des privaten (individuellen oder marktlichen) Sektors. Er ist vielmehr Teil des sogenannten ‚Dritten Sektors‘ zwischen Marktprivatheit und Staatsöffentlichkeit. Er ist ein auf freiwilliger Basis beruhender ‚privater‘ Bereich, der sich öffentlichen Gütern widmet. Er firmiert in der sozialphilosophischen Diskussion damit auch unter dem übergeordneten Begriff ‚Zivilgesellschaft‘. Die für die beiden anderen Sektoren gegenüber dem kulturellen Status des Sports angemessenen Kooperations-Strategien sind ‚kulturverträgliche Vertragsbeziehungen‘ auf der einen und ‚kulturförderliche Subsidiaritätsbeziehungen‘ auf der anderen Seite.“

⁷⁹ Vgl. Anm. 19.

Literaturverzeichnis

**Ackermann, Paul/Landfried, Klaus/Wagner, Adolf/
Wehling, Hans-Georg (1980):**

Politik. Ein einführendes Studienbuch. Hoffmann & Campe-Verlag: Hamburg.

Alemann, Ulrich von (1989):

Organisierte Interessen in der Bundesrepublik. 2.Aufl., Leske + Budrich: Opladen.

Alkemeyer, Thomas (1996):

Körper, Kult und Politik. Von der „Muskelreligion“ Pierre de Coubertins zur Inszenierung von Macht in den Olympischen Spielen von 1936. Campus-Verlag: Frankfurt/M.

Baeumler, Alfred (1937):

Die weltanschaulichen Grundlagen der deutschen Leibesübungen. In: Sport und Staat. Im Auftrage des Reichssportführers hrsg. von Arno Breitmeyer, P.G. Hoffmann, Bd. 2, 136–161.

Balbier, Uta Andrea (2007):

Kalter Krieg auf der Aschenbahn: Der deutsch-deutsche Sport 1950-1972. Verlag Schöningh: Paderborn.

Beckmann, Otto Verlagsanstalt (Hrsg.) (1933):

Beckmanns Sport Lexikon. Verlag Beckmann: Leipzig/Wien.

Benary, Wilhelm (1913):

Der Sport als Individual- und Sozialerscheinung: Berlin.

Bette, Karl-Heinrich (1999):

Systemtheorie und Sport. Suhrkamp: Frankfurt/Main.

Beyer, Erich (1982):

Sport in der Weimarer Republik. In: Horst Ueberhorst: Geschichte der Leibesübungen, Band 3/2. Verlag Bartels & Wernitz: Berlin, 657–700.

Buss, Wolfgang (1975):

Die Entwicklung des Deutschen Hochschulsports vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des NS-Staates – Umbruch und Neuanfang oder Kontinuität? Diss. Universität Göttingen.

Buss, Wolfgang/Nitsch, Franz (1987):

Am Anfang war nicht Carl Diem – die Gründungsgeschichte der Sporthochschule Köln 1945–1947. Duderstadt.

Buss, Wolfgang (1990):

Kontinuität und Wandel im Politikverständnis der Sportorganisationen. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes – Wege aus der Not zur Einheit, Bd. 1. Hofmann-Verlag: Schorndorf, 317–328.

Buss, Wolfgang/Güldenpfennig, Sven/Krüger, Arnd (1999a):

Geschichts-, Kultur-, Sport(politik) und wissenschaftstheoretische Grundannahmen – sowie daraus resultierende Leitfragen für die Forschung. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports, 13 (1999) 1, 65–74

Buss, Wolfgang (1999b):

„Die Stunde der Sieger“ oder: Wie die fragwürdige Überwindung totalitärer Strukturen zu einem Pyrrhussieg wurde. In: Ferger, Katja/Giesler, Horst/Gissel, Norbert (Hrsg.) (1999): Sport gelebt und gelehrt. Festschrift zum 60. Geburtstag von Hannes Neumann. Gießen, 21–32.

Buss, Wolfgang (2001):

Die „neuen“ Sportsysteme im Nachkriegsdeutschland – Brüche sowie reale und vermeintliche Kontinuitäten. In: Krüger, Michael (Hrsg.): Transformationen des deutschen Sports seit 1939. Czwalina-Verlag: Hamburg, 99–107.

Buss, Wolfgang (2010):

Sport im Prozess der deutschen Wiedervereinigung. In: Wolfgang Buss/Sven Güldenpfennig: Politik im Sport. Arete Verlag: Hildesheim, 41–56.

Buss, Wolfgang (2012):

NS-Karrieren – das „Netzwerk Krümmel“. In: Blecking, Diethelm/Peiffer, Lorenz (Hrsg.): Sportler im „Jahrhundert der Profiteure, Widerständler und Opfer, 52–64. Verlag Die Werkstatt: Göttingen.

Cachay, Klaus/ Thiel, Ansgar (2000):

Soziologie des Sports. Juventa: Weinheim.

Court, Jürgen (1998):

Kleine Ideengeschichte der Sportwissenschaft 1900–1914. Richartz Verlag: St. Augustin.

Court, Jürgen (2000):

Interdisziplinäre Sportwissenschaft. Historische und systematische Studien zur Eigenweltthese des Sports. Frankfurt/M.

Court, Jürgen (2001):

Zur Renaissance des Idealismus – Bemerkungen zu Christiane Eisenberg. In: Michael Krüger (Hrsg.): Transformationen des deutschen Sports seit 1939. Czwilina Verlag: Hamburg, 57–69.

Court, Jürgen (2008):

Deutsche Sportwissenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Bd. 1: Die Vorgeschichte 1900-1918. Lit-Verlag: Berlin.

Deutscher Sportbund (Hrsg.) (1990 und 1991):

Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit, Bd. 1 und 2. Hofmann Verlag: Schorndorf.

Diem, Carl (1952):

Ein Überblick. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.): Internationaler Sportkongress Stuttgart 1951. Frankfurt/M., 107–112.

Diem, Carl (1982):

Ausgewählte Schriften. 3 Bände. Richartz-Verlag: St. Augustin.

Dwertmann, Hubert (2001):

Zwischen Kontinuität, systematischem Neuaufbau und Transformation. Willi Daume – dass „neue“ Gesicht im bundesrepublikanischen Sport. In: Krüger, Michael (Hrsg.): Transformationen des deutschen Sports seit 1939. Czwilina-Verlag: Hamburg, 135–151.

Frei, Norbert (2001):

Karrieren im Zwielficht – Hitlers Eliten nach 1945. Campus Verlag: Frankfurt/Main.

Güldenpfennig, Sven (2000):

Sport: Kritik und Eigensinn. Academia-Verlag: St. Augustin.

Güldenpfennig, Sven (2002):

Plädoyer für eine Politikwissenschaft des Sports. In: Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hrsg.): Fußballwelten. Zum Verhältnis von Sport, Politik, Ökonomie und Gesellschaft. Leske + Budrich: Opladen, 65–68.

Güldenpfennig, Sven (2003):

Sportpolitik. In: Haag, H./Strauß, B. (Hrsg.): Theoriefelder der Sportwissenschaft, 2. Auflage, Hofmann-Verlag: Schorndorf, 165–199.

Haug, Wolfgang Frigga (1980):

Annäherung an die faschistische Modalität des Ideologischen. In: Projekt Ideologie-Theorie 1980a, 44 – 88.

Hüttenberger, Peter (1990):

Die politische und gesellschaftliche Situation im Nachkriegsdeutschland. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.): Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes – Wege aus der Not zur Einheit, Band 1, Hofmann-Verlag: Schorndorf 1990, 9–15

Joch, Winfried (2006):

Alfred Baeumler: Männerbund und Wissenschaft (1934). In: Jürgen Court/ Eckhard Meinberg (Hrsg.): Klassiker und Wegbereiter der Sportwissenschaft. Verlag Kohlhammer: Stuttgart.

Kleßmann, Christoph (1986):

Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. Bonn.

Langenfeld, Hans (2010):

Funktionalisierung und Instrumentalisierung der Leibesübungen und des Sports. In: Michael Krüger/ Hans Langenfeld: Handbuch Sportgeschichte. Hofmann-Verlag: Schorndorf, 114–121.

Lösche, Peter (2002):

Sport und Politik(wissenschaft): Das dreidimensionale Verhältnis von Sport und politischem System der Bundesrepublik. In: Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hrsg.): Fußballwelten. Zum Verhältnis von Sport, Politik, Ökonomie und Gesellschaft. Leske + Budrich: Opladen, 45–63.

Lösche, Peter (2010):

Sportpolity, Sportpolitics und Sportpolicy als theoretische Annäherung an eine Sportpolitikwissenschaft. In: Walter Tokarsky, Karen Petry (Hrsg.): Handbuch Sportpolitik. Hofmann-Verlag: Schorndorf, 12–29.

Meyer, Thomas (2000):

Was ist Politik? Leske + Budrich: Opladen.

Neugebauer, Hans-Peter (1957):

Zu den Beziehungen zwischen Sport und Politik. Diss. DHfK Leipzig.

Rigauer, Bero (1969):

Sport und Arbeit. Soziologische Zusammenhänge und ideologische Implikationen. Suhrkamp Verlag: Frankfurt/Main.

Röthig, Peter/ Prohl, Robert (Leitung) (2003):

Sportwissenschaftliches Lexikon. 7. Aufl., Verlag Karl Hofmann: Schorndorf.

Rode, Jan C. (2010):

Willi Daume und die Entwicklung des Sports in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1970. Verlag Die Werkstatt: Göttingen.

Schildt, Axel (1999):

Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Frankfurt am Main.

Schimank, Uwe (1988):

Die Entwicklung des Sports zum gesellschaftlichen Teilsystem. In: Mayntz, Renate/Rosewitz, Bernd/ Schimank, Uwe/Stichweh, Rudolf: Differenzierung und Verselbständigung: Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme. Campus-Verlag: Köln, 181–232.

Schimank, Uwe (2008):

Sport im Prozess gesellschaftlicher Differenzierung. In: Weis, Kurt/Gugutzer, Robert (Hrsg.): Handbuch Sportsoziologie. Verlag Hofmann: Schorndorf, 68–74.

Simon, Hans et.al. (Autorenkollektiv) (1969):

Die Körperkultur in Deutschland 1917–1945. Sportverlag Berlin (Ost).

Tokarski, Walter/ Petry, Karen (Hrsg.) (2010):

Handbuch Sportpolitik. Hofmann Verlag: Schorndorf

Wagner, Helmut (1973/1932):

Sport und Arbeitersport. Reprint bei Pahl-Rugenstein: Köln.

Winkler, Hans-Joachim (1970):

Sport im politischen Wirkungszusammenhang. In: Weissgerber, Hans (Red.): Sport und Staat. Sportförderung als politische Aufgabe. Loccumer Protokolle 9/1970 (o. O.), 1–18.

Winkler, Hans-Joachim (1973a):

Sport und politische Bildung. 2. Auflage, Opladen.

Winkler, Hans-Joachim (1973b):

Interessen des Staates im Sport. In: Sportunterricht, 21(1973), 397–401.

Winkler, Hans-Joachim (1973c):

Politische Funktionen des nationalen Spitzensports. In: Grube, Frank/Richter, Gerhard (Hrsg.): Leistungssport in der Erfolgsgesellschaft. Hamburg, 40–55.

Wonneberger, Günther u.a.

(Herausgeberkollegium) (1982):

Körperkultur und Sport in der DDR. Sportverlag Berlin: Berlin (Ost).



„Neutral“ gilt nur für Schiedsrichter*innen

Zur Problematik von Neutralitätsforderungen im Kontext von (Bildungs-) Arbeit in Sportvereinen



Jana Sämann

Universität Siegen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Einleitung

Wenn es um die Beschäftigung mit Positionierungen und Werten im Sport geht, ist auch die Frage nach „Neutralität“ früher oder später Thema, etwa, inwieweit eine „neutrale Position“ in konflikthafter Aushandlungen einzunehmen sei oder inwieweit „Neutralität“ in sportbezogenen Bildungsangeboten gewahrt sein solle. Sportvereine als „zentraler Bestandteil des Gemeinwesens“ (Becker und Ribler 2019, S. 197) haben Vorbildfunktion und Verantwortung – wie sie sich zu gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen und zu diskriminierenden Vorfällen verhalten (oder nicht verhalten), wirkt sich auf die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung dieser Phänomene aus. Warum dabei die Vorstellung eines Rückzugs auf eine „neutrale Position“ nicht zutreffend und die Forderung nach „Neutralität“ problematisch ist, soll Gegenstand der folgenden Ausführungen sein¹. Fokus ist weniger eine Klärung von rechtlichen Grundlagen². Vielmehr soll es im ersten Abschnitt zunächst darum gehen, den Begriff von „Neutralität“ in unterschiedlichen Sinnzuschreibungen in seiner Eignung für den allgemeinen

Bildungskontext zu kritisieren sowie die Bezugspunkte darzustellen, auf die sich bei der Ableitung eines „Neutralitätsgebotes“ häufig bezogen wird. Die Frage, ob Sportvereine politische Räume seien oder nicht, wurde vielfach geführt und kann klar bejaht werden, und sie sind ebenso als Raum demokratischer Bildung anzuerkennen (Riekman 2011; Ahlrichs und Fritz 2021). Warum es momentan dennoch eine solche Konjunktur der Debatte um „Neutralität“ gibt, ist im nächsten Abschnitt dargestellt. Hier wird nachgezeichnet, dass für die aktuelle Popularität des Neutralitätsbegriffes maßgeblich die AfD sorgte, welche den Begriff als Instrument von Delegitimationsversuchen gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen benutzt. Wie das funktioniert und welche Funktionen die Neutralitätsforderungen erfüllen, zeigt der anschließende Abschnitt. Im vorletzten Abschnitt werden diese Überlegungen aus der Bildungsarbeit mit aktuellen Beispielen aus der Fußballregionalliga zusammengebracht, bevor im Fazit noch einmal die wesentlichen Aspekte zusammengefasst sind.

„Neutralität“ als Anforderung an Bildungsarbeit? Eine eher ungeeignete Begrifflichkeit

In der politischen Bildung hat es immer wieder Aushandlungen darüber gegeben, inwiefern ein bestimmtes Verständnis von „Neutralität“ in Bezug auf die bildenden Personen und Institutionen notwendig erscheint, um eine eigenständige Werturteilsbildung zu ermöglichen, ohne dabei politische, religiöse oder weltanschauliche Positionen vereinnahmend darzustellen. Verschiedene, durchaus unterschiedliche Konzepte von „Neutralität“ sollten daher vor Ideologisierung und Indoktrination schützen – und lösen doch oftmals essenzielle Ansprüche nicht ein:

Wenn etwa „Neutralität als Abstinenz“ (Meilhammer 2008, S. 59) beschrieben wird, in dem Sinne, dass als politisch umstritten aufgefasste Themen in der Bildungsarbeit

ausgelassen werden, bedeutet diese generelle Dethematisierung, dass für diese Themen kaum Anregungen zur Auseinandersetzung geleistet werden können. Außerdem stellt auch die Nicht-Thematisierung bestimmter Themen keine „Neutralität“ dar, denn allein die Aushandlung, was als „politisch umstritten“ aufzufassen wäre und was nicht, ist schon eine politische Entscheidung, und ein vermeintlich „neutrales Verhalten“ stärkt hier direkt oder indirekt meist die sowieso schon dominanten Positionen. Wenn etwa Fragen von geschlechterbezogener Ungerechtigkeit nicht thematisiert werden, kann kaum Sensibilisierung für nach wie vor existente gesellschaftliche Machtverhältnisse stattfinden, und sie werden unhinterfragt fortgeschrieben.

¹ Ein herzlicher Dank an dieser Stelle an Eiske Schäfer und Frederieke Miesner für die Anregungen und Korrektur!

² Hierfür seien die entsprechenden generellen Überlegungen zur politischen Bildung etwa bei Friedhelm Hufen (2018) und Hendrik Cremer (2019) empfohlen, dezidiert für die Arbeit von Sportvereinen das Gutachten von Martin Nolte (2020) sowie die Handreichung „RECHTSSicherheit im Sport“ der dsj (2020).

Demgegenüber wäre ein Konzept von Neutralität verstanden als „Geltenlassen von allem“ (Meilhammer 2008, S. 66), also von unbedingter Gleichbehandlung und einem Gleichwertigkeitszuspruch jeder Äußerung im politischen Diskurs, schlussendlich als demokratiegefährdend zu bewerten, wenn dabei fundamentale gesellschaftliche Grundlagen wie die Anerkennung der Menschenrechte oder der freiheitlichen Demokratie zur Disposition gestellt werden. Die damit verbundene Problematik ist etwa bei Marcuse unter dem Begriff der Toleranz beschrieben worden, der formulierte, dass solch „unterschiedslose Toleranz“ (1966, S. 99) in harmlosen Debatten gerechtfertigt sein mag, „aber die Gesellschaft kann nicht dort

unterschiedslos verfahren, wo die Befriedung des Daseins, wo Freiheit und Glück selbst auf dem Spiel stehen“ (ebd.). Äußerungen, die Rassismus reproduzieren, sind eben nicht mit einem Verweis auf Meinungsfreiheit zu rechtfertigen. Vielmehr müssen sie kritisch kommentiert und zurückgewiesen werden, da ein Geltenlassen eine Verletzung und grundlegende Gefährdung fundamentaler gesellschaftlicher Vereinbarungen wie die des Schutzes der Würde des Menschen bedeuten würde. Das bedeutet nicht, dass entsprechende Äußerungen nicht mehr getätigt werden dürften – es bedeutet aber eben auch nicht, dass sie mit einem Verweis auf „Neutralität“ kommentar- und sanktionslos stehen gelassen werden müssten.

Bezugspunkte eines vermeintlichen „Neutralitätsgebotes“

Wenn aktuell die Einhaltung eines vermeintlichen „Neutralitätsgebotes“ in der Bildungsarbeit gefordert wird, gibt es meist zwei Bezugspunkte, welche diese Forderung rechtfertigen sollen: Den Beutelsbacher Konsens sowie das staatliche Neutralitätsgebot. Beide beziehen sich eigentlich gar nicht auf die Bildungsarbeit in der Jugendarbeit oder im Verein, werden in der Debatte jedoch durch die „Neutralität“ einfordernden Akteur*innen angeführt und sind daher im Folgenden kurz dargestellt.

Der Beutelsbacher Konsens entstand im Nachgang einer Tagung von Politikdidaktiker*innen 1976 und formuliert drei Grundsätze politischer Bildung, die zunächst an die schulische politische Bildung adressiert wurden, heute aber auch außerschulisch vielfach rezipiert werden³. Zunächst geht es um ein Überwältigungsverbot, das es „nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu über-rumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbständigen Urteils‘ zu hindern“ (Wehling 1977, 179f) – also eine Ablehnung von Indoktrination. Daran schließt das Kontroversitätsgebot an, welches die Notwendigkeit vielfältiger Perspektiven thematisiert, denn „was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen“ [ebd.], sowie ein Gebot der Teilnehmer*innen-Orientierung, welche „in die Lage versetzt werden [müssen], eine politische Situation und [ihre] eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne [ihrer] Interessen zu beeinflussen“ (ebd.). Ein Neutralitätsgebot ist darin nicht formuliert – und bezüglich dieser Fehlinterpretation formuliert die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, der Bezug auf den Beutelsbacher Konsens bedeute

eine Verpflichtung „gegen Indoktrination, aber nicht zur Wertneutralität“ (2019, o.S.). Für die (Bildungs-)Arbeit im Sportverein etwa besteht mit der Leitidee eines „Sport mit Courage“ (dsj 2019, o.S.) ein dezidiert auf die „Werte eines fairen und respektvollen Miteinanders“ (ebd.) bezogenes Selbstverständnis.

Das staatliche Neutralitätsgebot ergibt sich aus Rechten der politischen Parteien aus Art. 21 (1) des Grundgesetzes. Danach sind staatliche Hoheitsträger dazu verpflichtet, Parteien grundsätzlich in gleicher Weise zu behandeln, um das Recht auf Chancengleichheit im Wettkampf um politische Meinungsbildung zu wahren. Bedeutsam ist hier zunächst die Verpflichtung der Akteur*innen: Staatliche Hoheitsträger sind durch das Grundgesetz verpflichtet. Freie Träger und Verbände wie etwa Sportvereine sind aber keine staatlichen Hoheitsträger, sondern zivilgesellschaftliche Akteur*innen – sie sind in dieser Konstellation Grundrechtsträger, und auch das Empfangen von staatlichen Fördergeldern macht sie nicht zu Grundrechtsadressat*innen. Tatsächlich ergibt sich auch hier kein allgemeines Neutralitätsgebot für die Bildungsarbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, sondern eher ein Gebot der Sachlichkeit in politischen Auseinandersetzungen, denn die „Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen und den allgemeinen Zielen und Inhalten einer Partei ist ebenso wenig Eingriff und Verstoß gegen das Neutralitätsgebot wie das Zitat aus Parteiprogrammen, die sachliche Information über die Aktivitäten der jeweiligen Partei und eine Schilderung von deren eigenen Versuchen, Jugendliche und andere soziale Gruppen zu beeinflussen“ (Hufen 2018, 218; vgl. hierzu auch dsj 2021, 7f sowie Nolte 2021, 14ff).

³ Hierzu auch kritisch: Widmaier und Zorn 2016.

Zur aktuellen Konjunktur des Neutralitätsbegriffes

Dass „Neutralität“ aktuell ein so häufig gebrauchter (und ebenso häufig zurückgewiesener) Begriff in der Bildungsarbeit ist, kann wohl maßgeblich auf die „Neutrale Schulen“-Kampagne der AfD zurückgeführt werden. Der Ende 2018 gestartete Versuch, mittels eines Online-Meldeportals vermeintliche Neutralitätsgebotsverstöße bei Lehrkräften zu erfassen, erwies sich zwar in dieser direkt formulierten Intention als wenig erfolgreich. Deutlich wahrnehmbar ist jedoch der Effekt, dass seitdem eine verstärkte Auseinandersetzung um „Neutralität“ in den schulischen und außerschulischen Bildungsbereichen stattfindet. Auch wenn die Meldeportale mittlerweile als irrelevant betrachtet werden können, operiert die Öffentlichkeitsarbeit der AfD in Bezug auf den Bildungsbereich weiterhin mit Forderungen nach „Neutralität“ sowie begleitenden Vorwürfen, Bildungsarbeit sei tendenziös, indoktrinierend und ideologisch instrumentalisierend⁴. Auffällig sind hier zwei Argumentationsstränge: Zum einen die Diffamierung einer geschlechtergerechten Bildungsarbeit, welche die Thematisierung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt angemessen einbezieht, und zum anderen die Delegitimierung von Bildungsarbeit, welche sich mit Macht- und Ungleichheitsverhältnissen beschäftigt und dabei

etwa kritisch auf Rassismus, Nationalismus oder andere Ideologien der Ungleichheit hinweist.

Auf parlamentarischer Ebene entwickelt die AfD Aktivitäten, indem sie Parlamentarische Anfragen stellt, die sich mit vermeintlichen Neutralitätsgebotsverletzungen beschäftigen. Dabei werden sowohl öffentliche Bildungseinrichtungen wie Schulen und Hochschulen angefragt als auch Kunst- und Kultureinrichtungen, freie Träger der Jugendarbeit sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Unter Titeln wie „Kampf gegen Rechts aus Steuermitteln“ stellen AfD-Fraktionen Anfragen, die sich auf die (Bildungs-)Arbeit von freien Trägern beziehen. Die Beschäftigung reicht dabei von einer generellen Erfragung von Einrichtungs-, Träger- und Finanzierungsstrukturen sowie der Frage nach konkreten Personalien von Antragsteller*innen oder Vereinsvorständen bis zu direkten Indoktrinationsvorwürfen, welche mit der Forderung nach Fördermittelentzug oder auch einer Aberkennung des Status der Gemeinnützigkeit des Trägervereins verbunden sind. Die Anfragen werden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gestellt und sind begleitet von entsprechender Öffentlichkeitsarbeit.

Angriff auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen

Das Schema der Argumentation verläuft dabei immer wieder ähnlich: Einer bestimmten Organisation wird vorgeworfen, sie halte sich nicht an das (nicht weiter erklärte) „Neutralitätsgebot“, sondern arbeite nach einer eigenen Ideologie mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche zu indoktrinieren. Daher sei eine öffentliche Finanzierung zu entziehen, ebenso wie der Status der Gemeinnützigkeit. Manchmal wird auch die Prüfung strafrechtlicher Konsequenzen gefordert, etwa, wenn auch noch ein Vorwurf des „Linksextremismus“ in die Anschuldigungen aufgenommen wird.

Betrachtet man die adressierten Organisationen genauer, sind es meist Vereine und Initiativen, die sich im weitesten Sinne „gegen Rechts“ engagieren, Rassismus thematisieren, für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt eintreten oder Selbstorganisation und Selbstbestimmung organisieren. Auch die klare Benennung menschenverachtender Inhalte in Programm und Strukturen der AfD ist oftmals ein Ansatzpunkt, dass die Partei diese Organisationen zu diskreditieren versucht. Wenn diese Art von Bildungsarbeit immer wieder als „nicht neutral“ und damit letztlich

als „nicht legitim“ etikettiert wird – und dieser Etikettierung nicht in einer breiten Öffentlichkeit widersprochen wird – kann das mittelfristig eine Verschiebung der gesellschaftlichen Wahrnehmung bewirken. Durch die permanente Wiederholung kann sich die öffentliche Wahrnehmung dessen, was als wünschenswerte oder akzeptable Inhalte zivilgesellschaftlichen Wirkens anerkannt wird, verschieben und das Engagement „gegen Rechts“ wirkt nicht mehr als demokratische Praxis.

Dies wird etwa am Beispiel einer Kleinen Anfrage deutlich, welche ein AfD-Abgeordneter im November 2019 an den Brandenburgischen Landtag stellte. Dabei wird die Beteiligung der Brandenburgischen Sportjugend am Verbund „Tolerantes Brandenburg“, einem Netzwerk zur Demokratiestärkung und Rechtsextremismusbekämpfung, durch die AfD skandalisiert. Zur Begründung heißt es: „Über sogenannte Berater, die entsprechend geschult und ideologisiert sind, interveniert das ‚Tolerante Brandenburg‘ in Sportvereinen, wo Menschen mit vermeintlich fremdenfeindlichem oder rechtsextremistischem Gedankengut Mitglieder sind. Diese Interven-

4 Hierzu ausführlich: Sämann 2021.

tionen dienen dazu, sportlich aktive Menschen in ihren Gemeinschaften zu isolieren, auszugrenzen und sie letzten Endes aufgrund ihrer politischen Ansichten auszuschließen“ (AfD Brandenburg 2019, 1). Damit wird ein dezidiert auf Demokratieförderung angelegtes Projekt mit einem Ideologievorwurf belegt. Die Deutsche Sportjugend (dsj) sprach daher in einer Stellungnahme von einer „Zäsur“, denn „die gute und wichtige Arbeit für die Förderung der demokratischen Werte im und durch den Sport und für ein gutes Miteinander wird nicht nur in Frage gestellt, sondern durch einen ideologischen Duktus

eingeeordnet, der aus Sicht der dsj nicht zu akzeptieren ist“ (dsj 2019, o.S.). Die Formulierungen in der AfD-Anfrage verkürzen hier nicht nur die Arbeit des Projektes, sondern sie legitimieren und normalisieren zudem antidemokratische Haltungen und Handlungen.

**Das ganze Statement
der dsj finden Sie hier:**



Aktuelle Beispiele aus der Fußball-Regionalliga

Aber auch ohne Beteiligung auf parlamentarischer Ebene zeigen sich immer wieder problematische Neutralitätsvorstellungen, etwa in aktuellen Beispielen der Fußball-Regionalliga.

Der SV Babelsberg 03 durfte im Oktober 2021 nicht mit dem Logo des neuen Kooperationspartners „Neues Potsdamer Toleranzedikt“ spielen, weil dies der Nordostdeutsche Fußballverband (NOFV) mit Hinweis auf die NOFV-Spielordnung unter §25 Nr. 8, dass „Werbung für politische Gruppierungen und mit politischen Aussagen nicht genehmigt [wird]“, untersagte. Unter Bezug auf denselben Paragraphen wurde im Juli 2021 schon Tennis Borussia Berlin verboten, mit einem Trikotaufdruck des Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt CURA aufzulaufen. In einer Erklärung formulierte der NOFV, dass „die beantragte Werbung im Gegensatz zur satzungsgemäßen politischen und konfessionellen Neutralität des Sportverbandes“ stünde, da die den Fonds tragende Amadeu Antonio Stiftung eine Organisation sei, „die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet [...]“. Sie setzt sich mit ihrer Werbung und dem Fonds nur für gruppenbezogene Menschenfreundlichkeiten [sic!] ein und symbolisiert und solidarisiert sich nicht mit den Opfern aller anderen – auch politisch motivierten – Gewalttaten. [...] Zudem haben wir die Sorge,

dass sich eine bestimmte Gruppe von Personen durch die Werbung provoziert fühlen könnte“ (aus der Antragsablehnung des NOFV vom 30.07.2021)⁵.

Der Effekt ist ähnlich wie oben beschrieben: Das eigentlich als demokratischer Mindestkonsens zu betrachtende öffentliche Eintreten für Toleranz im Zusammenleben, das Engagement gegen Rassismus und die Solidarität mit Betroffenen rechter Gewalt, wird als „politisch“ markiert und im Festhalten an ein problematisches Neutralitätsverständnis des Sports zu unterbinden versucht. Der NOFV führt weiter aus, er setze „sich dafür ein, dass in den 90 Minuten Spielzeit die gesellschaftspolitischen Probleme nicht thematisiert werden, ohne diese jedoch aus den Augen zu verlieren“ (ebd.). Der Versuch einer „Neutralität“ als „Abstinenz kontroverser Themen“, wie sie oben beschrieben ist, funktioniert hier deutlich nicht – der Versuch, „kontroverse Themen“ nicht zu verhandeln, führt zur Nicht-Positionierung und schafft in einem Verstehen von Neutralität als „Geltenlassen von allem“ Raum für antiegalitäre Positionen und letztlich auch extrem rechte Akteur*innen, wie es Aktive der Fanszene des VfB Oldenburg schon 2018 in einem Statement zur „Neutralität in Zeiten des Rechtsrucks“ (VfB für Alle 2018) beschrieben hatten.

⁵ In Reaktion auf die Kritik von Vereinen und Öffentlichkeit änderte der NOFV im Dezember die Spielordnung, welche das Verbot der Werbung mit politischen Aussagen nun dahingehend ergänzt, „es sei denn, die Werbung dient oder ist dazu geeignet, rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen sowie anderen homophoben, diskriminierenden oder menschenverachtenden Verhaltensweisen entgegenzuwirken [...]“ (NOFV 2021, o.S.).

Fazit

Das Sozialgesetzbuch formuliert grundsätzlich für die Jugendarbeit, dass diese „an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“ (§11 SGB VIII) soll. Daher ist festzuhalten, dass in einer an den Interessen junger Menschen ausgerichteten und auf Beteiligung angelegten (Bildungs-)Arbeit im Sportverein selbstverständlich auch der Wunsch nach Beschäftigung mit gesellschaftspolitischen Themen und damit auch kritischer Auseinandersetzung mit Parteien und ihren Positionen zu berücksichtigen ist. Auch und gerade wenn Parteien antiegalitäre Positionen vertreten, ist deren kritische Bearbeitung ein elementarer Bestandteil von Demokratieförderung im Sport.

In einer Studie zur Jugendpolitik der AfD konstatieren Hafener und Jestädt, dass die wiederholten Bezugnahmen auf ein vermeintliches „Neutralitätsgebot“ die Nutzung des Neutralitätsbegriffes als „einem rechten Kampfbegriff“ (2021, S. 49) nahelegen. Die Darstellung der AfD, wonach eine kritische Thematisierung der Partei hinsichtlich ungleichheitsideologischer Inhalte einen unzulässigen Eingriff in den Prozess der politischen Meinungsbildung darstelle, kann daher als Versuch einer

Schutzbehauptung zur Aufrechterhaltung der eigenen Legitimität aufgefasst werden. Weiter stellt sie eine Strategie dar, den Rahmen des Sagbaren hinsichtlich rassistischer, völkischer und antiegalitärer Aussagen zu erweitern (Fuhrmann 2019, 125f). Und schließlich ist sie auch als Vorgehensweise zu benennen, mit welcher ein Diskreditierungsversuch erfolgt, denn sowohl die konkret mit der Neutralitätsforderung adressierten Akteur*innen als auch zivilgesellschaftlich „gegen Rechts“ Engagierte allgemein werden dabei als „nicht neutral“ und tendenziös markiert – und damit als berechtigte Position im Diskurs zumindest in Frage gestellt, wenn nicht gänzlich delegitimiert.

Wenn eine parteipolitische Neutralität, wie sie bei vielen Vereinen in der Satzung steht, als eine allgemeine politische Neutralität fehlinterpretiert wird, führt dies zu einer Verschiebung der im öffentlichen Raum akzeptierten Positionen und Äußerungen. Wenn das Eintreten gegen Rassismus, die Solidarität mit Betroffenen rechts-extremer Gewalt oder die Thematisierung antiegalitärer Akteur*innen und Themen auch im Sport nicht mehr als selbstverständliche Grundlage einer sich als demokratisch verstehenden Gesellschaft gelten, ist das keine „Neutralität“, sondern extrem rechte Landnahme in einem gesellschaftlichen Bereich, der sich selbst über seine Werte von Fairness, Respekt und Teamgeist definiert.

Literaturverzeichnis

AfD Brandenburg, Kalbitz, Andreas (2019):

Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V. im Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“. Kleine Anfrage an den Landtag Brandenburg, Drucksache 7/236.

Ahlrichs, Rolf; Fritz, Fabian (2021):

Sportvereine als Orte von politischer Bildung und Demokratiebildung. In: Forum Kind Jugend Sport 2 (1), S. 6–14.

Becker, Reiner; Ribler, Angelika (2019):

Politisch neutral!? Beratung von Sportvereinen im Spannungsfeld zwischen Neutralität und gesellschaftlicher Verantwortung. In: Reiner Becker und Sophie Schmitt (Hg.): Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 182–198.

Cremer, Hendrik (2019):

Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Berlin. Online verfügbar unter https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf, zuletzt geprüft am 15.10.2019.

dsj – Deutsche Sportjugend (2019):

Deutsche Sportjugend verurteilt Angriff der AfD-Fraktion. Pressemitteilung vom 20.12.2019. Online verfügbar unter <https://www.dsj.de/ja/news/artikel/deutsche-sportjugend-verurteilt-angriff-der-afd-fraktion-brandenburg-auf-die-werte-des-sports/>, zuletzt geprüft am 28.11.2021.

dsj – Deutsche Sportjugend (2020):

RECHTSsicherheit im Sport. Politisch neutral?! Umgang mit Positionierungen, Vermietungen, Einladungen. Online verfügbar unter https://www.dsj.de/fileadmin/user_upload/Mediencenter/Publikationen/Downloads/dsj-Handreichung_RECHTSsicherheit_im_Sport_01.pdf, zuletzt geprüft am 15.10.2021.

Fuhrmann, Maximilian (2019):

Die AfD und das Extremismus-Konzept. Geschwister im Geiste. In: Barbara Dunkel, Christoph Gollasch und Kai Padberg (Hg.): Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen, Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin.

Hafeneger, Benno; Jestädt, Hannah (2021):

Jugend- und bildungspolitische Aktivitäten der AfD in 16 Landesparlamenten und im Bundestag. In: Benno Hafeneger, Hannah Jestädt, Moritz Schwerthelm, Nils Schuhmacher und Gillian Zimmermann (Hg.): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 13–108.

Hufen, Friedhelm (2018):

Politische Jugendbildung und Neutralitätsgebot. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens (2/2018), S. 216–221.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2019):

Der Beutelsbacher Konsens. Standard für den politisch-historischen Unterricht an allen Schulen. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Online verfügbar unter <https://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>, zuletzt geprüft am 15.10.2021.

Marcuse, Herbert (1966):

Repressive Toleranz. In: Herbert Marcuse, Barrington Moore und Robert Paul Wolff (Hg.): Kritik der reinen Toleranz. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 91–128.

Meilhammer, Elisabeth (2008):

Neutralität als bildungstheoretisches Problem. Von der Meinungsabstinenz zur Meinungsgerechtigkeit. Paderborn: Schöningh.

Nolte, Martin (2020):

Parteilpolitische Neutralität von Sportvereinen. Ein rechtswissenschaftliches Gutachten (Kölner Beiträge zum Sportrecht). Online verfügbar unter https://www.dshs-koeln.de/fileadmin/redaktion/Institute/Sportrecht/Forschung/Parteilpolitische_Neutralitaet_von_Sportvereinen_KS.pdf, zuletzt geprüft am 15.10.2021.

NOFV – Nordostdeutscher Fußballverband e.V. (2021):

NOFV präzisiert Vorschriften zur Trikotwerbung. Online verfügbar unter <https://www.nofv-online.de/index.php/aktuelles-leser/nofv-praezisiert-vorschriften-zur-trikotwerbung.html>, zuletzt aktualisiert am 09.12.2021, zuletzt geprüft am 12.12.2021.

Riekmann, Wibke (2011):

Demokratie und Verein. Potenziale demokratischer Bildung in der Jugendarbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sämann, Jana (2021):

Neutralitätspostulate als Delegitimationsstrategie. Eine Analyse von Einflussnahmeversuchen auf die außerschulische politische Jugendbildungsarbeit. Frankfurt: Wochenschau Verlag.

VfB für Alle (2018):

Neutralität in Zeiten des Rechtsrucks. Ein Lagebild zur aktuellen Situation im Umfeld des VfB Oldenburg. Online verfügbar unter <http://www.vfbfueralle.de/?p=1406>, zuletzt aktualisiert am 04.12.2018, zuletzt geprüft am 15.10.2021.

Wehling, Hans-Georg (1977):

Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: Siegfried Schiele (Hg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart: Klett, S. 179f.

Widmaier, Benedikt; Zorn, Peter (Hg.) (2016):

Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Boykott ist nicht die Lösung



Ronny Blaschke
Journalist und Buchautor

Im Spitzensport kommen Gastgebende und Sponsoren zunehmend aus autoritär regierten Staaten. Wie können Athlet*innen, Fans und Vereine in Europa konstruktiv für Menschenrechte in der Ferne eintreten?

Es ist eigentlich leicht, den Optimismus zu finden, aber viele Beobachter*innen verschließen davor die Augen. Seit mehr als anderthalb Jahrzehnten ermöglicht mir der Journalismus den Besuch großer Sportereignisse. Ich kann mich jedoch nur an wenige Wettbewerbe erinnern, die von einer konstruktiven und ausgewogenen Debatte in den Medien begleitet wurden. Meist dominierte der Blick auf Probleme und Sorgen, und ich selbst stimmte in den lauten Chor der Kritiker*innen mit ein. Denn irgendwie war ja klar: Die negativen Schlagzeilen bringen Aufmerksamkeit, Klicks und höhere Quoten.

So war es bereits früh in meiner beruflichen Laufbahn vor der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland und vor der Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz. Ich habe in Artikeln vor allem über eine Gefahr von Hooligan-Angriffen geschrieben, letztlich verliefen die Turniere weitgehend ruhig. 2010 fand die WM in Südafrika statt. Viele deutsche Medien – auch ich – berichteten über die hohen Mord- und Kriminalitätsraten

in Johannesburg und anderen Städten, zudem über den Rassismus als Folge des jahrzehntelangen Apartheitsregimes. Putsche und Unruhen in anderen Ländern Afrikas, meist tausende Kilometer entfernt, führten zu der Frage: Ist die WM in Südafrika sicher? Als ob der ganze Kontinent ein einziges Chaos wäre.

Ob die Weltmeisterschaften 2010 in Südafrika, 2014 in Brasilien oder 2018 in Russland: Stets erschienen hunderte, womöglich tausende Artikel, Sendungen und Interviews über Umweltsünden, schleppende Stadionbauten oder Korruption unter Funktionären. Die Olympischen Sommerspiele 2008 und die Winterspiele 2022 in Peking gelten als Herrschaftsinstrument der Kommunistischen Partei in China, die Winterspiele 2014 in Sotschi als Nationalismus-Feier des russischen Präsidenten Putin und als Versündigung an der Natur. Stets blickten wir mit erhobenem Zeigefinger in die Ferne und kritisierten. Stets dominierte das Negative.

Wenn Vorurteile ins Wanken geraten

In all den Jahren ist meine innere Distanz zum Profisport gewachsen. Millionengehälter für Fußballer; Sponsoren aus autokratisch regierten Ländern; männlich dominierte Gremien, die wenig mit der Diversität unserer Gesellschaft zu tun haben. Meine Perspektive auf den Sport wurde zunehmend negativ und zynisch. Ich musste etwas ändern: Entweder suche ich mir neue journalistische Themen außerhalb des Sports oder ich interpretiere den Sport etwas breiter. Ich möchte keinen falschen Eindruck erwecken: Es wird immer wichtig bleiben, über Menschenrechtsverletzungen oder Korruption im Sport zu berichten, immer und immer wieder. Aber das gesellschaftliche Bild großer Sportereignisse ist dadurch nicht vollständig.

Die schönsten Momente meiner Recherchen waren diejenigen, die meine Vorurteile ins Wanken brachten. Die eindrucksvollsten Begegnungen hatte ich mit enga-

gierten Menschen, die sich im Sport für das Gemeinwohl einsetzen. Überall gibt es Sportler*innen, Aktivist*innen oder Journalist*innen, die den Staat im Kleinen herausfordern und Optimismus ausstrahlen. Im Libanon mobilisierte der Basketballspieler Fadi El Khatib 2019 für Proteste gegen Korruption. In Belarus gingen Athlet*innen 2020 gegen Diktator Lukaschenko auf die Straße, viele von ihnen wurden verhaftet. In Chile, Kolumbien oder Algerien demonstrierten tausende Fußballfans gegen soziale Ungleichheit. Und in Myanmar erklärte der Schwimmer Wi Htet Oo einen Olympia-Boykott für die Sommerspiele in Tokio. Ihr Mut erhielt bei uns weniger Öffentlichkeit als die Übergriffigkeit der Regime.

Es ist nicht die Aufgabe von uns Medien, Aktivismus zu fördern. Aber es ist ihre Aufgabe, Aktivismus zu beschreiben. Übrigens auch in Deutschland, wo rund um den Sport Gedenkstättenfahrten, Jugendtheater

oder musikpädagogische Projekte entstehen. Wo Vereine sich gegen Sexismus, Gewalt und Umweltverschmutzung engagieren. Wo Stiftungen, Bündnisse und Nachbarschaftsgruppen im Sport ein Netzwerk für soziale und politische Anliegen sehen. Und meist unterhalb der medialen Wahrnehmungsschwelle bleiben.

Russland, China, Katar: Autoritär oder diktatorisch regierte Gastgeber im Sport werden Forderungen nach Boykotten häufiger auf die Agenda bringen. Aber haben Boykotte tatsächlich eine politische Wirkung? Es lohnt ein Blick in die Geschichte. Der bekannteste Boykott der Sportgeschichte liegt mehr als vierzig Jahre zurück. Aus

Vorbildlicher Widerstand in repressiven Systemen

Ich habe mich mit Blick auf Olympia in Tokio viel mit der politischen Kraft des Sports beschäftigt. In vielen Büchern und Artikeln stößt man auf die US-Leichtathleten Tommie Smith und John Carlos, die bei den Olympischen Spielen 1968 in Mexiko mit gehobener Faust gegen die rassistische Gewalt gegen schwarze Menschen protestierten. Doch zu meiner Überraschung stellte ich fest: Es gab viel mehr Sportler*innen, die ihre Wettbewerbe für Widerstand nutzten, aber von denen wir heutzutage relativ wenig wissen.

Zum Beispiel Alice Milliat. Die französische Ruderin wurde Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts – wie viele andere Sportlerinnen – von männlichen Funktionären belächelt und schikaniert. Milliat und ihre Mitstreiterinnen gründeten einen internationalen Frauensportverband und veranstalteten in den 1920er und 1930er Jahren eigene Weltspiele für Frauen. Eine Revolution, die das Internationale Olympische Komitee zur Öffnung einiger Wettbewerbe für Frauen drängte.

Oder 1936, die Nazispiele von Berlin. Damals war Korea eine besetzte Provinz Japans. Der koreanische Läufer Sohn

Protest gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan blieben 1980 mehr als sechzig Länder den Olympischen Sommerspielen in Moskau fern, darunter die USA und die Bundesrepublik. Vier Jahre später boykottierte der Ostblock die Spiele von Los Angeles. Zwei umstrittene Ereignisse, die das Kräfteverhältnis im Kalten Krieg kaum veränderten, aber etlichen Sportler*innen einen Höhepunkt ihrer Karriere nahmen. Es gibt allerdings auch einige wenige Boykotte, die einem Menschen verachtenden Regime tatsächlich zugesetzt haben dürften: Zum Beispiel Südafrika, das wegen seiner Apartheitspolitik in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts lange von großen Sportereignissen ausgeschlossen blieb.

Kee-chung wollte ein Zeichen setzen und verweigerte Unterschriften in japanischer Schreibweise. Nach seinem Sieg im Marathon wandte er bei der Medailleneremonie den Blick von der japanischen Flagge ab. Sohn Kee-chung durfte seinen Sport lange nicht mehr betreiben.

Oder 1968, als Kommunisten in der Tschechoslowakei Reformen anstoßen wollten. Die Turnerin Věra Čáslavská unterstützte diesen „Prager Frühling“. Nach dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes tauchte sie unter und trainierte vorübergehend in einem Wald. Trotzdem sollte Čáslavská bei den Olympischen Spielen in Mexiko Gold für den Ostblock gewinnen. Ihre sechs Medaillen widmete sie prägenden Figuren des Prager Frühling. Nach ihrer Rückkehr wurde Čáslavská geächtet und erst 1989 wieder rehabilitiert.

Alice Milliat, Sohn Kee-chung oder Věra Čáslavská sind nur drei Athlet*innen von hunderten, die mehr Öffentlichkeit verdient haben und gerade jungen Sportler*innen ein Vorbild sein können. Für ein optimistisches, positiv besetztes Handeln in repressiven Systemen.

Es geht nicht nur um unsere Traditionen

Auch in der Gegenwart gibt es Athlet*innen, die nicht schweigen werden, wenn autokratische und diktatorische Systeme mit Hilfe des Sports politischen und ökonomischen Einfluss gewinnen wollen. Wir freuen uns über solche „mündigen“ Athlet*innen. Aber wir sollten noch weitergehen und die unbequeme Frage stellen: Welche Rolle spielen wir in Europa dabei, dass Staaten wie China, Russland oder Bahrain überhaupt ein so großes Potenzial im Sport sehen?

Auch in Katar gibt es keine freien Wahlen und unabhängigen Medien. Homosexuelle müssen mit Verfolgung rechnen, gewerkschaftliche Strukturen werden streng kontrolliert. Gemessen an unseren Traditionen in Westeuropa, gemessen an Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Säkularismus, dürfte es keine WM in Katar geben. Doch es geht nicht nur um unsere Traditionen. Der Weltfußballverband Fifa hat mehr als 200 Mitgliedsverbände. Die meisten von ihnen verbinden mit der WM in Katar Profit,

Einschaltquoten und Party. Politische Themen bleiben in vielen Ländern Afrikas oder Asiens im Hintergrund. Wohl auch, weil es dort weniger kritische und unabhängige Medien gibt. Aber auch, weil Fußballverbände noch mehr von der finanziellen Förderung der Fifa abhängig sind.

Seit 2010 steht fest, dass die Fußball-WM 2022 am Persischen Golf stattfinden wird, seit mehr als einem Jahrzehnt. Doch erst 2021 sind die Forderungen nach einem Boykott lauter geworden, vor allem in westeuropäischen Ländern wie Norwegen, Frankreich und den Niederlanden. In Deutschland vernetzen sich Fans, Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen im Netzwerk „Boycott Qatar“.

Eine frühzeitige Thematisierung ist nötig

Im globalisierten Fußball hängt alles mit allem zusammen. Die Liste der WM-Profiteure ist auch in Deutschland lang: Sportartikelhersteller mit besseren Umsätzen, öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten mit höheren Quoten. Und auch die Industrie möchte mehr Autos, Flugzeuge und Maschinen der Golfregion verkaufen. Seit langem überschreiten deutsche Exporte nach Katar einen Wert von mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr. Katar hält Anteile an mehreren DAX-Unternehmen. Künftig wollen auch mehr Mittelstandsunternehmen mit dem Emirat zusammenarbeiten. Höhere Umsätze in Katar könnten Arbeitsplätze in Deutschland sichern. Die Unternehmen sehen im Fußball eine ökonomische Chance, weniger ein Menschenrechtsthema.

Darüber kann man sich ärgern, daran kann man verzweifeln, aber diese Entwicklung ist ein wesentliches Element der Globalisierung. Statt die Utopie eines Boykotts zu diskutieren – wie wäre es mit einem realpolitischen Ansatz? Wie könnten deutsche Profivereine ihre „Soft Power“ nutzen, um konstruktiv auf die Menschenrechtssituation in Katar einzuwirken, ohne auf das Geld des Emirats zu verzichten? Es sind Fragen, die für den Fußball neu sind, nicht aber für die Wirtschaft. Die Vereinten Nationen, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder die Gesellschaft für Internatio-

Wir sollten den Kontext weiten. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil besuchte 2015 die Handball-WM in Katar, wohl auch, um für Volkswagen zu werben. Bundeskanzlerin Merkel empfing 2018 den katarischen Emir in Berlin. Die Deutsche Bahn ist am Streckenausbau am Golf beteiligt. Ob Fifa oder Uefa, ob Real Madrid, der Hamburger SV oder der FC Arsenal – etliche Verbände und Spitzenklubs erhielten und erhalten Millionen von den staatlichen Fluglinien in Doha, Dubai und Abu Dhabi. Die Regionalmacht Saudi-Arabien steht mit ihrer sportlichen Geopolitik erst am Anfang. Wichtige Sponsoren kommen zunehmend auch aus China oder Aserbaidschan, aus nicht demokratisch regierten Ländern.

nale Zusammenarbeit (GIZ) haben schon vor Jahren die Verantwortung von Unternehmen für Menschenrechte im In- und Ausland im Detail beschrieben.

Auch das neue Lieferkettengesetz der Bundesregierung soll Unternehmen verpflichten, in allen Prozessen auf Arbeitsrechte und Umweltstandards zu achten. Es soll ab 2023 für Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten gelten, ab 2024 für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Deutsche Profiklubs haben weniger Angestellte.

Die Deutsche Fußball Liga (DFL) hat sich in ihrer Reformdebatte während der Corona-Pandemie dem Thema genähert. Sie wünscht sich von Vereinen Menschenrechtskonzepte. Gemessen an den UN-Leitlinien würde dies bedeuten: eine Grundsatzverpflichtung zum Schutz der Menschenrechte, etwa in Vereinssatzungen, eine Debatte mit allen Mitarbeiter*innen, eine kritische Bestandsaufnahme aller Geschäftsbeziehungen, auch zu Sponsoren, Medienpartnern und Gastgebenden von Trainingslagern. Eine selbstkritische Dokumentation von Missständen. Eine frühzeitige Zusammenarbeit mit externen Gruppen, mit Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften oder Sozialeinrichtungen. In den UN-Leitlinien wird nicht von grundsätzlichen Boykotts gesprochen.

Profite durch soziale Anliegen?

Insgesamt geht es darum, das Risiko, an Menschenrechtsverletzungen beteiligt zu sein, zu reduzieren. Die Umsetzung eines solchen Konzepts erfordert Fachwissen und Personalaufwand. Doch die meisten Klubs sind in den vergangenen Jahren eher einen traditionellen Weg gegangen. Der FC Bayern München unterstützte ange-

schlagene Vereine in Dutzenden Benefizspielen. 2005 gründeten die Münchner den FC Bayern Hilfe e. V., einen gemeinnützigen Verein, in dem Spenden gesammelt und verteilt werden. 2015 stellte der FC Bayern eine Million Euro für Geflüchtete bereit. Das ist beeindruckend.

Doch in einer zeitgemäßen Gesellschafts- und Menschenrechtspolitik geht es für Unternehmen nicht darum, einen Teil der Gewinne für wohltätige Zwecke zu spenden. Es geht darum, wie genau sie diese Gewinne überhaupt erwirtschaften und einsetzen. Viele der rund 1.000 Mitarbeiter*innen sind mit Marketing und Expansion beschäftigt, insbesondere für die Märkte in Asien und Amerika. Der Jahresumsatz lag zuletzt bei rund 700 Millionen Euro. Der Klub könnte also eine Abteilung für Nachhaltigkeit einrichten, in der das Thema Menschenrechte Priorität hätte, neben Klimaschutz, Diversität und Gesundheitsförderung.

Das ganze System muss sich weiterentwickeln

Für einen glaubwürdigen Austausch ist der FC Bayern auf Partner*innen außerhalb der Herrscherfamilie angewiesen. In Katar gibt es keine unabhängigen Medien, NGOs und Gewerkschaften, sehr wohl aber anerkannte Universitäten und Kultureinrichtungen. Der FC Bayern könnte von Erfahrungen anderer deutscher Organisationen profitieren: Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden wirkten an Ausstellungen mit. Das Deutsche Archäologische Institut führte Erkundungsmissionen durch.

In Wirtschaft und Kultur geht es mitunter um höhere Summen, dennoch steht der FC Bayern unter größerer Beobachtung. In der Außenpolitik gilt ein Austausch auf Augenhöhe mit nicht-demokratischen Staaten als Diplomatie, in der Wirtschaft als Expansion. Im idealisierten Fußball spricht man dagegen vom „Ausverkauf der eigenen Werte“. So zynisch es klingen mag: Erst durch den Fußball ist Europa auf tote Gastarbeiter*innen aufmerksam geworden.

Nach Maßstäben Europas, deren Gewerkschaften sich über Generationen herausgebildet haben, ist Katar

Ein Blick über Defizite hinaus

Russland, Katar, demnächst das noch repressivere China – auf den Fußball kommen große Aufgaben zu. Die DFL könnte Menschenrechtskonzepte und eine Umsetzung in Etappen zu einer Bedingung für eine Bundesligalizenz machen. Doch darauf brauchen andere Interessengruppen nicht zu warten: Vereinsmitglieder können Anträge stellen, überregionale Netzwerke knüpfen oder ihr eigenes Verhalten reflektieren, etwa Auswärtsreisen in nicht-demokratische Staaten überdenken, auch den

Der FC Bayern könnte eine Abteilung gründen mit einem Etat von fünf oder vielleicht sogar zehn Millionen Euro, für Sachmittel und zwanzig Angestellte, mit Menschenrechtsexpert*innen, Sozialarbeiter*innen, Kulturschaffenden. Mit direkter Anbindung an den Vorstand, verzahnt mit allen anderen Abteilungen. Dann könnte der FC Bayern seine Partnerschaft mit der Fluglinie Qatar Airways und seine Trainingslager in Doha ausführlicher dokumentieren und begleiten, etwa mit einem differenzierten Austausch mit Arbeitsmigrant*innen oder Frauenrechtler*innen. Sozialpolitik und Kommerz müssen sich nicht ausschließen. In einem modernen Unternehmen darf man mit sozialen Kampagnen sogar Geld verdienen.

rückständig. Nach Maßstäben der Golfregion, die die Arbeiter*innenbewegungen nicht kennt, ist Katar ein Zukunftsmodell. Saudi-Arabien lässt weniger Einmischung von außen zu. Katar lässt internationale Organisationen für Arbeitsrechte ins Land, früher war das undenkbar. In wenigen Jahren sind einige Reformen entstanden, doch sie können nur wirksam werden, wenn sich das ganze System weiterentwickelt und Kontrollmöglichkeiten zulässt, durch Gewerkschaften, Medien und Zivilgesellschaft.

Neunzig Prozent der katarischen Bevölkerung sind Einwanderer*innen. Ob sich bei den Einheimischen irgendwann die Einsicht durchsetzen wird, dass Gastarbeiter*innen mehr sein können als billige Hilfskräfte? Dass sie Kultur, Konsum und Gemeinwesen bereichern können? Konservativere Kreise in Katar bereuen inzwischen sogar ihre Gastgeberrolle bei dem WM. Sie fühlen sich vom Westen gemäßregelt und an die Kolonialzeit erinnert. Als west-europäische Fans sollten wir uns differenziert an der Debatte beteiligen. Mit Neugier, auf Augenhöhe – und ohne Boykott.

Kauf von Trikots, die in asiatischen Niedriglohnländern produziert wurden, oder die Nutzung von multinationalen Wettanbietern und Bezahlsendern. Fans könnten auf Sponsoren zugehen oder die Abgeordneten ihrer Wahlkreise auf das Thema hinweisen. Viele NGOs haben ein beachtliches Portfolio zu Sportthemen entwickelt. Sie bieten Broschüren, Workshops und Internetspots an – leider wird ihr Wissen zu selten verbreitet.

Rund um die WM in Katar werden Bücher, Dokumentationen und Konferenzen zum Thema entstehen. Darin liegt eine Chance, um mehr zu erreichen als die Pflege des moralischen Gewissens in Europa. In den 22 Staaten der arabischen Welt leben mehr als 420 Millionen Menschen. In vielen Ländern hat der Fußball den Regimen als Machtinstrument gedient, doch er hat auch Bevölkerungsgruppen zueinander geführt: Das Nationalteam des Irak hat 2007 sensationell die Asienmeisterschaft gewonnen und einer gespaltenen Gesellschaft Hoffnung vermittelt. 2011, während des Arabischen Frühlings, protestierten in Ägypten, Algerien und Tunesien auch tausende Fußballfans. Die palästinensischen Gebiete erhalten keine Anerkennung von den Vereinten Nationen, aber ihre Nationalmannschaft beschert ihnen einen Funken Staatlichkeit. Diese Beispiele zeigen: Der Nahe Osten und Nordafrika lassen sich wunderbar mithilfe des Sports erkunden.

Ich habe als Journalist durch das Vergrößerungsglas Sport viel über politische, religiöse und wirtschaftliche Entwicklungen gelernt. Ich nehme mir fest vor, Länder außerhalb Europas nicht nur anhand ihrer Defizite zu beschreiben und zu bewerten. Egal, wie fremd mir eine Kultur auch vorkommt, sie sollte für unsere Unterhaltung nie exotisiert werden. Wenn wir als Medien lösungsorientierter über die verzweigten Interessen und Abhängigkeiten im Sport diskutieren würden, vielleicht würden sich dann mehr Menschen für einen Austausch interessieren – und engagieren.



„Rollrasenboykott“ für die Menschenrechte?

10 Fragen für ein schriftliches Streitgespräch

Wie funktioniert dieser Beitrag?

An diesem Streitgespräch waren drei Parteien beteiligt: **Bernd Beyer** und **Dietrich Schulze-Marmeling**, **Silke Renk-Lange** sowie **Sabine Poschmann**. In einer ersten Runde wurden alle Fragen parallel von den drei Parteien beantwortet. In zwei weiteren Runden durften die Antworten und Kommentare der anderen Parteien kommentiert, sowie die eigenen Antworten durch Kommentare ergänzt werden. Auf diese Weise wurde um die Themen gestritten und gerungen – mit einem sehr interessanten Ergebnis. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

1. Welches Bild entsteht bei dem Gedanken an den „Fußball-WM“ oder „Olympische Spiele“?

Beyer/Schulze-Marmeling:

Es entsteht ein zwiespältiges Bild:

Idealtypisch, aus der Jugendzeit herrührend: Viele junge Frauen und Männer aus aller Welt, alle im Sportdress, messen sich im sportlich fairen Wettstreit. Am Ende jubelt eine Seite euphorisch, der Rest zieht mehr oder weniger enttäuscht davon. Aber für alle war es ein großes Erlebnis, auch für die Zuschauer*innen.

Poschmann: Dass sich der Sport mehr und mehr von den Ursprüngen entfernt, ist definitiv ein Problem. Wir müssen „back to the roots“ und den Sport als solchen wieder in den Mittelpunkt stellen. Nur so können wir auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für sportliche Veranstaltungen erhöhen.

Renk-Lange: Auch ich finde es erstrebenswert, dass der Sport im Mittelpunkt stehen sollte. Ich nehme seit einiger Zeit aber zumindest in Deutschland wahr, dass Wettkämpfe für Hochleistungssport allein nicht mehr ausreichen, um Menschen anzulocken, sondern dass Veranstaltungen unterhalten und Eventcharakter tragen müssen. Zudem führt die zunehmend fehlende Identifikation mit (sportlicher) Leistung sicher auch dazu, dass die Menschen den Eventcharakter aufsaugen. Das reine Kräftenessen der Athlet*innen reicht nicht mehr aus.

Realistischer, durch das Hier und Heute geprägt: eine medial inszenierte Großveranstaltung, die viel mit Geld und nationalem Prestige zu tun hat, weniger mit sportlichem Wettstreit.

Renk-Lange:

Wenn ich an Olympische Spiele denke, ist das für mich an erster Stelle ein schönes Bild, weil ich das mit meinem Olympiasieg im Jahre 1992 verbinde. Gleichzeitig war die Stimmung im Austragungsort Barcelona besonders offen, freundlich und warmherzig. Mit meinen weiteren Erfahrungen aus anderen Olympischen Spielen sehe ich das Bild sehr differenziert. Bei den Spielen im Jahre 1988 in Seoul wurde das Olympische Dorf – infolge des Konfliktes zwischen Süd- und Nordkorea – vom Militär bewacht. Das löste bei uns allen Unbehagen aus. Aufgrund der politischen Verhältnisse zu dieser Zeit konnten wir als DDR-Sportler*innen die Idee der Olympischen Spiele und den Austausch mit anderen Athlet*innen nicht erleben, was ich sehr schade fand. Meine dritten Olympischen Spiele, 1996 in Atlanta, nahm ich als sehr kommerzialisiert und distanziert wahr und habe daher die herzliche Atmosphäre vermisst, wie ich sie in Barcelona erleben durfte.



Bernd Beyer

Publizist und Buchautor,
#BoycottQatar2022



Dietrich

Schulze-Marmeling
Publizist und Buchautor,
#BoycottQatar2022



Silke Renk-Lange

ehem. Spitzen-Leichtathletin
(DDR/BRD), Präsidentin
LSB Sachsen-Anhalt



Sabine Poschmann

Bundestagsabgeordnete,
sportpolitische Sprecherin
SPD

Poschmann:

Ich habe da ein zweigeteiltes Bild vor Augen. Auf der einen Seite ein sehr positives: Mir kommen tolle sportliche Wettkämpfe, Menschen aus verschiedenen Kulturen, die miteinander feiern und einander kennenlernen, sowie Abende, an denen ich vor dem Fernseher mitgefiebert habe, in den Sinn. Beim Fußball denke ich vor allem an die WM 2006 im eigenen Land, wo ich in meiner Heimatstadt Dortmund ein Spiel im Stadion live verfolgen durfte. Aber auch außerhalb der Stadien war es ein einmaliges Erlebnis, das die Menschen näher zusammengebracht hat.

Auf der anderen Seite denke ich natürlich an die überaus problematischen Vergaben der Olympischen Spiele nach Peking und der Fußball-WM nach Katar, die mich im Sportausschuss auch politisch sehr beschäftigen. Die sportlichen Aspekte rücken in den Hintergrund, wenn Sportgroßveranstaltungen in Ländern stattfinden, die die Menschenrechte so massiv missachten, wie China und Katar dies tun. Ich halte die Vergabe in diese Länder für einen schweren Fehler.

2. An was denken Sie bei dem Begriff „Boycott“ und was löst das Wort in Ihnen aus?

Beyer/Schulze-Marmeling:

Boycott ist ein Machtinstrument von Nutzer*innen, also beispielsweise Konsument*innen und geladenen Gästen. Durch Nicht-Teilnahme zeigen sie ihre Meinung und beeinflussen die Kräftekonstellation. Per se ist das weder gut noch schlecht, es kommt auf Motive und Zielsetzungen an. Es gab historisch auf der einen Seite den unsäglichen Boycott jüdischer Geschäfte, es gab aber auch sinnvolle Boycottaktionen wie solche gegen den Vertrieb von Regenwaldholz aus Raubbau oder gegen Produkte aus dem damaligen Apartheid-Staat Südafrika.

Renk-Lange:

Wenn ich an das Wort „Bojkott“ denke, löst das in mir zunächst Unbehagen aus. Diese Frage, ob oder inwiefern Sport politisch ist, beschäftigte mich und meine Mitstreiter*innen schon häufig. Unterschwellig schwingt immer der Gedanke mit, ob die Spiele stattfinden oder nicht und ob ich als Sportler*in teilnehmen kann. Schließlich ist es der wichtigste Wettkampf, den man als Athlet*in bestreiten kann. Wenn man sich vorstellt, dass der Prozess bis zur ersten Olympia-Teilnahme zehn bis zwölf Jahre dauert, lässt sich das Unbehagen vielleicht besser nachvollziehen. Das größte Ziel ist nicht erreichbar aus Gründen, die als Sportler*in nicht beeinflussbar sind. Als aktive Athlet*in war der Sport mein Lebensinhalt und die Olympischen Spiele waren das höchste Ziel innerhalb der sportlichen Karriere. Bei politisch sehr hoch aufgeladenen Sportveranstaltungen sehe ich durch die ständige Präsenz der Diskussionen um das Thema Boykott ein Stück weit auch die Gefahr, als Sportler*in während der unmittelbaren Vorbereitungen auf den Wettkampf etwas von dem Fokus einzubüßen, den es für eine sehr gute Leistung bedarf. Also hat das Thema Boykott für mich zwei Dimensionen: die Seite der Sportler*innen und die Seite der politischen Ziele und deren Auswirkungen. Ich habe Athlet*innen erlebt, die aufgrund von Boykotten nicht zu den Olympischen Spielen fahren durften. **Diese Menschen waren nicht nur damals enttäuscht, sondern sind es bis heute, weil ihnen die Chance genommen wurde, Olympische Spiele zu erleben.**

Poschmann: Diese Enttäuschung kann ich sehr gut nachvollziehen. Wenn wir über den Sport und sportliche Veranstaltungen diskutieren, dürfen wir nie über die Köpfe der Athletinnen und Athleten hinweg diskutieren!

Aber genauso sollten wir auch Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften mit einbeziehen und so zu gegenseitigem Verständnis kommen.

Poschmann:

Ein Boykott ist immer der Versuch, ein Statement gegen einen Missstand zu setzen. Ich habe jedoch den Eindruck, dass es oftmals bei dem Versuch, ein Zeichen zu setzen, bleibt. Wirkliche Veränderungen und Verbesserungen werden nicht angestoßen.

3. In der Vergangenheit gab es mehrmals Boykotte von Olympischen Spielen, beispielsweise 1936 oder in den Zeiten des „Kalten Krieges“. Im Nachgang betrachtet, welche Wirkung hatte dies aus Ihrer Sicht? Waren die Auswirkungen für z. B. die Athlet*innen größer als der Nutzen?

Beyer/Schulze-Marmeling:

Der Boykott einer sportlichen Großveranstaltung hat für die einzelnen betroffenen Athlet*innen immer negative Auswirkungen, denn sie haben oft jahrelang auf dieses Ziel hingearbeitet und werden nun um den Lohn ihrer Anstrengungen gebracht. Es kann jedoch Boykottgründe geben, die höher zu bewerten sind. Niemand dürfte bestreiten, dass es sinnvoll gewesen wäre, die Olympischen Spiele von 1936 zu boykottieren – was seinerzeit ja auch vor allem in den USA stark diskutiert und gerade auch von vielen Athlet*innen befürwortet worden ist. Ein entsprechender Beschluss wurde aber vom US-NOK unter dem Antisemiten Avery Brundage hintertrieben. Auch der geschlossene Boykott des WM-Turniers 1966 durch die afrikanischen Verbände ist ein positives Beispiel. Sie wehrten sich damit gegen die ignorante Haltung der FIFA gegenüber der Fußballwelt jenseits

von Europa und Südamerika. Der Boykott war insofern erfolgreich, als den Kontinenten Afrika und Asien danach zunächst jeweils ein fester Startplatz zugesichert wurde (heute: jeweils fünf). Das hatte zwar für die betroffenen afrikanischen Fußballer 1966 keinen direkten Nutzen, wohl aber für alle Generationen nach ihnen.

Wenig hilfreich sind hingegen Boykottmaßnahmen, die geopolitischen Machtinteressen folgen, wie die Nicht-Teilnahme vieler westlicher Verbände bei den Olympischen Spielen 1980 und die „Retourkutsche“ durch die realsozialistischen Verbände vier Jahre später. Das waren Machtspiele auf dem Rücken der Athlet*innen.

Renk-Lange:

Für die Sportler*innen an sich ist das ein Desaster. Ich habe es 1980 und 1984 als ganze junge Sportlerin wahrgenommen. Die Athlet*innen, die aufgrund eines Boykotts nicht zu Olympischen Spielen fahren können, haben jahrelang „umsonst“ trainiert. Eine*n Sportler*in macht aus, seine*ihre beste Leistung abzurufen und sich mit den Besten zu messen. Das bleibt ihnen verwehrt, wenn Olympische Spiele boykottiert werden. Beim Blick auf die Athlet*innen sind die negativen Auswirkungen also größer als der Nutzen. Beim Blick auf den Nutzen frage ich mich im Nachgang: Haben die Boykotte, an einem sportlichen Großereignis nicht teilzunehmen, politisch etwas genützt? Was wäre politisch passiert, wenn der Boykott nicht durchgeführt worden wäre? Welche Möglichkeiten gibt es an Stelle eines Boykotts?

Poschmann:

Ich sehe nicht, dass diese Boykotte irgendetwas zum Besseren bewegt haben. Gerade die Boykotte in den Zeiten des Kalten Krieges haben doch lediglich zu einer Verschärfung der Fronten geführt. Leidtragende waren die Athletinnen und Athleten, die nicht an den Wettkämpfen teilnehmen konnten.

Ich denke im Übrigen auch, dass Boykotte für die Menschen im entsprechenden Land schädlich sein können, wenn autokratische Machthaber*innen in der Folge propagieren, der Boykott richte sich gegen die eigene Bevölkerung.

Beyer/Schulze-Marmeling: Es ist immer schwierig, die langfristigen Wirkungen von Boykott vs. Teilnahme abzuschätzen. Die Boykotts während des Kalten Krieges waren geopolitisch motiviert und insofern kontraproduktiv. Der Boykott afrikanischer Staaten zur WM 1966 war sinnvoll und erfolgreich. Die Teilnahmen an WM/Olympia in Russland und China haben ganz offensichtlich zu keinerlei positiven Veränderungen in diesen Ländern geführt. Pauschale Aussagen sind also kaum möglich, es kommt auf die konkrete Situation an. Zu berücksichtigen ist auch, dass ein WM-Boykott 2022 gar nicht den primären Anspruch hätte, die Verhältnisse im Gastgeberland selbst zu verändern. Vorrangig soll die Praxis der FIFA beendet werden, das Turnier in solch problematische Länder zu vergeben.

4. Was entgegnen Sie denjenigen, die den Aspekt der Völkerverständigung bei Sportgroßveranstaltungen hervorheben? Ist das nur „Sportswashing“?

Beyer/Schulze-Marmeling:

Auch hier müssen wir die Ebenen unterscheiden: Auf der Ebene der Athlet*innen hat dieser Aspekt auch heute noch eine Bedeutung, vor allem für die weniger kommerzialisierten Sportarten sowie für die gesamten Paralympics. Für sie sind persönliche Begegnungen bei großen internationalen Sportveranstaltungen sicherlich noch eine wertvolle Erfahrung.

Die Motive der historischen Gründerväter von FIFA und IOC dürften sicherlich auch beim Gedanken der Völkerverständigung zu suchen sein. Bei den Gastgeberländern überwog allerdings schon frühzeitig das Motiv, als Regierung und Staat imagemäßig von der Veranstaltung zu profitieren. Das galt schon für die erste WM 1930 (Uruguay verband sie mit der Feier zur hundertjährigen Staatsgründung), erst recht für die zweite 1934 im Mussolini-Italien, schließlich natürlich für die Olympischen Spiele 1936.

Poschmann: Es ist richtig, dass Spiele in China oder Katar aktuell kaum der Völkerverständigung dienen. Wir dürfen aber nicht so tun, als würde Völkerverständigung bei heutigen Sportveranstaltungen gar keine Rolle mehr spielen. Die Rahmenbedingungen müssen passen, dann sind auch heute tolle Sportveranstaltungen im Zeichen des Miteinanders möglich.

Auch heute wäre es eine höchst naive Sichtweise, Diktaturen wie der VR China oder dem Emirat Katar als Motiv die Völkerverständigung zuzuschreiben. Ähnliches gilt mittlerweile für IOC und FIFA, die gerne (und auch mittels Korruption) mit autokratischen Gastgebern zusammenarbeiten, weil sie dort bessere Bedingungen einer kommerziellen Verwertung vorfinden. In demokratisch verfassten Gesellschaften stoßen vor allem bei den Olympischen Spielen die entsprechenden IOC-Vorgaben zunehmend auf Ablehnung, wie zahlreiche Volksentscheide in Bewerberstädten zeigen.

Poschmann: Hier stimme ich absolut zu. Die Vergabekriterien müssen auf jeden Fall reformiert werden, um wieder Spiele im Sinne der Athletinnen und Athletinnen sowie der Fans zu ermöglichen.

Die Beschwörung der Völkerverständigung in den Festtagsreden ist unter diesen Umständen tatsächlich Sportswashing reinsten Wassers. Ginge es IOC/FIFA ernsthaft um diesen Aspekt, so müssten sie ihr Anforderungsprofil für potenzielle Gastgeber stark verändern, z. B. (a) durch Kriterien, die ökologische und Menschenrechtsfragen beinhalten, (b) durch Anpassung der Auflagen an regionale Gegebenheiten sowie (c) durch finanzielle Unterstützung auch weniger finanzstarker Gastgeber.

Renk-Lange:

Aus meiner Perspektive als Athletin und aus meiner eigenen Erfahrung heraus ist der Aspekt der Völkerverständigung bei Sportgroßveranstaltungen real. Wenn unzählige Nationen zusammenkommen, findet automatisch ein Austausch untereinander statt. Die meisten Athlet*innen sind neugierig und wollen wissen, wer die anderen Menschen sind, wo sie herkommen, wie sie denken.... Sportgroßveranstaltungen können die Welt nicht retten, aber sie tragen dazu bei, dass kleine Pflänzchen der Verständigung entstehen. Diese Erfahrungen und Gespräche nehmen die Sportler*innen auch mit nach Hause und tragen sie in ihr Umfeld weiter. Insofern werden sie zu Multiplikator*innen, die diese Form der Völkerverständigung „weitertragen“. Als kritischer Mensch ist einem natürlich bewusst, dass man sich jenseits der Sportblase bei manchen Veranstaltungen in politischen Systemen bewegt, die Begegnungen mit Einheimischen erschweren können. Insofern wäre es wichtig, im Vorfeld zu diskutieren, welchen Anspruch das Großereignis an die Völkerverständigung erfüllen soll. Nichtsdestotrotz bin ich überzeugt, dass es zumindest zwischen den Sportler*innen und durch Begegnungen im direkten Umfeld der Sportveranstaltungen immer zu einem nachhaltigen Austausch kommt.

Poschmann:

Ich bin überzeugt, dass der Aspekt der Völkerverständigung bei Sportgroßveranstaltungen eine große Rolle spielen kann. Ich habe ja bereits zu Beginn versucht, deutlich zu machen, welcher nachhaltige Eindruck die WM 2006 in Deutschland hinterlassen hat. Das Bild Deutschlands in der Welt wurde positiv beeinflusst. Klar ist aber: Die Voraussetzungen dafür müssen stimmen. Einen Beitrag zur Völkerverständigung können Spiele nur leisten, wenn sie in einem offenen Land stattfinden und Begegnungen ermöglicht und gefördert werden. Mal abgesehen davon, dass das durch die Corona-Pandemie aktuell kaum möglich ist, kann ich in einem Land wie China, das eigene Bevölkerungsgruppen nicht nur vom gesellschaftlichen Leben ausschließt, sondern massiv unterdrückt und verfolgt, ja nicht von Völkerverständigung sprechen. Das wäre dann in der Tat „Sportswashing“.

Beyer/Schulze-Marmeling: Es ist unbestritten, dass es bei internationalen Ereignissen zu einem guten Austausch zwischen den Sportler*innen kommen kann. Das hat für den einzelnen Sportler bzw. die einzelne Sportlerin große Bedeutung. Auf der ganzen Linie gesehen aber sind die Sportler*innen bei Olympia und WM Teil einer großen Inszenierung durch die FIFA und vor allem das Gastgeberland. Das muss nicht negativ sein, wenn diese Ziele positiv zu bewerten sind, z. B. wenn ein demokratisches Land seine Ideale und Gastfreundschaft betont. Olympia in München 1972, in Barcelona 1992 und die WMs Deutschland 2006 und Südafrika 2010 sind dafür (mit Einschränkungen) gute Beispiele. Aber es gibt eben auch drastische Gegenbeispiele, historisch (WM 1934 und 1978, Olympia Berlin 1936) wie aktuell (Peking 2008 und 2022, Sotschi 2014, Russland 2018). Da wurden die Sportler*innen ungewollt zum Teil einer Inszenierung, die primär das Ziel hatte, das Image eines autokratischen bzw. diktatorischen Regimes aufzupolieren.

Dass Politik und Sport unterschiedliche Spielfelder und somit voneinander zu trennen sind, ist jedenfalls ein frommer Wunsch. Der Glaube daran nützt in der Regel nur jenen, die die Ausrichtung von großen Sportevents für ihre politischen Ziele missbrauchen wollen.

Renk-Lange: Bei der Beantwortung der Frage hatte ich den Blick der aktiven Sportlerin und mein persönliches Empfinden wieder gegeben. Nichtsdestotrotz kann ich diesem Kommentar trotzdem zustimmen und sehe es prinzipiell ähnlich. Aus Sportler*innen-Sicht würde es ausreichen, wenn nur der sportliche Wettkampf ohne das große Drumherum stattfindet. Es wäre jedoch naiv zu glauben, dass Großevents wie Olympische Spiele so stattfinden können, denn es werden große finanzielle Mittel und Unterstützer dafür benötigt. Demzufolge läuft es immer darauf hinaus, wie die „Spielregeln“, Kriterien oder Vergaben erfolgen. Außerdem muss hier auch die Frage gestellt werden: Welche Erwartungen werden von außen von den unterschiedlichen Seiten (Zuschauer*innen, Medien, Sportverbände usw.) an solche großen Events gestellt?

Poschmann: Das ist auch das, was ich von Athletinnen und Athleten höre. Wie mein Beispiel der WM 2006 zeigt, kann es aber auch bei Zuschauerinnen und Zuschauern zu einem wichtigen Austausch kommen, wenn die Veranstaltung entsprechend ausgerichtet ist.

Renk-Lange: Genau das habe ich auch, z.B. 1992 in Barcelona, beobachten können. Dass man als Sportlerin mit Zuschauern in Kontakt kommt, aber genauso auch mit den vielen freiwilligen Helfern/Volunteers oder Medienvertreter*innen.

5. Wenn wir von Boykotten sprechen, wann ist ein Boykott von Sportgroßveranstaltungen aus Ihrer Sicht gerechtfertigt, wer sollte dann eigentlich boykottieren und welches Ziel steht hinter den Boykott-Forderungen?

Beyer/Schulze-Marmeling:

Poschmann: Genau diese Punkte müssen bei künftigen Vergaben definitiv eine zentrale Rolle spielen. Ein Boykott der WM in Katar würde an den Problemlagen vor Ort aber nichts ändern, sondern Sportler*innen treffen, die an der Vergabe nicht beteiligt waren.

Ein eindeutiges Kriterium, wann ein Boykott gerechtfertigt ist, gibt es nicht. Die Abwägung sollte sich u.E. an folgenden Kriterien orientieren:

- Verursachen Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung starke soziale Verwerfungen (schlechte Arbeitsbedingungen, Vertreibung von Bewohnern für Stadionbau etc.)?
- Verursachen Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung starke ökologische Schäden (insbesondere bei Winterspielen relevant)?
- Werden allen Athlet*innen die gleiche Teilnahmemöglichkeiten und Wettkampfbedingungen gewährt?
- Findet die Veranstaltung in einem Umfeld statt, in dem die Prinzipien der Menschenrechte und die demokratischen Grundwerte seitens des gastgebenden Staates (in Gesetz oder Rechtsprechung) gewährleistet und nicht massiv beschränkt werden?

Existieren zu diesen sensiblen Komplexen schwerwiegende Problemlagen, wie es aktuell in China und Katar der Fall ist, sollte u.E. über einen Boykott nachgedacht werden. Ziele dabei sind zum einen die Sensibilisierung des Sports für allgemeine Menschenrechtsfragen, zum anderen das Einwirken auf IOC/FIFA, in Zukunft Staaten mit ähnlichen Problemlagen nicht mehr als Gastgeber auszuwählen. Indirekt – über eine politische Stigmatisierung des betroffenen Staates – kann auch eine Verbesserung der dortigen Verhältnisse angestoßen werden.

Poschmann: Grundsätzlich muss sich der Sport immer fragen, welchen Zuspruch es bei den Menschen gibt. Die sinkenden Einschaltquoten bei den Olympischen Winterspielen in Peking sind ein guter Indikator dafür, dass auch die Fans kein Interesse an Spielen in Staaten mit schweren Menschenrechtsverletzungen haben.

Boykottformen können unterschiedlich sein: Die weitreichendste Form ist ein Boykott durch Athlet*innen, der nur in besonderen Fällen infrage kommt. Es kann auch ein diplomatischer Boykott sein (wie jetzt von den USA angeregt gegenüber den Winterspielen in Peking). Schließlich ist ein Boykott durch Zuschauer*innen denkbar. Sie bekunden ihre Ablehnung, indem sie dem Ereignis fernbleiben, es nicht via TV verfolgen, aktiv gegen die zugrunde liegenden Missstände auftreten und so die angestrebte makellose Inszenierung durch Gastgeber und FIFA/IOC stören. Dies ist die Boykott-Form, die wir aktuell gegenüber dem Turnier in Katar vertreten. Die massiven Einschränkungen der Menschenrechte in Katar sowie die sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen der vielen Migrant*innen wären auch Grund genug für stärkere Boykottformen (durch Diplomaten*innen und Athlet*innen). Aktuell ist dies aber nicht mehr realistisch.

Diese Frage führt zu der Beschreibung eines Dilemmas, denn es sind wieder mehrere Seiten zu betrachten. Ich denke, dass Sportgroßveranstaltungen grundsätzlich nicht instrumentalisiert werden sollten für politische Probleme. Denn sonst ergibt sich für mich folgendes Bild: Alle vier Jahre fällt der Weltpolitik ein, dass bspw. Olympische Spiele stattfinden und dies politisch, z.B. aufgrund der Menschenrechtssituation im Austragungsort, kritisch ist. Dabei war jahrelang Zeit, diese Themen oder Herausforderungen anzugehen. Die politische Diskussion müsste schon viel früher losgehen, nämlich wenn es um die Auswahl der Austragungsorte für Sportgroßveranstaltungen und die Vergabe solcher Veranstaltungen geht. Hier ist der Sport mit seinen Kriterien gefragt, die er für sich für solche Veranstaltungen definiert. An dieser Stelle müsste aus meiner Sicht eine politische Diskussion stattfinden und nicht direkt vor oder während der Spiele. Darüber hinaus müssen wir uns auch die Frage stellen und damit auseinandersetzen, warum Sportgroßveranstaltungen in Länder wie China oder Katar vergeben werden. Die Gründe dafür sind ja oftmals finanzieller Natur und der Kommerzialisierung des Sports geschuldet. Im gleichen Atemzug darf eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen aber auch nicht dazu führen, dass diese nur noch dahin vergeben werden, wo alle Kriterien vorbildlich abgedeckt sind.

Denn dann würden viele Länder dieser Welt ausgeschlossen. Denn Sportgroßveranstaltungen können auch und in besonderer Weise dazu beitragen, Länder in ihrer Entwicklung zu unterstützen und vorhandene Probleme sichtbar zu machen.

Grundsätzlich finde ich die Diskussion über Boykotte von Sportgroßveranstaltungen gut. Ich finde aber auch, dass man in der Diskussion alle Aspekte betrachten und genau hinschauen muss. Politische Versäumnisse sollten also nicht dazu führen, dass Sportgroßveranstaltungen boykottiert werden. Grundsätzlich finde ich einen Boykott auf diplomatischer Ebene in Ordnung. Es ist für mich jedoch nicht gerechtfertigt, als politische Konsequenz einen Boykott der Sportler*innen zu erwirken.

Poschmann: Das ist genau der Punkt, um den es geht. Es ist eine politische Aufgabe, auf eine Reform des Vergabeprozesses hinzuwirken. Es ist aber nicht Aufgabe der Politik, Sportler*innen zu einem Boykott einer Sportveranstaltung aufzufordern, wenn bei der Vergabe bereits Fehler gemacht wurde. Auf diese Weise würde lediglich Verantwortung beim Sport abgeladen.

Poschmann: Absolut! Bei den aktuellen Anforderungen des IOC ist es leider kein Wunder, dass in der Vergangenheit deutsche Olympiabewerbungen am Widerstand der Bevölkerung gescheitert sind. Teil einer Reform der Vergabe muss auch sein, dass der Sport wieder mehr in den Vordergrund rückt!

Poschmann: Das ist ein wichtiger Punkt: Es geht nicht darum, dass Sportveranstaltungen nur noch in Westeuropa oder der USA stattfinden können. Wichtig ist stattdessen, dass Mindeststandards für Nachhaltigkeit und Menschenrechte definiert werden. Mögliche Austragungsländer müssen glaubhaft daran arbeiten, möglicherweise noch vorhandene Probleme zu lösen.

Beyer/Schulze-Marmeling: Auch vor Olympia 2008 in Peking, Olympia 2014 in Sotschi und der WM 2018 in Russland wurde uns erzählt, die Veranstaltungen würden zur Öffnung dieser Länder und zur Förderung der Menschenrechte beitragen, kurzum: einen Demokratisierungsschub auslösen. Das Gegenteil war der Fall. Was auch nicht verwundert.

Weder haben IOC und FIFA ihre Turniere mit dieser politischen Absicht vergeben (ansonsten wären die heißesten Kandidaten für die nächste Veranstaltung dieser Art Saudi-Arabien und Nordkorea). Noch haben sich China, Russland und Katar mit dieser politischen Absicht für Olympia und WM beworben. Selbst der Publizist Ronny Blaschke, ein Gegner der Boykottforderung, hält es für gut möglich, „dass die erfolgreich organisierten Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi sein (Putins) Großmachtstreben bestärkt haben. Wenige Tage später ließ Putin die Krim annektieren.“ Vor der WM 2018 verschärfte Moskau sogar die Repression.

Auch in Katar haben politische Beobachter*innen inkl. Amnesty festgestellt, dass die (wenigen und ohnehin unzureichenden) Reformversprechen kaum umgesetzt wurden und einflussreiche Kreise darauf drängen, sie wieder rückgängig zu machen. Abgesehen davon, dass diese Reformversprechen lediglich die Situation der Arbeitsmigrant*innen betrafen. Die riesigen Defizite einer mangelnden Demokratie und Gewaltenteilung sowie die gesetzlichen legalisierten Grundrechtverletzungen bezüglich Frauengleichstellung, Meinungsfreiheit, Religionsausübung und sexueller Orientierung wurden ohnehin nicht angetastet. Laut Reporter ohne Grenzen ist die Pressefreiheit in Katar seit der WM-Vergabe sogar weiter eingeschränkt worden.

Beyer/Schulze-Marmeling: Jahrelang gab es einen gewissen Unmut über die Vergabe nach Katar, aber der war nicht wirklich spürbar. Erst als die Forderung nach Boykott im Raum stand, gewann die Diskussion an Fahrt und Schwung. Erst jetzt stellte sich beispielsweise auch die deutsche Nationalelf der Diskussion.

Ein Boykott ist mit der Unverbindlichkeit von Sonntagsreden nicht vereinbar. Die Forderung nach einem Boykott zwingt zu aktiver Auseinandersetzung. Sie hat eine lebhaftere Diskussion über den Zusammenhang von Menschenrechten und Fußball, über Werte und Haltung in diesem Spiel ausgelöst, ebenso eine lebhaftere und kontroverse Diskussion über den richtigen Umgang mit autokratischen Regimen. Und nie zuvor wurde über die FIFA so kritisch und intensiv diskutiert wie aktuell.

Poschmann:

Grundsätzlich sollte die Politik den Sport nicht zu einem kompletten Boykott von Sportgroßveranstaltungen zwingen. Der Sport darf nicht für Sachen verantwortlich gemacht werden, die auf politischer Ebene gelöst werden müssen. Das Ziel eines Boykotts ist ja genau die Frage, die sich Boykott-Befürworter*innen immer stellen müssen: Welches Ziel verfolge ich mit einem Boykott? Ist das reine Symbolik oder kann damit wirklich etwas erreicht werden?

Viel entscheidender aus meiner Sicht ist aber doch, dass wir an die Vergabe von Sportgroßveranstaltungen heran müssen. Die Ausrichtung solcher Events muss künftig konsequent an die Einhaltung von Menschenrechtsstandards – und im Übrigen auch an Prinzipien der Nachhaltigkeit – geknüpft werden. Szenarien wie in diesem Sportjahr mit den Austragungsorten Peking und Katar dürfen sich nicht wiederholen. Sportverbände wie das IOC und die FIFA sind da in der Pflicht, ihre eigene Menschenrechtsagenda umzusetzen. Politisch müssen wir den Druck erhöhen und das konsequent einfordern. Mit Blick auf die kommenden Austragungen von Olympia und der Fußball-WM in Frankreich, Italien oder den USA gibt es Hoffnung, dass bereits ein Umdenken bei den Verbänden eingesetzt hat. Aber wir werden das weiter sehr kritisch begleiten.

6. Wie sehen Sie aktuell die Rolle der Athlet*innen in der aktuellen Debatte zur Durchführung der Fußball-WM der Herren (2022; Katar) und der Olympischen Winterspiele bzw. der Paralympischen Spiele (2022; Peking)? Sind die Athlet*innen in ihrer Haltung politischer und klarer geworden?

Beyer/Schulze-Marmeling:

Verglichen mit früheren Dekaden, sind die Athlet*innen bei politischen Fragen heute deutlich stärker sensibilisiert. Eine Trikot-Aktion, wie sie die DFB-Elf bei WM-Qualifikationsspielen gezeigt hat („Human rights“) wäre beispielsweise 1978 (als die WM im diktatorisch regierten Argentinien stattfand) noch undenkbar gewesen. Unter den olympischen Athlet*innen gibt es mehrere, die sich kritisch zu Menschenrechtsverletzungen in China sowie positiv zu einem diplomatischen Boykott geäußert haben. Vor allem unter den Fußball-Nationalspielern bleibt es allerdings fast immer bei allgemeinen Menschenrechtsplädoyers und wird der aktuelle Anlass – die Verhältnisse im Gastgeberland Katar – nicht konkret benannt. Dies schränkt die Glaubwürdigkeit ihres Engagements ein.

Poschmann: Ein Engagement der Sportler*innen ist immer zu begrüßen. Sie dürfen aber nicht „vorgeschickt“ werden, um Aufgaben zu erfüllen, die eigentlich das IOC bzw. die FIFA erfüllen sollten.

Ein stärkeres Engagement der Athlet*innen wäre wünschenswert. Es geht dabei weniger um Politik, sondern um das Einfordern sportlicher Fairness, die letztlich eine Gültigkeit von Menschenrechten voraussetzt.

Renk-Lange:

Ja, ich finde, dass insbesondere Sportler*innen, die schon länger dabei sind und nicht am Anfang ihrer Karriere stehen, ihre Haltung gerade in Hinblick auf Peking 2022 deutlicher und selbstbewusster artikulieren. Ich finde das gut, denn es ist eine neue Dimension: Es äußern nicht mehr nur vereinzelte Athlet*innen, sondern eine Vielzahl von Sportler*innen aus ganz verschiedenen Sportarten ihre Meinung. In Bezug auf die WM in Katar ist mir beispielsweise die Äußerung von Toni Kroos bekannt, der sich dafür ausgesprochen hat, dass man das Turnier nutzen sollte, um auf Probleme aufmerksam zu machen.¹ Diese Aufmerksamkeit sollte sich aber nicht nur auf die Zeit der WM beschränken, sondern auch danach weiter anhalten.

Ich glaube aber auch, dass der öffentliche Druck auf die Athlet*innen heutzutage enorm ist und die gestiegene Anzahl von Meinungsäußerungen auch durch die Entwicklungen der Sozialen Medien ein Resultat davon ist. Wir sollten gemeinsam als Sportfamilie aufpassen, dass dieser Druck nicht überhandnimmt, und dass die Sportler*innen im Gleichgewicht bleiben können zwischen ihrem Fokus auf die sportliche Höchstleistung und den politischen Diskussionen.

Poschmann: Das ist ein Punkt, der definitiv beachtet werden muss. Die Rahmenbedingungen müssen so sein, dass sich Sportler*innen vor allem auf den Sport konzentrieren können. Vor allem darf es im Nachhinein von Spielen nicht langfristig zu Repressalien kommen!

Poschmann:

Ich habe absolut den Eindruck, dass die Athletinnen und Athleten eine klare Haltung haben. Das merke ich auch im Austausch mit dem Verein Athleten Deutschland, der sich 2017 gegründet hat und den Sportlerinnen und Sportlern eine gewichtige Stimme gibt. Ich erlebe da eine sehr selbstbewusste und reflektierte Haltung zur politischen Dimension des Sports. Gerade erst hat Athleten Deutschland ein bemerkenswertes Papier zur Verantwortung des Sports für Menschenrechte vorgelegt. Auch die Athletinnen und Athleten haben kein Interesse daran, dass Olympische Spiele in Ländern stattfinden, die systematisch Menschenrechte verletzen.

Dennoch ist es mir wichtig zu betonen: Die einzelnen Athletinnen und Athleten sind nicht für die Situation in Ländern wie China oder die Vergabe der Spiele dorthin verantwortlich. Hier ist die Politik gefragt!

¹ Quelle Zitat Toni Kroos: Fußball - Amnesty International gegen Katar-Boycott - Sport - SZ.de (sueddeutsche.de)

7. Stehen/standen Sie im Austausch mit Sportler*innen, Fans*, Politiker*innen anderer Länder und wenn ja, wie erleben Sie deren Standpunkte? Haben die Menschen in Katar und China nicht auch grundsätzlich das Recht, eine WM oder Olympische Spiele im eigenen Land erleben zu können?

Beyer/Schulze-Marmeling:

Poschmann: Es ist auch mein Eindruck, dass die Austragung der WM in Katar von ganz vielen Akteur*innen sehr kritisch gesehen wird. Ich höre aber auch von Kataris, denen die Kritik aus Europa zu viel wird und die sich auf eine Abwehrposition zurückziehen.

Wir haben lediglich Kontakte zu einigen Fans in anderen europäischen Ländern. Denen ist die WM entweder egal (weil sie auf ihren Verein fokussiert sind) oder sie lehnen den Austragungsort ab und kritisieren entsprechend die FIFA. Wir kennen keine positive Stimme zur WM 2022, vielmehr verstärkt sie eine kritische Haltung gegenüber dem internationalen Profifußball.

Natürlich hat grundsätzlich jeder Mensch das Recht, eine solche Sportveranstaltung im eigenen Land zu erleben. Aber konkret betrachtet, ist eine Durchführung nicht in jedem Land möglich oder sinnvoll. Das faktische Anforderungsprofil von IOC/FIFA schließt momentan viele (weniger wohlhabende) Länder aus. Wie oben gezeigt, plädieren wir für eine starke Umarbeitung dieser Anforderungen. Dies würde wirtschaftlich schwächere Gastgeberländer begünstigen und autokratische/diktatorische Gastgeber benachteiligen.

Poschmann: Grundsätzlich bieten solche Veranstaltungen natürlich eine Möglichkeit, auf Missstände aufmerksam zu machen. Die Sommerspiele in Peking 2008 haben aber zu keiner Verbesserung der Situation geführt. 14 Jahre später sind wieder Olympische Spiele in China und die Menschenrechtslage hat sich gegenüber 2008 sogar verschlechtert. Ich denke daher, dass man sich da keinen Illusionen hinsichtlich der Möglichkeiten, Verbesserungen auf diese Weise anzustoßen, hingeben darf. Die Vergabe nach Peking bleibt ein Fehler, da es gar nicht die Möglichkeit gab, auf Missstände hinzuweisen.

Renk-Lange:

Nein, ich stand oder stehe nicht im Austausch mit Sportler*innen oder Politiker*innen der betreffenden Länder. Ich bin der Meinung, dass auch die Menschen in Ländern wie Katar oder China das Recht haben, Sportgroßveranstaltungen zu erleben. Einerseits ist es eine Chance, durch Berichterstattung und verschiedene Formate des Austausches Missstände aufzuzeigen, auf Herausforderungen hinzuweisen und darüber zu diskutieren. Andererseits ermöglichen Sportgroßveranstaltungen in solchen Ländern auch, mit den Menschen vor Ort in Kontakt zu kommen und das jeweilige Land und die Menschen vor Ort mit anderen Augen zu sehen. Das bietet für uns als Zuschauer*in, Sportler*in usw. eine gute Möglichkeit, sich mit verschiedenen Themen und Problemen der Welt auseinanderzusetzen.

Poschmann:

Aktuell stehe ich noch nicht in Kontakt mit Sportlerinnen und Sportlern aus anderen Ländern, aber auch diesen Dialog werde ich im Rahmen meiner neuen Aufgabe als sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion selbstverständlich aufnehmen.

Zur anderen Frage: Natürlich haben auch die Menschen in China und Katar grundsätzlich das Recht, eine Weltmeisterschaft oder Olympia zu erleben. Aber dafür müssen die Gegebenheiten in den Ländern doch so sein, dass die Bevölkerung an den Spielen wirklich teilhaben kann und von den Spielen profitiert. Ich bin sicher, dass es für die Menschen in China und Katar wichtiger ist, dass ihre Menschenrechte geachtet werden und die Umwelt geschützt wird, als Sportgroßveranstaltungen zu erleben, von denen sie selber überhaupt nichts haben.

8. Im Frühjahr 2021 gab ein niederländischer Rollrasen-Hersteller bekannt, dass er nicht für die Fußball-WM der Herren 2022 in Katar zur Verfügung stehe. Inwiefern steht die Wirtschaft hier in der Pflicht sich zur Einhaltung von Menschenrechten zu bekennen?

Beyer/Schulze-Marmeling:

Unseres Erachtens sollten Unternehmen den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sein, wie sie von der UN formuliert wurden (Sustainable Development Goals, SDG). Dazu zählen beispielsweise die Gleichstellung der Geschlechter, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und die Beendigung von Armut. Viele Unternehmen haben sich zumindest verbal dazu bereits bekannt.

Die Durchführung einer Fußball-WM in Katar oder der Olympischen Winter Spiele in Peking ist mit den SDG nicht vereinbar. Unsere Boykott-Initiative ruft daher dazu auf, die Produkte solcher Firmen zu meiden, die sich als Sponsoren der WM in Katar betätigen bzw. mit einem WM-Logo auf ihren Produkten werben. Ein wirksamer Konsumentenboykott kann ein starker ökonomischer Hebel sein, um auf die Sponsoren einzuwirken und darüber die Entscheidungen in IOC und FIFA zu verändern. Aber das ist noch ein weiter Weg.

Renk-Lange:

Ich wünsche mir, dass zunehmend mehr Wirtschaftsunternehmen die Einhaltung von Menschenrechten als wichtiges Leitprinzip ihrer Geschäftstätigkeit ansehen. Bisher sind es aber nur vereinzelte Unternehmen, die ihr Handeln danach ausrichten. Vor diesen habe ich Hochachtung, da sie die moralischen Werte über die unternehmerischen Prinzipien stellen. Gleichzeitig habe ich aber auch den Eindruck, dass die Gesellschaft heute mehr auf einen nachhaltigen Konsum achtet und die Unternehmen, die sich bestimmte Werte auf die Fahne schreiben, am Ende belohnt werden. Vielleicht – und das hoffe ich – setzt das in Zukunft auch Anreize für Unternehmen, die sich das bisher aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht getraut haben.

Poschmann:

Absolut! Natürlich steht die Wirtschaft in der Pflicht. Nicht umsonst haben wir im vergangenen Sommer das Lieferkettengesetz beschlossen. Es verpflichtet deutsche Unternehmen ab Anfang 2023, entlang ihrer Lieferketten in der ganzen Welt die Einhaltung von Menschenrechten sicherzustellen und sieht Bußgelder bei Verstößen vor. Das ist ein wirklich wegweisendes Gesetz, wofür die SPD lange gegen harten Widerstand der Union gekämpft hat.

Auch auf europäischer Ebene wird an einem Lieferkettengesetz gearbeitet. Hier gibt es Bemühungen, dass dieses Gesetz auch den Sport miteinschließt. Das wäre ganz wichtig!

9. Warum sollte es auch in Zukunft noch Sportgroßveranstaltungen geben und wie werden diese in 15 Jahren aussehen?

Beyer/Schulze-Marmeling:

Der Grundgedanke dieser Veranstaltungen – sportliches Kräfteressen der Jugend aus aller Welt und weltweite Teilhabe daran für Zuschauer*innen via TV/Internet – ist nach wie vor wertvoll. Allerdings geht der Trend seit Jahren in Richtung Gigantismus (mehr Wettbewerbe, mehr und perfektere Wettkampfeinrichtungen, stärkere Vermarktung und Inszenierung), was die Veranstaltungen ihrer Seele beraubt und die Mehrheit der Athlet*innen, die abseits des Starrummels antreten, immer mehr zur Staffage werden lässt. Die gegenwärtige Politik von IOC und FIFA lässt nicht erwarten, dass sich an dieser Tendenz etwas ändern wird, eher im Gegenteil.

Poschmann: Unser Gespräch zeigt in dieser Frage ja eine große Einigkeit. Entscheidend wird sein, dass man gemeinsam Druck auf IOC und FIFA aufbaut, um die Vergabeprozesse zu reformieren. Die Politik muss hier vorangehen.

Wir plädieren daher zum einen – wie oben bereits ausgeführt – für eine Veränderung der Anforderungsprofile für Gastgeber. Außerdem sollte die Zahl der Wettbewerbe bei den Olympischen Spielen verringert und die Zahl von Endrundenteilnehmern der Fußball-WM auf die gegenwärtige Höhe (36) beschränkt werden. Schließlich sollten diese Veranstaltungen verstärkt multilateral ausgetragen werden, was die Chancen ärmerer Länder auf eine Gastgeberrolle verbessert und zugleich den Aspekt des nationalen Prestiges weniger gewichtet.

Solche starken Reformen vorausgesetzt, sind internationale Sportgroßveranstaltungen auch in Zukunft noch sinnvoll und attraktiv, für die Athlet*innen wie für die Zuschauer*innen.

Renk-Lange:

Für die Sportler*innen braucht es immer den Wettkampf oder das Ereignis, sich mit den besten der Welt messen zu können. Wenn es das nicht mehr gibt, ist das Prinzip Leistungssport ausgehebelt. Damit würde eine wichtige Säule der Orientierung für den Nachwuchs wegfallen – Kinder und Jugendliche brauchen Vorbilder. Diese geben Inspiration und Motivation.

Poschmann: Ich hoffe, dass Sie mit dieser Prognose nicht Recht behalten werden. Ich bin da etwas optimistischer. Es gibt große Missstände, aber bei uns in der Ampelkoalition einen großen Willen, bei diesem Thema Verbesserungen anzustoßen.

Renk-Lange: Ich möchte Ihnen hier gerne glauben. In Hinblick auf Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Klima und natürlich für die Sportler*innen muss ein Umdenken stattfinden.

Wenn man die Frage als Prognose beantwortet, dann glaube ich, dass Sportgroßveranstaltungen in 15 Jahren weiter unter Gigantismus leiden und noch mehr kommerzialisiert werden, gerade in Hinblick auf die Digitalisierung und die Verzahnung der „analogen“ mit der digitalen Welt und die damit einhergehenden neuen (Vermarktungs-) Möglichkeiten. Persönlich wünsche ich mir, dass Sportveranstaltungen nachhaltiger werden. Dass zum Beispiel ein Handlungsgrundsatz aufgestellt wird, wonach nachhaltige Sportstätten in der ganzen Welt installiert werden und Staaten und Sport eine Strategie entwickeln, die Sportstätten in der Welt gemeinsam zu nutzen – um eben nicht alle paar Jahre an einem neuen Austragungsort neue Sportstätten bauen zu müssen. Sportveranstaltungen müssen dort stattfinden, wo sie auch hinpassen.

Konkrete Handlungsorientierung könnten dabei auch die von den Vereinten Nationen entwickelten globalen Nachhaltigkeitsziele sein, aus denen sich noch mehr Aspekte ergeben, um Sportgroßveranstaltungen weiterzuentwickeln. Berücksichtigt werden von diesen Nachhaltigkeitszielen neben Umweltaspekten auch Zielstellungen im sozialen Bereich, wie: keine Armut, kein Hunger, hochwertige Bildung etc.²

Poschmann:

Auf jeden Fall sollte es weiter Sportgroßveranstaltungen geben. Denn der Grundgedanke des Sports ist immer noch ein positiver, den wir auch im Rahmen von großen Veranstaltungen mit Leben füllen sollten! Außerdem üben die Veranstaltungen eine große Faszination auf Kinder und Jugendliche aus und können als Vorbild dienen. Wir sehen, dass nach großen Turnieren die Mitgliedszahlen in Sportvereinen steigen, weil der Nachwuchs ihren Idolen nacheifern möchte.

Aber klar ist, dass man diese Events neu denken muss. Weg vom Gigantismus und immer neuen Ausgaberekorden, hin zu nachhaltigen Spielen, die den Sport und die Menschen, die daran teilhaben, in den Mittelpunkt stellen. Nur so kann es auch wieder eine größere Akzeptanz für die Austragung der Spiele in der Bevölkerung geben. Das geht nur in Ländern, die die Menschenrechte achten.

10. Butter bei die Fische: WM und Olympische Spiele 2022 ohne deutsche Mannschaft und Athlet*innen stattfinden lassen?

Beyer/Schulze-Marmeling:

Das wäre ein starkes, sogar ein historisches Signal, das sich nachhaltig und wirksam im kollektiven Gedächtnis einprägen würde, wie etwa die Demonstration der afroamerikanischen Olympiateilnehmer John Carlos und Tommie Smith 1968 bei der Siegerehrung zum 200-Meter-Sprint. Vermutlich würden sich Athlet*innen aus anderen Ländern anschließen und die Diskussionen um Menschenrechtsfragen erheblich an Intensität gewinnen. IOC/FIFA würde es dadurch deutlich schwerer gemacht, ähnlich problematische Austragungsorte auszuwählen.

Allerdings sollte zumindest ein Teil der betroffenen Aktiven diese Entscheidung befürworten und auch nach außen vertreten. Eine solche Entwicklung ist aktuell nicht mehr absehbar. Insofern ist die Frage nur ein unrealistisches Gedankenspiel.

Beyer/Schulze-Marmeling: In diesen Zielsetzungen sind wir uns mit Ihnen wie auch mit Frau Poschmann sehr einig. Die Frage ist, wie FIFA/IOC auf eine solche Vergabep Praxis verpflichtet werden können.

Renk-Lange: Hier müssen wir uns nochmal vor Augen führen, wer IOC/FIFA eigentlich sind. Die Mitglieder sind ja Vertreter*innen der Nationen (nicht nur aus dem Sport). Insofern wäre es grundsätzlich notwendig, dass die globalen Nachhaltigkeitsziele in den Nationen anerkannt und Teil des Handelns sind. Wenn dort ein Kulturwandel stattfindet, könnte sich diese Haltung auf die Organisationen des Sports übertragen. Und dann könnten diese Kriterien auch bei der Vergabe solcher Großevents durch das IOC/FIFA Anwendung finden. Dass für diese Vorstellung viele Voraussetzungen erfüllt sein müssen und es deswegen ein sehr schwieriger und langwieriger Weg wird, ist mir durchaus bewusst.

Poschmann: Ich denke auch, dass wir uns auf realistische Optionen konzentrieren sollten. Ein Hinwirken auf bessere Vergabeprozesse halte ich für erfolgversprechender als Sportler*innen zum Verzicht auf die Teilnahme an Wettbewerben zu drängen.

² Quelle Nachhaltigkeitsziele: Nachhaltigkeitsziele verständlich erklärt (bundesregierung.de)

Poschmann: Die Klub-WM sollte genauso wenig in diesen Staaten stattfinden wie andere Sportveranstaltungen. Auch hier halte ich es für zielführender, den Druck auf die FIFA bzgl. der Vergabe auf anderem Weg zu erhöhen.

Beyer/Schulze-Marmeling:

Das ist richtig. Und der stärkste Druck könnte dadurch ausgeübt werden, dass bspw. der CL-Sieger erklärt, nicht an der Klub-WM teilzunehmen, wenn sie in einem Land wie Katar stattfindet.

Beyer/Schulze-Marmeling: Die Aufteilung „hier: Politik, dort: Sportler*in“ ist eine Illusion. Nicht nur ein Boykott geht zu Lasten der Sportler*innen. Wie oben gesagt, werden gerade bei einem Sportereignis in einem autokratischen Staat die Sportler*innen stark instrumentalisiert. Auch da wird Politik auf ihrem Rücken ausgetragen, eben weil ihr Mitwirken das Ereignis möglich macht. Übrigens: Niemand von uns kritisiert Sportler*innen, die (zähneknirschend) an solchen Ereignissen teilnehmen wollen, trotz der Verhältnisse im Gastgeberland. Individuell ist das sehr gut zu verstehen. Dennoch bleibt der Fakt, dass es falsch und politisch fatal war, dass die schon mehrfach zitierten Ereignisse in Russland und China stattgefunden haben, und dies gilt ebenso für Katar.

Poschmann: Diesen Satz kann ich zu 100 Prozent unterschreiben!

In naher Zukunft wäre ein anderer Boykott denkbar und sinnvoll: Die FIFA hält – allen Menschenrechtsproklamationen zum Trotz – seit Jahren daran fest, die Klub-WM in diktatorischen Staaten durchzuführen. 2017 und 2018 waren dies die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), 2019 und 2020 Katar. Für 2021 (Austragung Anfang 2022) war China vorgesehen, aufgrund der Corona-Lage zog China zurück, und wiederum die VAE wurden ausgewählt. Es wäre ein starkes Zeichen, wenn einer oder mehrere der qualifizierten Vereine auf eine Teilnahme verzichtet. Vor der 2020iger Klub-WM in Katar wurden von Bayern-Fans entsprechende Forderungen erhoben, vom Verein aber ignoriert.

Renk-Lange:

Nein. Deutsche Mannschaften sollten aus meiner Sicht unbedingt bei der WM und den Olympischen Spielen teilnehmen. Die Diskussionen sollten auf diplomatischer Ebene, aber nicht auf dem Rücken der Sportler*innen ausgetragen werden.

Gerade die Diskussion um Peking ist viel zu spät entfacht worden, aber die Sportler*innen sollen es am Ende richten. Solange das System der Vergabe durch Einbezug von Nachhaltigkeitskriterien nicht verbessert wird und die politische Diskussion nicht an diesen Prozess andockt, finde ich es falsch, wenn die deutschen Mannschaften und Athlet*innen das Problem lösen sollen, indem sie nicht teilnehmen.

Poschmann:

Nein, ich denke nicht, dass ein sportlicher Boykott der Olympischen Spiele in Peking der richtige Weg ist. Für viele Athletinnen und Athleten erfüllt sich der Traum von der Teilnahme an olympischen Spielen in ihrer aktiven Karriere nur ein einziges Mal. Sie trainieren hart auf dieses Ziel hin. Das soll nicht umsonst gewesen sein. Für Fehler, die bei der Vergabe gemacht werden, tragen sie keine Verantwortung!

Bei der Fußball-WM stehen natürlich weniger einzelne Athletinnen und Athleten, sondern ganze Teams, hinter denen große Verbände wie der DFB stehen, im Mittelpunkt. Doch auch in diesem Fall dürfen wir die Verantwortung nicht bei den Sportlerinnen und Sportlern abladen. Es geht darum, politisch auf Länder wie Katar einzuwirken. Dazu gehört auch, am besten im Verbund mit dem DFB, die Missstände vor Ort klar anzusprechen. Das werden wir tun.

Das Streitgespräch wurde zwischen Dezember 2021 und April 2022 geführt.



Positionierung mündiger Athlet*innen

Wie funktioniert dieser Beitrag?

Dieser Beitrag basiert auf drei Videointerviews, die die dsj mit Nike Lorenz, Johannes Herber und Gunter A. Pilz zu Fragen der Positionierung von mündigen Athlet*innen zu gesellschaftspolitischen Themen im Sport geführt hat. Darin haben die Interviewten zu den Fragen klar Stellung bezogen und Forderungen an den organisierten Sport gestellt. In diesem Beitrag nimmt der Sportjurist Jan F. Orth diese Einschätzungen und Forderungen unter die Lupe und beleuchtet sie aus juristischer Sicht.

Lange Zeit war es Athlet*innen bei den Olympischen Spielen und in vielen anderen Bereichen des organisierten Sports nicht erlaubt zu (gesellschafts-)politischen Themen Stellung zu beziehen. Dies war durch die Regel 50.2 der Olympischen Charta festgelegt. Erst im April 2021, kurz vor den Olympischen Spielen in Tokio, wurde diese Regel geändert, so dass Athlet*innen die Möglichkeit hatten bei Pressekonferenzen, in Mannschaftssitzungen, in Interviews oder über die eigenen sozialen Kanäle während Olympischer Spiele frei ihre Meinung zu äußern. Weiterhin untersagt bleiben Proteste oder Solidaritätsbekundungen an Sportstätten, auf dem Podium oder bei offiziellen Zeremonien¹. Einige Athlet*innen machten in Tokio von diesen neuen Möglichkeiten Gebrauch und sorgten damit teilweise für großes Aufsehen.

Die Bewertung der Änderung der 50.2-Regel fällt allerdings unterschiedlich aus. Auf der einen Seite hält sich der Vorwurf, Athlet*innen seien auch nach der Regeländerung zu stark in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt, die andere Seite hingegen lehnt gesellschaftspolitische Äußerungen von Athlet*innen weiterhin grundsätzlich ab. Diese sollten sich lieber auf den Sport konzentrieren und seien gar nicht in der Lage kompetent zu solchen Fragen Stellung zu beziehen, lautet die Einschätzung.

Auch im Fußball existieren unterschiedliche Einschätzungen. Bei der EURO 2020, der gesamteuropäisch ausgetragenen Europameisterschaft der Herren, wurde die Verwendung von Regenbogenfarben als Zeichen für Diversity ebenso intensiv diskutiert wie das Niederknien vor dem Spiel als Solidaritätsbekundung gegen Rassismus. Und auch die Vorbereitungen zur Herren-WM 2022 in Katar werden schon seit langem von heftigen Debatten um Menschenrechtsfragen begleitet. In seiner Kommission „Gesellschaftliche Verantwortung“ beschäftigt sich auch der DFB schon seit längerem mit diesen Fragen.

Unabhängig von Sportart und Verbands- bzw. Vereinsebene stellen sich also weiterhin folgende Fragen: Wo beginnt (gesellschafts-)politische Meinungsäußerung und wo hat sie im Sport ihre Grenzen? Sollten Athlet*innen sich derart zu Wort melden (dürfen)? Was sind die Voraussetzungen dafür? Und welche Rolle kommt dabei den Verbänden zu? Diese Fragen haben wir Menschen aus unterschiedlichen Positionen im organisierten Sport in Deutschland gestellt und sie von dem Sportjuristen Jan F. Orth juristisch einordnen lassen.

Die vollständigen Interviews mit Nike Lorenz, Johannes Herber und Gunter A. Pilz finden Sie auf www.sport-mit-courage.de.



¹ Executive Summary: Stimmungsbild der Athlet*innen des Team Deutschland zur Regel 50.2 der Olympischen Charta (DOSB)

Gesprächsteilnehmer*innen:



Johannes Herber

Geschäftsführer Athleten
Deutschland e.V.



Nike Lorenz

Kapitänin Deutsches
Hockeynationalteam



Gunter A. Pilz

Vorsitzender Netzwerk
„Sport & Politik“



Jan F. Orth

Universität zu Köln,
Geschäftsführer Forschungs-
stelle Sportrecht

Der Fall „Nike Lorenz“/ Regel 50.2

Nike Lorenz: „[Die Regenbogenbinde zu tragen] wurde mir dann noch vor dem Turnier verboten. Das konnte ich nicht so ganz nachvollziehen, weil für mich drückt die Regenbogenbinde die Olympischen Werte aus. (...) Am Ende hat dieses Interview [mit der FAZ] dazu geführt, dass es einen Antrag gegeben hat und diesem wurde vom IOC dann stattgegeben.“

Johannes Herber: „Nike Lorenz hat die Regenbogenbinde tragen dürfen, weil der DOSB und der DHB gemeinsam einen Antrag dafür gestellt haben. Das ist zum Beispiel überhaupt nicht im Regelwerk des IOC niedergelegt. Das war also ein ganz informelles Verfahren, bei dem nicht klar ist, nach welchen Kriterien überhaupt entschieden wurde, warum das zugelassen wurde und wie mit anderen Fällen verfahren wird in Zukunft. Es ist nötig, dass wir diesbezüglich in Zukunft viel mehr Klarheit bekommen.“

Frage 1: Welche rechtlichen Grundlagen werden bei einem solchen Entscheidungsprozess (bei einem Präzedenzfall) herangezogen? Wer wird eingebunden, auf welche Regeln, Satzungen, etc. wird Bezug genommen? Welche spielen keine Rolle?

Jan F. Orth:

Rechtliche Grundlage für diese Entscheidungen sind die Menschen- und Grundrechte der Beteiligten und das einschlägige Verbandsrecht. Es geht um die Frage, ob das Tragen der Regenbogenbinde „politische Propaganda“ i.S.d. Regel 50.2 der IOC-Charta darstellt. Das kann – und muss – man in Anbetracht der selbst gegebenen Werte des IOC verneinen. Ob das auch für das IOC so der Fall ist, ist eine Entscheidung des IOC-Exekutivorgane und damit letztlich der IOC-Verwaltung. Dort wird entschieden, ob man das „zulassen“ möchte, mit der Konsequenz, dass das Verhalten des Athleten dann natürlich nicht mehr sanktioniert werden kann. Für eine solche Entscheidung gilt das allgemeine Vereins- und Verbandsrecht. Streitig ist die Auslegung der genannten unbestimmten Rechtsbegriffe. Das ist eine juristische Standardaufgabe, wenn wir uns z. B. fragen, wann Verhalten im Geschäftsverkehr „sittenwidrig“ ist. Dass das Verfahren und die Entscheidungsfindung insoweit intransparent sind, ist richtig.

Das ist aber kein Rechts-, sondern ein Kommunikationsproblem der Entscheider*innen. Ich habe immer dafür plädiert, dieses Verfahren – also die Beurteilung, ob ein Symbol benutzt oder eine Äußerung getätigt werden darf und damit nicht als „politische Propaganda“ gilt – genauer zu regeln und den Sportler*innen grundsätzlich eine (unkomplizierte und unbürokratische) Antragsmöglichkeit zu schaffen, um etwa – ggf. auch standardisierte – Symbole zu tragen, die im Einklang mit den Zielen des IOC liegen. Hierfür sollte ein handhab- und nachvollziehbarer Kriterienkatalog geschaffen werden. Die Sportausübung, das eigentliche Sportgeschehen, den Wettkampf grundsätzlich äußerungsfrei zu halten, um eine Konzentration auf den Sport zu ermöglichen, bleibt jedoch auch für mich ein legitimes Ziel der Verbände.

Möglichkeiten und Grenzen von (gesellschafts-)politischer Meinungsäußerung

Johannes Herber: „Die Regeländerungen vor den Olympischen Spielen waren ja eigentlich nur kosmetischer Natur. Sie haben nichts Großes geändert, denn Athletinnen und Athleten dürfen nach wie vor nicht den Moment, in dem sie die größte Strahlkraft besitzen, nämlich während der Wettbewerbe, nutzen, um gesellschaftspolitische Haltungen einzunehmen, um Signale auszusenden.“

Johannes Herber: „Athletinnen und Athleten sind Bürgerinnen und Bürger wie alle anderen auch. Sie haben das Recht sich zu informieren und auch ihre Plattform zu nutzen, um andere zu inspirieren und andere von ihren Meinungen zu überzeugen.“

Nike Lorenz: „Generell halte ich politische Äußerungen im Sport für eher kritisch. Wenn es jedoch um Menschen-

rechte geht, sehe ich das nochmal ein bisschen anders. (...) Und trotzdem halte ich vor allem parteibezogene und diskriminierende Aussagen natürlich für fehl am Platz im Sport.“

Johannes Herber: „Gesellschaftliche Meinungsäußerung beginnt für mich dort, wo Athleten und Athletinnen auf etwas hinweisen, das außerhalb des sportlichen Kontextes liegt. Das heißt, wenn sie für eine größere Sache eintreten. Das kann ein Anti-Rassismus-Statement sein, das kann ein Statement gegen die Zerstörung unserer Erde sein oder ein Statement für eine politische Bewegung. Ich glaube, es ist wichtig dort eine Linie zu ziehen, wo auch die Meinungsfreiheit ihre Grenzen findet, nämlich dort, wo zu Hass und Hetze angestiftet wird, wo Völkermord gezeugnet wird, wo die Rechte oder der Ruf Anderer verletzt werden. Ich sehe da die Grenze.“

Frage 2: Wo sind die rechtlichen Grenzen von Meinungsäußerung im Sport? Wer reguliert und wer sanktioniert das? Sind Athlet*innen wirklich „Bürgerinnen und Bürger wie alle anderen auch“? Welche Unterschiede gibt es diesbezüglich zwischen Spitzen- und Breitensport?

Orth: Selbstverständlich haben auch Athlet*innen – auch während der Sportausübung – ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Allerdings haben ebenso die Sportverbände eine gewichtige grundrechtliche Position – die sog. Verbandsautonomie –, aufgrund derer sie den Sport staatsfern nach den eigenen Vorstellungen regeln und organisieren dürfen. Hier kollidieren also zwei Grundrechtspositionen, die in Einklang zu bringen sind. Dabei darf keine Position völlig verdrängt werden. Die Verbandsregeln sind in Ordnung, soweit sie nur aus vernünftigen und nachvollziehbaren Gründen verhältnismäßige Eingriffe für die Athlet*innen mitbringen. Dass fast alle Verbände Meinungsäußerungen während des Wettbewerbs, oder um es in Johannes Herbers Worten zu sagen „wenn sie ihre größte Strahlkraft haben“, verbieten, ist in Wirklichkeit eine vernünftige Regelung, die den Sport und die Sportler*innen schützt, weil das Sport-Event – und damit der Sport insgesamt – vor Überpolitisierung und Verwässerung geschützt wird. Die angesprochenen Verbesserungen waren m. E. auch nicht nur kosmetischer Natur, sondern haben den Athlet*innen – gerade was die sozialen Medien und ihre gleichsam unbeschränkte Nutzung angeht – erhebliche Verbesserungen gebracht,

die m. E. allerdings auch mehr als überfällig waren. Ein entsprechender Post zehn Minuten nach dem Event dürfte kaum weniger Strahlkraft haben als die zweckentfremdende Kundgabe während eines Wettbewerbs oder einer Siegerehrung. Im Übrigen war in einer weltweiten Athleten*innen-Umfrage die Mehrheit der Befragten dafür, Wettbewerb und Siegerehrung äusserungsfrei zu halten. Insoweit sind die Athleten*innen nicht „Bürgerinnen und Bürger wie alle anderen auch“, sondern bewegen sich in einem Sonderrechtsraum, in den sie sich freiwillig begeben haben und dessen Angebote und Organisation sie nutzen, um Sport zu treiben, ihre Höchstleistungen zu erbringen, Geld zu verdienen und eben auch die entsprechende Wahrnehmung zu erreichen. Das ist im Breitensport nicht anders. Die Regeln gelten dort auch; es gab auch schon Sanktionsfälle im Kreisliga-Fußball, etwa wegen eines militärischen Grußes im Zusammenhang mit türkischen Militäraktionen. Allerdings ist dort die mediale Wahrnehmung eine andere. Die jeweiligen Regeln setzen die sachlich und örtlich zuständigen Verbände, die in der Regel die Veranstalter der Wettbewerbe sind. Sie haben das Recht, diese selbstgesetzten Regeln auch durchzusetzen.

Verantwortung von Athlet*innen und Verbänden für (gesellschafts-) politische Meinungsäußerung

Johannes Herber: „Es gibt einige Verbände, die – so sehe ich das – eine eher konservative Haltung einnehmen, die Athletinnen und Athleten maßregeln, sie zurechtweisen, sie warnen, sie vielleicht auch sanktionieren, wenn sie sich zu weit aus dem Fenster lehnen. Es gibt aber auch andere Verbände, wie zum Beispiel den internationalen Leichtathletikverband, der ganz klar gesagt hat, für sie ist es in Ordnung und sogar begrüßenswert, wenn sich Athletinnen und Athleten gesellschaftspolitisch äußern, wenn sie zum Beispiel auf dem Podium knien oder eine Faust in den Himmel heben, um auf die Rechte von Minderheiten hinzuweisen.“

Gunter A. Pilz: „In der Satzung des DFB steht, dass jeder Form von Menschenrechtsverletzung, jeder Form von Diskriminierung [...] entschieden entgegengetreten wird. Damit gibt er seinen Sportlern eine Berechtigung, sich bei solchen Verstößen zu positionieren.“

Gunter A. Pilz: „Diese Reaktion des Verbandes (Anm. d. Red.: Kniefall für BLM-Bewegung bei Cricket WM 2021 oder Ausschluss aus Team) ist nicht akzeptabel. Man kann Athleten nicht dazu zwingen sich in der Weise zu äußern. Wenn es nicht ihre Überzeugung ist, dann sollten und dürfen sie es nicht tun. Sie dann auszuschließen, halte ich für einen eklatanten Verstoß gegen das, wofür der Sport steht.“

Frage 3: Wie sind Athlet*innen rechtlich an Positionierungen gebunden, die in der Satzung ihres Verbands festgehalten sind? Können Athlet*innen zu einer Positionierung gezwungen werden? Wo sind hier die Grenzen?

Orth: Hier geht einiges durcheinander. Die zitierte Satzungspassage des DFB gibt keiner*m Sportler*in eine Art „Äußerungsselbsthilferecht“, jederzeit für die verbandlichen Werte einzustehen. Eine solche Vorstellung wäre auch aberwitzig. Die Satzungsbestimmung trifft die Regelung zunächst für den Verband als juristische Person und seine Organe. Der Verband selbst soll diskriminierungsfrei und wertebezogen arbeiten. Wenn er damit in seinem Rechtsraum einen Wertekanon etablieren will, bedarf dies der Konkretisierung durch eine Vielzahl von Maßnahmen, wovon Rechtsregeln nur ein kleiner Teil sind. Das vorbildliche Verhalten muss von der Spitze bis zur Basis jeden Tag (vor-)gelebt werden. Fehlverhalten aller Athlet*innen, das den festgelegten Werten widerspricht, kann – dann aber durch separate Vorschriften – sanktioniert werden. Auch können entsprechende Äußerungen, die im Sinne der Verbandsziele liegen, ausdrücklich für zulässig erklärt werden. Das haben die Verbände aber gerade nicht getan, sondern – aus den oben genannten guten Gründen – sämtliche Äußerungen während Wettbewerben verboten.

Zu bestimmten Solidaritätsadressen können Athlet*innen gegen ihren Willen nicht gezwungen werden, weil dann von ihren Grundrechten der Gewissensfreiheit und der negativen Meinungsfreiheit nichts übrigbliebe, die so nicht nur im deutschen Grundgesetz, sondern in vielen anderen Verfassungen vieler Staaten der Erde und z. T. auch durch supranationales Recht (i. W. inhaltsgleich) garantiert sind. Eine entsprechende verbandliche Anordnung, an einer Positionierung aktiv mitzuwirken, wäre stets unverhältnismäßig, wenn sie nicht für abweichende Athlet*innen eine akzeptable Möglichkeit enthielte, sich der Positionierung zu entziehen. Hier kommt etwa in Betracht, dass die*der Athlet*in erst nach der demonstrativen Mitteilung zum Team hinstößt, ohne dass das zu große Aufmerksamkeit erzeugt.

Unklarheiten bzgl. gesellschaftlicher Verantwortung und Regelwerken

Gunter A. Pilz: „Die Aufgabe der Verbände ist es einerseits das (Anm. d. Red.: Eintreten gegen Menschenrechtsverletzungen) satzungsgemäß zu verankern, auf der anderen Seite alles dafür zu tun, dass die Satzung auch gelebt wird. Insofern ist es bei [gesellschaftspolitischen] Äußerungen [von Athlet*innen] wichtig, dass der Verband seine Athleten unterstützt, stärkt, nicht sanktioniert, auch wenn im Regelwerk vielleicht etwas anderes steht.“

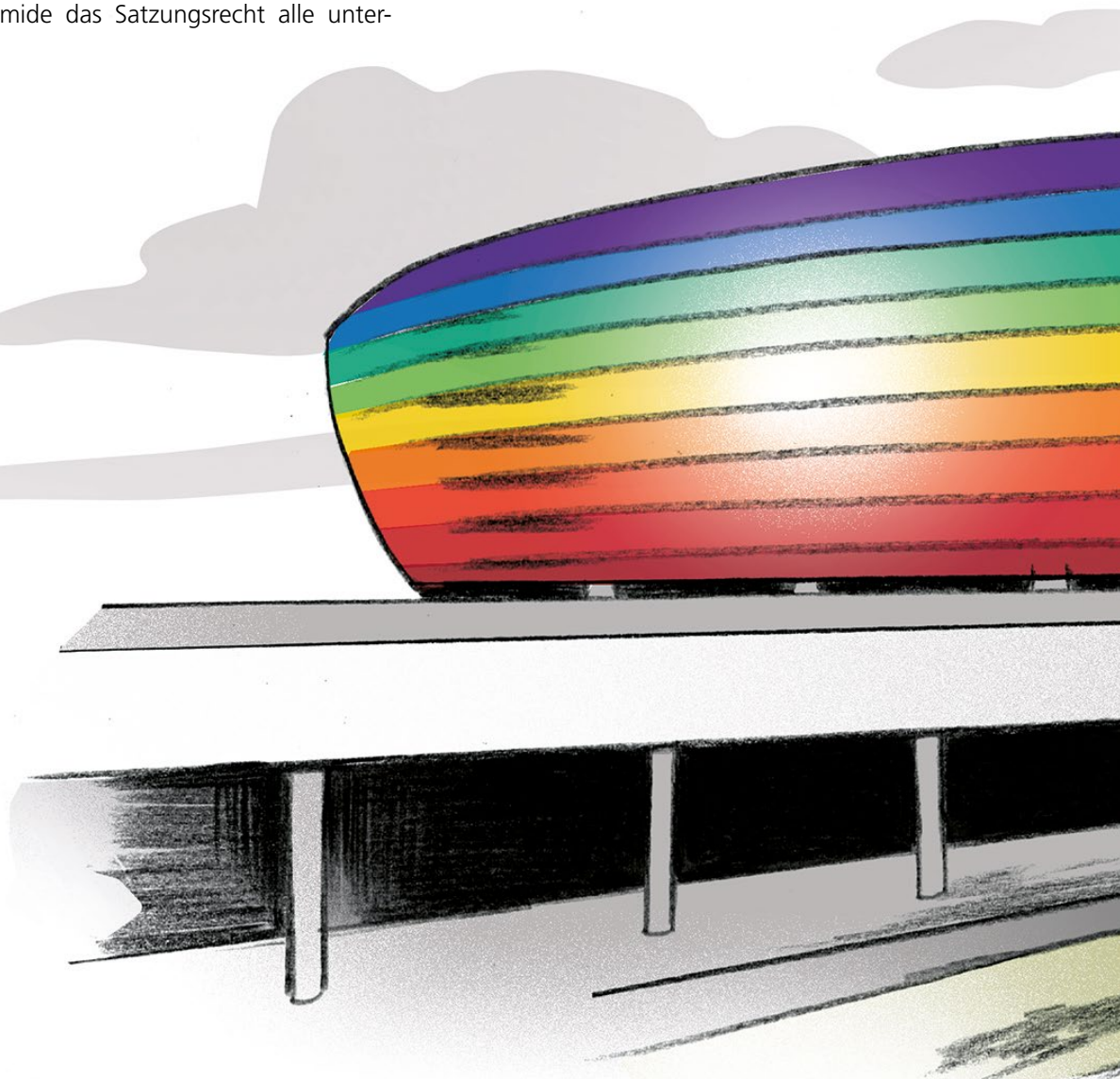
Gunter A. Pilz: „Was der DFB ändern muss, ist seine Rechts- und Verfahrensordnung. Denn in der steht, dass auf dem Platz solche Äußerungen nicht getätigt werden dürfen. Da hat er die Pflicht zu hinterfragen, inwieweit diese Ordnung mit der Satzung kompatibel und konform geht.“

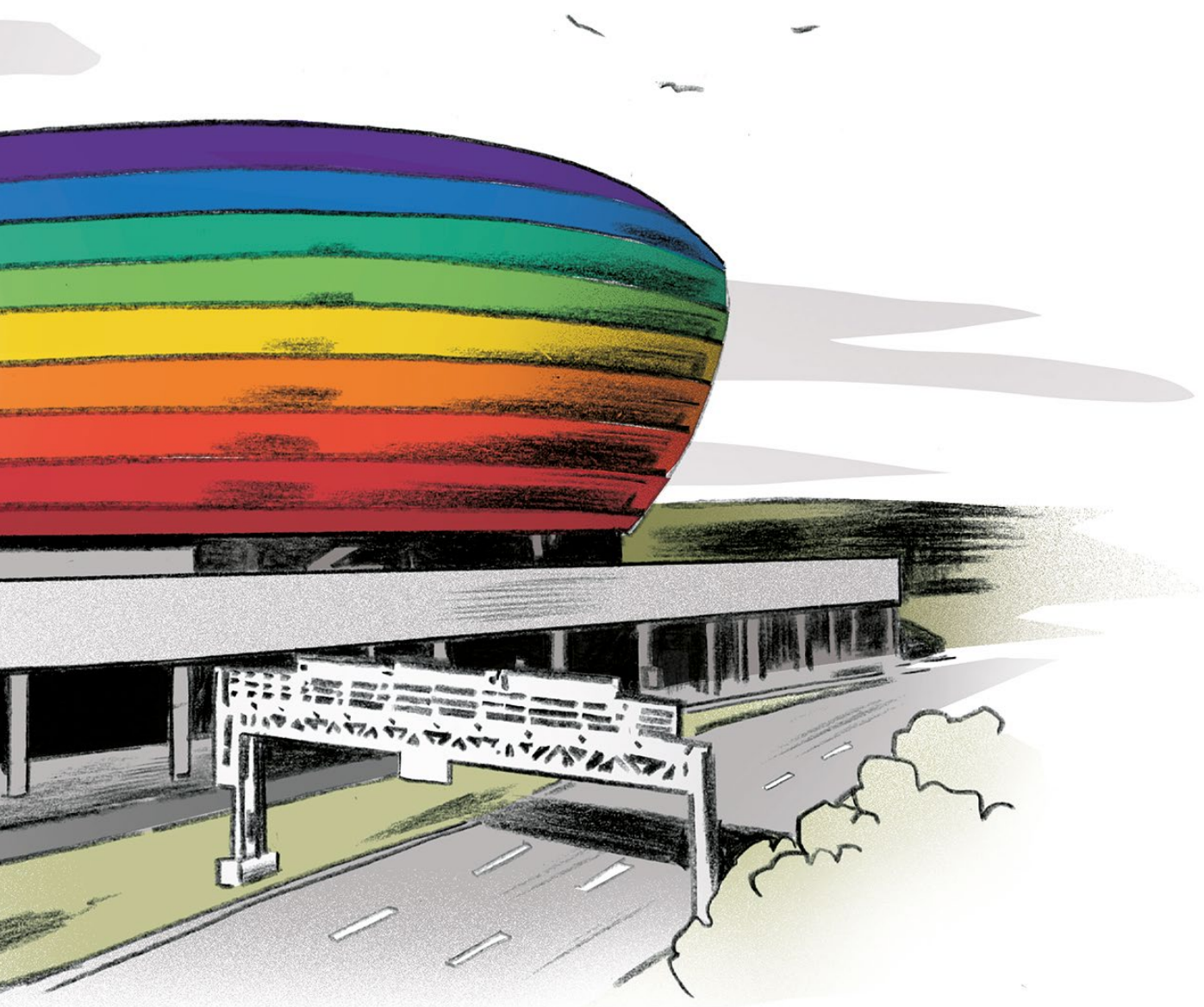
Frage 4: Auf welcher Eben werden im Zweifel verbindliche Regelungen für die Athlet*innen getroffen, wenn die Vorgaben verschiedener Verbandsebenen (z. B. IOC – DOSB, FIFA – DFB), Gremien oder Ordnungen einander widersprechen?

Orth: Den oben skizzierten Widerspruch zwischen Satzungs- und Ordnungslage beim DFB gibt es nicht, wie ich in der Antwort auf die letzte Frage dargelegt habe. Juristisch gilt, um es platt zu sagen, „Ober sticht Unter“. Das Regelwerk des übergeordneten Verbandes verdrängt in der Regel die Regeln des untergeordneten Verbandes, falls und soweit der übergeordnete Verband die Durchwirkung bestimmter Regeln anordnet und wünscht. Außerdem verdrängt nach der auch im Verbandsrecht geltend Normenpyramide das Satzungsrecht alle unter-

halb der Satzung erlassenen Rechtsnormen, die sog. „Ordnungen“.

Die skizzierten Regelungen des DFB sind in jeder Hinsicht rechtmäßig. Dass ich mir mit Gunter Pilz eine deutlichere, eindeutige und vor allem glaubhafte Aktivität der Sportverbände im Bereich Menschenrechte, Werte und Gesellschaftspolitik wünsche, steht auf einem anderen Blatt, ist aber ebenso keine Rechtsfrage.





Politik hat im Stadion nichts verloren (!?)

Ein Chat über Sport, Werte und Politik mit der Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) bei der dsj

26.11.2021 14:11

Reip, Nina hat Gabriel, Michael und 2 weitere Personen zum Chat hinzugefügt.

26.11.2021 14:11

Reip, Nina hat den Gruppennamen zu Dossier Sport, Werte und Politik - „Politik hat im Stadion nichts verloren (!?)“ geändert.

26.11.2021 14:11 Reip, Nina

Julia Zeyn und Michael Gabriel von der „Koordinationsstelle Fanprojekte“ (KOS bei der dsj) begleiten und koordinieren seit vielen Jahren die sozialpädagogisch arbeitenden Fußball-Fanprojekte. Derzeit werden 68 Fanprojekte an 61 Standorten in Deutschland betreut. Zudem arbeiten sie an der Schnittstelle zwischen professioneller pädagogischer Fanarbeit, Sozialwissenschaft sowie gesellschafts- und sportpolitischen Institutionen. Sie ist bei der Deutschen Sportjugend (dsj) in Frankfurt am Main angesiedelt.

26.11.2021 14:12 Reip, Nina

Hallo Julia, hallo Michael, schön, dass ihr bei unserem Teams-Gespräch für das Themendossier „Sport, Werte und Politik“ dabei seid! 😊

Wir möchten uns hier gerne mit euch über die These „Politik hat im Stadion nichts zu suchen (!?)“ austauschen. Hier also direkt die erste Frage:

An über 60 Standorten gibt es in Deutschland inzwischen sozialpädagogisch arbeitende Fanprojekt. Kurz, was sind die Schwerpunkte der Fanprojektarbeit vor Ort und eurer Arbeit mit den Fanprojekten?

13.12.2021 12:26 Zeyn, Julia

Hallo Nina und Alex, vielen Dank für die Einladung zu diesem Gesprächsformat 🗣️. Wir freuen uns, dass wir als Koordinationsstelle Fanprojekte bei der dsj (KOS) die sozialpädagogische Fanprojektarbeit in diesem Dossier vorstellen können. Tatsächlich gibt es mittlerweile 71 Standorte in Deutschland, an denen sozialpädagogisch mit (jugendlichen) Fußballfans gearbeitet wird. Die Herausforderungen, die an die Fanprojektarbeit gestellt werden, sind komplex, da es aufgrund der Finanzierung aus dem Fußball, der Länder und Kommunen unterschiedliche Erwartungshaltungen an die Arbeit gibt. Die Arbeit beruht auf dem SGBVIII §11 und §13, also Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, aber Grundlage für die Einrichtung, Finanzierung und auch politische Unterstützung ist das Nationale Konzept Sport und Sicherheit (NKSS) https://www.kos-fanprojekte.de/fileadmin/user_upload/materialien/NKSS/nkss_konzept2012.pdf. Genau in diesen herausfordernden Schnittstellen arbeiten auch wir. Einerseits beraten und begleiten wird die Fanprojekte in ihren lokalen Strukturen, andererseits finden wir uns in übergeordneten Diskursen und politischen Gremien wieder. Dass die Arbeit der Fanprojekte und auch unsere so erfolgreich ist, sieht man/frau alleine schon an der gewachsenen Anzahl der Fanprojekte. Waren es 1993 noch 12 Standorte, sind es jetzt über 70. Die Arbeit findet nicht nur national große Anerkennung – #Koalitionsvertrag –, sondern wird auch auf europäischer Ebene als Vorzeigemodell wertgeschätzt. Dass Fußballfans nicht mehr (nur) als Problem wahrgenommen werden, ist auch großer Verdienst der Fanprojektarbeit und Unterstützer*innen von

Gesprächsteilnehmer*innen:



Michael Gabriel
Koordinationsstelle
Fanprojekte (KOS)



Julia Zeyn
Koordinationsstelle
Fanprojekte (KOS)



Nina Reip
Netzwerk
„Sport & Politik“



Alexander Strohmayr
Deutsche Sportjugend
„Zusammenhalt durch Teilhabe“

Fankultur. Die Deutsche Sportjugend ist ja auch langjährige Unterstützerin der Fanprojektarbeit und progressiver Fankultur. Nicht nur weil sie unser Träger ist, sondern was wahrscheinlich einige nicht mehr wissen, die dsj hat einen der ersten Fankongresse mit ausgerichtet. Aber da kann Michael mehr zu sagen. Was waren denn damals die (politischen) Themen, und was hatte die dsj mit Fußballfans zu tun?

13.12.2021 20:40 Gabriel, Michael

Genauer: Es war der historisch erste Fankongress im deutschen Fußball. 😊 Die dsj vertrat damals progressive jugendpolitische Positionen und war als sportnahe Instanz ein geeigneter Träger für diese Pionierarbeit. Die Debatten rund um Fußball und seine Fankultur waren in den 1980er Jahren, als der Arbeitsansatz der pädagogischen Fanarbeit sich sozusagen im permanenten Feldversuch entwickelte, geprägt von den Themen Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus. So eindimensional diese thematische Zuspitzung schon damals war, so eindimensional waren auch die Antworten der gesellschaftlichen Instanzen – höhere Zäune, mehr Polizei, Stadionverbote, also ausschließlich repressiv. Die Erfahrungen der wenigen Kolleg*innen in den Fanprojekten, die sie in ihren Begegnungen mit den jugendlichen Fans machten, waren aber unendlich vielschichtiger. Am auffälligsten war die Klage, dass die Vereine ihre Fans ignorieren und sich nicht um deren Bedürfnisse als Fans kümmern würden, geschweige denn, dass es Möglichkeiten gäbe, dass Vereine und Fans gemeinsam miteinander sprechen. Vor diesem Hintergrund ging es beim ersten Fankongress ganz basal erst einmal darum, diese beiden Welten miteinander in Austausch zu bringen. Dass dies gelingen konnte, setzte eine vermittelnde Instanz voraus, die wiederum nur die Fanprojekte sein konnten, denn diese genossen das Vertrauen der Fans. Eines der Grundprinzipien des auf emanzipatorischen Prinzipien beruhenden Arbeitsansatzes der Fanprojekte ist die Überzeugung, dass Jugendliche selbst für ihre Interessen eintreten und sprechen können und es darum gehen muss, diese Orte zu schaffen. Stellt man die Frage, wie die Fanprojekte in diese Vermittlungsposition gekommen sind, kommt auch eine zentrale Methode der Arbeit in den Blick. Die Kolleg*innen bewegen sich über den Ansatz der aufsuchenden Arbeit – Streetwork – als Gäste in den jeweiligen subkulturellen Szenen, das heißt, sie sind darauf angewiesen, dass ihnen von den Fans überhaupt Zugang gewährt wird. Dafür braucht es Vertrauen, die Fans müssen die Gewissheit haben, dass ihre Interessen im Mittelpunkt des Handelns der Sozialarbeiter*innen stehen und nicht die Interessen der Fußballvereine, der Verbände oder der Polizei. Aus diesem Grund sind die Fanprojekte in ihrer Struktur auch bei unabhängigen Trägern der Jugendhilfe angesiedelt.

Im Grunde müsste an dieser Stelle noch erklärt werden, unter welchen Bedingungen es gelungen ist, dass die Fans begonnen haben, sich intern in ihrem eigenen subkulturellen Umfeld gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu engagieren, also dass es zuallererst notwendig war, sich um die Aufenthaltsbedingungen im Stadion zu kümmern, zum Beispiel um übergriffige Ordner oder Polizei, um eine gerechte Verteilung der Eintrittskarten oder um einen Dialog zwischen Vereinen und Fans, bevor die Themen Rechts und Rassismus drankommen konnten. Und wie zentral die Fanprojekte hierbei waren. Magst du übernehmen, Julia?

15.12.2021 11:46 Zeyn, Julia

@Michael: Danke für die historische Einordnung und die Darstellung der vielschichtigen Herausforderungen im Arbeitsfeld der Fanprojekte. Politik hat im Stadion nichts verloren oder „keep politics out of football“ war vor allem in den 1980er, 1990er Jahren in den Stadien präsent. Dabei ist der organisierte Sport immer politisch, Vereine werden in der Sportwissenschaft im Hinblick auf ihre politischen Bildungspotenziale, quasi als Lernorte der Demokratie untersucht. Und das hat sich ja auch die dsj mit ihren Mitgliedsorganisationen zur Aufgabe gemacht. Klar kann man darüber diskutieren, was in dem Fall politisch heißt. Ist Mensch politisch, weil Mensch sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft oder für bestimmte Werte für den Sport wie Fairplay einsetzt? Oder ist das „nur“ soziales Kapital, das hier in den Sport eingebracht wird? Genau hier gibt es viele Potenziale über die Bindungskraft des Sports, die aber auch einer Begleitung im Sinne einer Reflexion der Verortung in demokratischen Grundhaltungen bedarf. Hier kommen die Fanprojekte ins Spiel, aber auch die Jugendleiter*innen und Trainer*innen, die über die Bindungskraft des Sports progressive Kräfte stärken, die Mitte in ihren Haltungen stabilisieren und antidemokratischen Einstellungen entgegenwirken. Insbesondere der organisierte Sport ist durch seine überdauernden Schlagworte wie Tradition, Gemeinschaft, Treue, Ehre und Männlichkeit anfällig für antidemokratische Kräfte, die hier mit ihren Weltbildern andocken können. Aktuell gibt es dazu einen Beitrag bei „Sport Inside“, der zeigt, wie Neonazis in den Stadien westdeutscher Traditionsvereine präsent sind, Druck ausüben und sich weiter radikalisierten (<https://www.sportschau.de/fussball/video-neonazis-bei-traditionsvereinen-100.html>). Der Beitrag macht aber auch deutlich, dass es Aufgabe einer demokratischen Exekutive sein muss, hier zu handeln, wenn Vereine, Zivilgesellschaft, Fanszenen und Fanprojekte massiv unter Druck geraten.

15.12.2021 12:46 Strohmayer, Alexander

Liebe Julia, lieber Michael, besten Dank für die Einordnung und den Einblick in euer Arbeitsfeld. An dieser Stelle wollen wir gerne eine Vertiefungsfrage stellen...

15.12.2021 12:46 Strohmayer, Alexander

Frage: Wenn ihr euch das Themenfeld Politik im Stadion beziehungsweise antidemokratische Einstellungen/Kräfte in eurem Arbeitsfeld anschaut, habt ihr in den letzten Jahren Veränderungen in der Auseinandersetzung mit der Thematik wahrgenommen?

22.12.2021 18:16 Gabriel, Michael

Wer die Berichterstattung über die Entwicklungen im professionellen Fußball in den letzten Jahren verfolgt hat, wird wahrnehmen haben, dass die Stimme der Fans eine immer wichtigere Rolle einnimmt. Die Proteste der international vernetzten organisierten Fanszenen haben kürzlich ja sogar die Idee dieser europäischen Super-League verhindert, um ein konkretes Beispiel zu nennen. Die Fans in Deutschland sind hier mit den Fans in England Vorreiter in der Entwicklung von fanpolitischen Positionen. Dies hängt mit dem hohen Organisationsgrad der hiesigen Fanszenen zusammen, von der lokalen Ebene ausgehend bis auf die Bundesebene. Eine Entwicklung, die von den Fanprojekten aktiv unterstützt und begleitet wurde. Es gibt die Fanabteilungen bei den Vereinen, die unabhängig organisierten Fanclubs, die gut strukturierten Ultras sowie überall themenspezifische Fan-zusammenschlüsse. Mit Blick auf die Interessenlagen der Fans ist es kaum überraschend, dass speziell Themen, die den Fans Teilhabe und Mitbestimmung ermöglichen, eine zentrale Rolle bei ihrem Engagement einnehmen. Der Kampf um das 50+1-Prinzip, das für die Profivereine als Organisationsstruktur bekanntlich bindend ist, ist aus unserer Perspektive nur vordergründig ein Kampf gegen die zunehmende Kommerzialisierung. Im Kern geht es darum, den Fans und Mitgliedern eine in den Vereinssatzungen festgelegte Mitbestimmung zu ermöglichen. Warum erwähne ich das? Wenn wir die Bereitschaft der Fans wecken wollen, sich gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu engagieren, ist es unabdingbar, mit ihnen und ihren fankulturellen Kern-Bedürfnissen respektvoll umzugehen. Nur auf dieser Basis war es möglich, dass Fans sich auch an den Spieltagen, in den Zügen oder an ihren Treffpunkten für eine offene und vielfältige Fankultur konkret eingesetzt haben und die Konflikte auch ausgetragen haben. Der, wie Julia schon ausführte, in den 1990er Jahren noch weit verbreiteten Forderung von Teilen der Fanszene „Politik hat im Stadion nichts verloren“, wurde so peu a peu das Wasser abgegraben. Zumal diese Forderung oft genau von den rechtsorientierten Fanszenen erhoben wurde,

die gerne ihren Alltagsrassismus und Alltagssexismus ungestört weiter ausleben wollten. Die Themenpalette hat sich mindestens in den letzten zehn Jahren deutlich erweitert, es geht nicht mehr „nur“ darum, Rassismus zu bekämpfen, sondern auch Themen wie Frauenfeindlichkeit, Homophobie oder Antisemitismus in den Fankurven zu adressieren. Neben dieser grundsätzlich positiven Entwicklung, die sich aktuell gerade wieder in den tollen gemeinsamen Reaktionen der Fans vom MSV Duisburg und dem VfL Osnabrück gezeigt haben, als es nach einem rassistischen Vorfall im Stadion zu einem Spielabbruch gekommen ist, beobachten wir in Teilen der Fanszene auch besorgniserregende Entwicklungen, die mit der von Robert Claus so bezeichneten „Professionalisierung der Gewalt“ und der Vermischung von rechten Hooligans, extrem rechten Kampfsportlern und auch Akteuren aus dem Rockermilieu zu tun haben. @Julia: Diese Akteure sind ja oft schon in einem gesetzteren Alter und finden sich in Teilen auch im Milieu der Coronaleugner und Verschwörungstheoretiker wieder ...

23.12.2021 14:30 Zeyn, Julia

Ja, das ist in der Tat ein schweres Thema, weil das Menschen sind, die für viele(s) nicht mehr erreichbar sind. Die Verbindungen in die Kampfsportszenen, die Vermischung mit Pegida und die Anschlussuche an bürgerliche Lager bereiten uns Sorgen. Hier muss sich die gesellschaftliche Mitte positionieren, und dazu gehören Clubs und die Verbände, die hier in die Pflicht genommen werden müssen. Unpolitisch sein gibt es einfach nicht! Öffentlichkeitswirksame Slogans wie „Zeig Rassismus die rote Karte“ müssen dann auch glaubwürdig unterfüttert werden. Einerseits gilt es, sich gegen demokratiefeindliche Tendenzen zu positionieren, andererseits explizit für eine plurale Gesellschaft einzutreten. Der DFB zeichnet seit 2005 mit der Stiftung des Julius Hirsch Preises Akteur*innen aus dem Fußball aus, die sich für Vielfalt, gegen Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus einsetzen. Fanprojekte waren in den letzten Jahren mehrmals Preisträger*innen, unter anderem das Fanprojekt Bochum 2018, der Fanladen St. Pauli 2016, das Fanprojekt Halle 2015. Fanprojekte sind hier insbesondere in der politischen Bildung tätig und spielen im Kontext der Erinnerungsarbeit eine herausragende Rolle. Aktuell gab es ein Vernetzungstreffen zur Erinnerungsarbeit im Fußball, die Ergebnisse könnt ihr sehen.

@Michael: Wir feiern aktuell 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, wie können wir als KOS die Fanprojekte perspektivisch unterstützen.

04.01.2022 20:15 Gabriel, Michael

Schon bei der Entwicklung der Erinnerungsarbeit im Sport haben die Fanprojekte einen größeren Anteil und sicher durch ihre innovativen Projekte dazu beigetragen, dass im Sport insgesamt das Bewusstsein gewachsen ist, wie notwendig es ist, sich mit der eigenen Vereins- oder Verbandshistorie zu beschäftigen. Konkret sah das in der Fanarbeit dann oft so aus, dass interessierte Fans durch pädagogische Angebote von Fanprojekten animiert wurden, sich historisch tiefergehend mit „ihren“ Vereinen zu beschäftigen. So wurden auch Biografien von Sportler*innen, Funktionär*innen oder auch Mitgliedern erforscht und auf diese Weise den ja zumeist jüdischen Opfern des Nationalsozialismus Namen und Gesicht gegeben und sie wieder sichtbar gemacht. Die Erinnerungsarbeit bietet selbstverständlich viele weitere Ansätze auch über die Zeit des Nationalsozialismus hinaus für pädagogische oder kulturelle Auseinandersetzungen. So tourt seit einigen Jahren die Ausstellung „Der andere Fußball – 100 Jahre Arbeiterfußball-125 Jahre Arbeitersport“ durch Deutschland und macht in vielen Fanprojekten für Veranstaltungen Halt.

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland sagt in erster Linie, dass das Judentum integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft und Kultur war, ist und auch in Zukunft sein wird. Hier bei der KOS glauben wir, dass es für junge Fußballfans zunehmend interessant ist, sich mit den Realitäten auseinanderzusetzen, mit denen Juden und Jüdinnen in der Gegenwart konfrontiert sind. Deswegen arbeiten wir gerade an Überlegungen, wie wir die Fankultur nutzen können, um junge Fußballfans aus Deutschland und Israel in einen Austausch zu bringen. Wir bemerken nämlich ein wachsendes Interesse an der israelischen Fankultur bei Teilen der deutschen Fans, wozu einige sehr aktive israelische Journalist*innen in Deutschland beigetragen haben. Natürlich wollen wir gerne die jüdischen Gemeinden hier in Deutschland einbinden, wenigstens den fußballinteressierten Teil 😊. Hier gibt es ja schon eine Reihe von guten Beispielen, wie wir bei Eintracht Frankfurt und der engen Verbindung zur jüdischen Gemeinde in Frankfurt und zu Makkabi Frankfurt sehen können.

Ganz aktuell haben wir mit den Kolleg*innen von „Zusammen1“ von Makkabi einen regelmäßigen bundesweiten Round-Table mit Praxis-Kolleg*innen aus den Fanprojekten vereinbart, mit dem wir einen kontinuierlichen Austausch mit der Praxis zu aktuellen Themen und Ereignissen im Kontext des Antisemitismus erreichen wollen.

06.01.2022 11:05 Reip, Nina

Danke für den Einblick in die wichtige Erinnerungsarbeit! Zeyn, Julia und Gabriel, Michael, ihr habt oben geschrieben, dass rechte Fans oft proklamieren „Politik hat im Stadion nichts zu suchen“ und dass es zunehmend eine Verbindung zwischen Hooligans, Nazis und der Kampfsportszene gibt. Wie kann Fanarbeit diese Menschen erreichen? Oder sind hier andere Akteur*innen gefragt (Vereine, Polizei, Politik, Zivil-/Stadtgesellschaft)?

10.01.2022 18:05 Gabriel, Michael

Die zunehmende Vermischung dieser angesprochenen Milieus, die in Teilen der Fanszene zu beobachten ist, bereitet uns und auch den Kolleg*innen in den Fanprojekten seit einiger Zeit die größten Sorgen. Diese Vermischung findet nicht nur in den Fankurven statt und wird dort sichtbar, sondern ebenso in den Kampfsportclubs oder im öffentlichen Raum, zum Beispiel ganz aktuell bei vielen Protesten der Szene der Coronaleugner*innen. Mit dieser sprichwörtlichen „Ausweitung der Kampfzone“ wird die Fanarbeit vor ein größeres Problem gestellt, denn wir können, verkürzt gesagt, nicht auch noch aufsuchende Arbeit in Fight-Clubs machen.

10.01.2022 18:19 Gabriel, Michael

Das wiederum richtet den Scheinwerfer zwingend auf andere Akteure. Die verdienstvollen Robert Claus und Olaf Zajonc, die sich in ihrem spezifischen, vom BMFSFJ über „Demokratie leben“ geförderten Forschungsprojekt „Vollkontakt – Demokratie und Kampfsport“ mit dieser Entwicklung befassen, fordern hier den Kampfsport als sportliche Disziplin und die Kampfsport-Gyms zum Handeln auf, die hierbei aber auf die Unterstützung aus dem organisierten Sport verzichten müssen. Es fehlt an vielen Stellen an einer Positionierung gegen Rechtsextremismus, geschweige denn, dass es ausreichend Präventionsprogramme gäbe.

11.01.2022 09:39 Reip, Nina

Projekt VOLLKONTAKT: Demokratie & Kampfsport

<https://www.vollkontakt.info/>

16.01.2022 18:34 Gabriel, Michael

Zum Abschluss dieses Teils noch einmal zurück zur Arbeit der Fanprojekte und der Situation in den Fankulturen. Wenn wir analysieren, was diese Mischszenen aus militanten Nazis, rechten Hooligans, Rockern und Kampfsportlern verbindet, ist eine bestimmte Vorstellung von Männlichkeit und männlicher Härte augenfällig. Die testosterongesteuerte Selbstvergewisserung der „harten Jungs“ – oder die es gerne sein wollen – kann in den Kurven, in den Gyms oder bei Kampfsportevents stattfinden. Und weil dieses Männlichkeitsbild anschlussfähig für rechts-extreme gesellschaftliche Vorstellungen ist, sind die Orte, an denen sich diese verschiedenen Milieus begegnen, so bedeutsam.

21.01.2022 18:55 Zeyn, Julia

Die Kurven sind aber auch Orte der weiblichen Fans und queeren Fans. Fankultur ist keine vermeintlich „männliche“ Kultur, sondern auch eine vielfältige, kreative und progressive DIY-Kultur, in der Mensch auch mal wild sein kann. Eine gendersensible Arbeit ist im Arbeitsfeld der Fanprojekte von besonderer Bedeutung. Hierzu haben wir 2018 unsere Bundeskonferenz ausgerichtet http://www.kos-fanprojekte.de/fileadmin/user_upload/materialien/KOS-Schriften/KOS-schriften13-202011-screen.pdf. Zum einen, weil es eine zahlenmäßige Überlegenheit von männlich gelesenen Fußballfans im Männerfußball gibt, weil Leadership im Männerfußball männlich besetzt ist, Männlichkeitsbilder überholt sind und auch Forschung bisher eher androzentrische Perspektiven aufweist. Initiativen wie F_in Netzwerk Frauen im Fußball <https://www.f-in.org>, in dem auch Fanprojektkolleg*innen mitarbeiten, ist es zu verdanken, dass die Themen schon lange präsent sind. Es geht dabei um diskriminierungsfreie Orte im Fußball, es geht dabei darum, dass Fansein nicht abhängig ist vom Geschlecht und dass Fankultur keine

vermeintlich „männliche“ Kultur ist. Auch diesem Netzwerk und Engagement haben wir es zu verdanken, dass es ein Handlungskonzept gegen sexualisierte Gewalt im Zuschauer*innensport gibt https://www.fussball-gegen-sexismus.de/wp-content/uploads/2019/12/Brosch%C3%BCre_Handlungskonzept_Auflage_3.pdf 😊

24.01.2022 09:55 Reip, Nina

Lieber Michael, liebe Julia, herzlichen Dank für die Ausführungen zu Männlichkeiten und Weiblichkeiten in den Fanszenen. Unser Blick auf diese starke Vielfalt ist ja oft etwas kurz... Ich möchte aber noch einmal darauf zurückkommen, dass sich manche Phänomene nicht nur im Stadion wiederfinden. Ich glaube, @Michael, du hattest dies geschrieben. Wie wirkt denn Fanarbeit in die Stadtgesellschaften und Sozialräume um das Vereinsstadion herum?

27.01.2022 16:34 Gabriel, Michael

Der Blick auf Fußballfans ist ja häufig ziemlich verengt, indem er das Geschehen ausschließlich in und um die Stadien betrachtet und dabei außer Acht lässt, dass wir es beim Fußball und seiner engen Verbindung zur Fankultur mit einem soziokulturellen Phänomen zu tun haben, welches natürlich in die Sozialräume der Stadtgesellschaften hineinreicht. Wer schon mal an einem Bundesligaspieltag zum Beispiel in Bremen weilte, wird schnell feststellen, wie sehr die Identifikation mit Werder Bremen an so einem Samstag das Geschehen in der Stadt sichtbar gestaltet. Genau dieser soziokulturellen Bedeutung angemessen, sprechen die Fanprojekte die Jugendlichen nicht nur über ihrer Fanidentität an, sondern in ihrer gesamten Persönlichkeit, also auch als Bürger*innen in ihren jeweiligen zivilgesellschaftlichen Verbindungen. Gerade in den letzten beiden Jahren unter den Bedingungen der Pandemie ist deutlich geworden, wie sehr sich Fanszenen als Akteure in der Zivilgesellschaft verstehen. Seit dieser Zeit ist ihnen ja mehr oder weniger der Stadionbesuch verwehrt oder sie verweigern sich ihm aus freien Stücken, weil sie die Rahmenbedingungen – Abstand, reduzierte Kontingente, keine Stehplätze – ablehnen. Gleichzeitig haben die Fans allerorten, oftmals logistisch und organisatorisch unterstützt von den Fanprojekten, diejenigen in der Gesellschaft unterstützt, die auf Hilfe angewiesen waren. Sie haben Einkaufshilfen für Ältere organisiert oder Obdachlose mit Essen und mehr versorgt. Dieser Beitrag, der eine Gruppe von Fans der Frankfurter Eintracht über eine längere Zeit begleitet hat, verdeutlicht sehr gut, wie das konkret vonstatten geht:

Das andere Leben der Kurve – Hardcore-Fans ohne Fußball

<https://www.swrfernsehen.de/menschen-unter-uns/aus-der-kurve-geflogen-was-machen-hardcore-fans-ohne-fussball-100.html>

27.01.2022 16:59 Gabriel, Michael

Ein anderes Beispiel der produktiven Vernetzung von Fankultur mit Akteuren der Zivilgesellschaft im Sozialraum ist zum Beispiel in (nicht nur) Nordrhein-Westfalen zu beobachten, wo sich Fans mit verschiedenen Bürgerrechtsgruppen zusammengeschlossen haben, um sich gemeinsam gegen die Verschärfung der Polizeigesetze und für die Freiheitsrechte als Bürger*innen engagieren und demonstrieren.

Und mit einem dritten praktischen Beispiel, das einen inhaltlichen Bogen zur Ausgangsfrage schlägt, möchte ich diesen Part beschließen. Gemeinsam mit Fans des VfL Bochum aus der AG „1938 nur damit es jeder weiß“ hat das dortige Fanprojekt die Ausstellung „Unsere Heimat, unsere Liebe“ konzipiert und umgesetzt. Die Ausstellung thematisiert die NS-Vergangenheit der Stadt Bochum, die Gründung des VfL Bochum 1848 sowie die Geschichte des letzten Fußballmeisters im jüdischen Verbund, Schild Bochum. Dabei ist es aber nicht geblieben, denn in einem weiteren Schritt wurde nun ein digitaler Stadtrundgang konzipiert. An 11 Stationen können interessierte Bochumer*innen eigenständig und interaktiv ihre Stadt erkunden und zum Beispiel erfahren, wo der VfL Bochum gegründet wurde und warum ein Platz in der Innenstadt nach Dr. Otto Ruer benannt ist. Auf den Websites www.fanprojekt-bochum.de sowie <https://lernendurcherinnern.ruhr-uni-bochum.de/> kann der Rundgang auch als pdf-Datei heruntergeladen werden.

27.01.2022 17:23 Reip, Nina

Der letzte Hinweis passt gut, denn genau heute ist der 27. Januar, Gedenktag an die Opfer des Holocausts und Erinnerungstag im deutschen Fußball, der seit vielen Jahren insbesondere von den Faninitiativen und -projekten getragen wird.

Über **!Nie wieder - Erinnern reicht nicht!**

<https://www.niewieder.info/>

27.01.2022 17:26 Reip, Nina

Ich möchte euch nun zum Abschluss dieses lehrreichen Chats noch zwei Fragen stellen:

? Welche Erwartungen ergeben sich nun – nach all den gesellschaftspolitischen Themen, die ihr erläutert habt – an die Arbeit der Verbände (DFB/DFL) und der Bezugsvereine?

? Und noch eine Wunschfrage: Wenn ihr euch eine idealtypische Situation für das Arbeitsfeld der sozialpädagogischen Fanprojekte in Auseinandersetzung mit dem Themenfeld „Sport und Politik“ vorstellt, wie sieht es aus?

10.02.2022 11:12 Zeyn, Julia

„Während der professionelle Fußball ‚von oben‘ patriarchalisch organisiert ist, repräsentiert er von unten egalitäre Diversität und Vielgestaltigkeit“ (Beichelt, 2018, S. 29). Timm Beichelt (2018) hat zum Verhältnis von Fußball und Macht einen wunderbaren Essay geschrieben, die Rezension von uns findet ihr hier: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/63217/ssoar-fug-2019-1-rez-gabriel_et_al.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-fug-2019-1-rez-gabriel_et_al.pdf

Auch anschließend daran ergeben sich an die Verbände auf mehreren Ebenen Erwartungen. Zum einen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung auch innerhalb ihrer Strukturen gerecht zu werden und so ihr Engagement wie oben beschrieben auch nach außen glaubwürdig machen, und zum anderen Handlungssicherheit in der Unterstützung ideell als auch finanziell für die Fankultur und die professionelle Fanarbeit herzustellen. Das ist auch der Passus aus dem aktuellen Koalitionsvertrag (S. 114), <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>, der sehr schön das Zusammenspiel von Sport und Politik verdeutlicht. Die Bezugsvereine sollten auch wie die Verbände mit ihren Botschaften Authentizität vermitteln und Fans als Stakeholder des Fußballs wahrnehmen. Der gesamte Sport ist getragen vom Ehrenamt, Fans setzen sich ehrenamtlich für einen besseren Fußball ein und sind damit eine wichtige Säule für den gesellschaftlichen Erfolg des Fußballs. Es geht hier nicht mehr nur um Anerkennung und Wertschätzung des Tuns der organisierten Fans, sondern die Wahrnehmung der organisierten Fans als Stakeholder des Fußballes, als gleichberechtigter Partner, der nicht Entwicklungen blockiert, sondern progressiv nach vorne bringt (siehe aktuelle Stellungnahme von „Zukunft Profifussball“: <https://zukunft-profifussball.de/fazit-1-jahr-nach-dfl-taskforce>). Neu implementierte CSR-Abteilungen der Vereine sollten CSR nicht als Green- oder Whitewash betrachten, sondern Fans und Zuschauende aktiv einbinden: Über die emotionale Bindung kann viel erreicht werden, ohne dass ökonomische Interessen im Fokus stehen. Die beiden Säulen der Fanarbeit müssen auch als die zwei Säulen verstanden und gestärkt werden: auf der einen Seite ein Zuschauer*innenmanagement, das auf die Bedürfnisse einer gesamten Zuschauer*innenschaft eingeht und diese in Richtung Verein vermittelt, und eine sozialpädagogische Arbeit mit Fußballfans, die Fans in ihrer Lebenswelt begleitet und Netzwerke in die Zivilgesellschaft außerhalb von Fußball stärkt. Mit der Einführung einer professioneller Fanarbeit in der 3. Liga ist dem Team Fanbelange des DFB hier ein wichtiger struktureller Schritt gelungen, der die differenzierten Rollen der Fanarbeit auch unterhalb der DFL-Strukturen schärft.

10.02.2022 11:13 Zeyn, Julia

Zu eurer Wunschfrage 😊: Eine idealtypische Version heißt ja nicht eine ideale, sondern eine idealtypische. Fanprojekte entwickeln gemeinsam mit Fans als Akteur*innen der Zivilgesellschaft Haltungen zu Sport und Politik in einer demokratischen Gesellschaft. Dabei wirken Fans als Multiplikator*innen für politische Bildung und Demokratiestärkung in die Fanszenen hinein. Aktuell haben Fritz, Wetzel und Zeyn (<https://www.widersprueche-zeitschrift.de/article2026.html>) etwas dazu veröffentlicht. Zur Auseinandersetzung mit Sport und Politik könnten sich besonders Großveranstaltungen wie die Fußball-WM der Männer 2022 in Katar und die EM der Männer 2024 in Deutschland eignen. Da insbesondere die Vergabepraktik von Sportgroßveranstaltungen im Fußball von

Intransparenz und Partizipationsferne gekennzeichnet ist und ökonomische Interessen überwiegen, finden sich aus demokratischen und menschenrechtsorientierten Ansätzen Perspektiven der Bearbeitung. Wir hoffen, dass über die Kampagnen wie „Boycott Qatar“ (<https://www.boycott-qatar.de/>) eine Öffentlichkeit Aufmerksamkeit auf Themen wie Nachhaltigkeit und Menschenrechte lenkt, die auch junge Menschen trotz der Entfremdung zum kommerziellen Sport beschäftigt. In Abgrenzung zu den kritikwürdigen Rahmenbedingungen der WM 2022 in Katar kann die Euro 2024 in Deutschland genutzt werden, genau die Werte, die eine demokratische Gesellschaft ausmachen, zu stärken, sichtbar zu machen und wirklich mit Leben zu füllen. Dies beinhaltet auch die Förderung einer kritischen Diskussionskultur, von gesellschaftlicher Vielfalt oder Partizipation von jungen Menschen. Die Fanprojektarbeit kann über eine Auseinandersetzung mit den Themen auch eine Rückbindung an den Sport ermöglichen und das Themenfeld Sport und Politik bearbeitbar machen.

10.02.2022 11:13 Zeyn, Julia

An dieser Stelle möchten wir uns bei Nina und Alex für das spannende Interview bedanken und hoffen, dass wir den Leser*innen die Fanprojektarbeit für eine lebendige Fankultur im Feld von Sport und Politik näherbringen konnten.

10.02.2022 15:26 Reip, Nina

Und wir bedanken uns bei euch! ❤️

Hinweis: Für die Veröffentlichung des Chatverlaufs (26. November 2021 bis 10. Februar 2022) wurden die Antworten und Fragen stellenweise leicht bearbeitet.



Autor*innen



Bernd-M. Beyer. Studium der Politik und Volkswirtschaft. Tätigkeit zunächst als Tageszeitungsredakteur, dann viele Jahre als Lektor und Programmleiter im Verlag Die Werkstatt, mit Schwerpunkt Sportgeschichte. Im Rentner-Unruhestand als freier Autor und Lektor tätig. Mit Dietrich Schulze-Marmeling Initiator des Netzwerks #BoycottQatar2022.

Fairness

Der Wert, den ich primär mit Sport verbinde, heißt „Fairness“. Ohne diesen Wert ist Sport nicht möglich. Fairness im Sport bedeutet: gleicher Zugang, gleiche Chancen, gleiche Bedingungen für alle, ob im Training, im Freizeitsport oder im Wettkampf. Das ist nur möglich in einer Gesellschaft, in der die Diskriminierung einzelner Gruppen (durch Rassismus, Antisemitismus, Frauenbenachteiligung, Homophobie, Einschränkung von Freiheitsrechten und Partizipation etc.) nicht toleriert wird.



Ronny Blaschke ist als Journalist und Buchautor spezialisiert auf politische Themen in der Sportindustrie. Zuletzt erschien von ihm 2020 „Machtsspieler – Fußball in Propaganda, Krieg und Revolution“. Twitter: @RonnyBlaschke

Mobilisierungskraft

Zum besonderen Wert des Sports zählt für mich die Mobilisierungskraft. Durch das Spielerische, Verbindende und Emotionale des Sports können wir junge Menschen für gesellschaftliche Themen interessieren, die damit zuvor wenig Berührung hatten. Der Sport kann zur politischen Bildung beitragen, ohne das sich für die Beteiligten nach Erziehung anfühlt. Eine Offensive gegen Diskriminierung, die auch noch Spaß macht.



Wolfgang Buss, hat Geschichts-, Politik- und Sportwissenschaft an der Universität Göttingen studiert und mit dem ersten und zweiten Staatsexamen abgeschlossen. Anschließend war er 40 Jahre lang Dozent am dortigen Institut für Sportwissenschaften. 1975 wurde er zum Dr. phil. promoviert und 2001 in den Fächern „Sportpolitik“ und „Sportgeschichte“ habilitiert. Die Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen im Bereich der deutschen Sportgeschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere zu Themen der Nachkriegsgeschichte nach 1945 und zum DDR-Sport.

Gemeinschaftssinn

*Gemeinschaftssinn: Der Sport hat nicht nur eine motorische Praxisebene, sondern ist auch und vor allem ein sozialer Raum, in dem Gemeinschaftssinn erlernt werden kann. Dies gilt besonders für den Sport in Gruppen und Mannschaften. Hier werden die kommunikativen Fähigkeiten der Sportler*innen ausgeprägt. Diese tragen dazu bei, Verantwortung zum Gelingen des sportlichen Erfolgs zu übernehmen, aber durch Hilfestellung und Unterstützung auch in kritischen Situationen auf und neben dem Sportplatz. Der Sport bietet Möglichkeiten zur Realisierung praktischer Solidarität.*



Michael Gabriel. Diplom-Sportwissenschaftler mit Zusatzausbildung in der Sozialen Arbeit. Er arbeitete von 1992 bis 1996 im Frankfurter Fanprojekt, bevor er zur Koordinationsstelle Fanprojekte bei der dsj (KOS) wechselte, deren Leiter er seit 2006 ist.

Als Fußballer gewann er sowohl in der B- als auch in der A-Jugend mit Eintracht Frankfurt die Deutsche Meisterschaft. Für die U-20-Juniorennationalmannschaft Österreichs nahm er an der Weltmeisterschaft 1983 in Mexiko teil.

Solidarität

Sport bietet die Möglichkeit, sich so wie man ist, frei und gleichberechtigt in eine Mannschaft oder Gemeinschaft einzubringen, um gemeinsam Ziele zu erreichen. Auf diesem Prinzip könnte auch eine solidarisch organisierte Gesellschaft basieren.



Johannes Herber ist Geschäftsführer bei Athleten Deutschland, der unabhängigen Interessenvertretung der Kaderathlet*innen. Herber ist ehemaliger Basketballnationalspieler, nahm an Welt- und Europameisterschaften teil und spielte unter anderem für Alba Berlin und die Fraport Skyliners. Nach seiner aktiven Karriere veröffentlichte er ein Buch, in dem er seine Erfahrungen als Basketballprofi schilderte.

Leistungsbereitschaft

Mein Wert des Sports ist: Leistungsbereitschaft. Gewinnen ist nicht alles, aber ohne Gewinnen ist alles nichts. Im Streben nach dem Sieg - im Messen mit dem Gegner - entsteht für mich der größte Gewinn im Sport. Leistungsbereitschaft bildet dafür die Grundlage.



Nike Lorenz ist deutsche Hockeynationalspielerin und Masterstudentin (Entrepreneurship, Innovation and Management) und setzt sich neben und im Sport für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz ein. Sie ist unter anderem Mitglied bei Sports4Future und Teil der Anti-Rassismus AG von Athleten Deutschland. Auf ihrem persönlichen Blog (nikelorenz.com) findet man ihre Kampagnen und Artikel.

Teamwork

Teamwork. Ich glaube, dass man Veränderungen nur erreichen kann, wenn man zusammen arbeiten kann. Es geht darum, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erkennen und zu akzeptieren, um ein gemeinsames Ziel erreichen zu können. Kein Team wird je 100% harmonisch sein, nicht im Leben, nicht im Sport, nicht in der Politik. Aber das muss es auch nicht um Team-Work leisten zu können.



Prof. Dr. Jan F. Orth LL.M. (UT) ist Vorsitzender Richter am Landgericht Köln und dort Vorsitzender einer großen Strafkammer. An der Universität zu Köln ist er Honorarprofessor und Geschäftsführer der Forschungsstelle Sportrecht. Er ist Mitherausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift für Sport und Recht (SpuRt) und Herausgeber und Mitautor zahlreicher Bücher zum Sportrecht. Im Ehrenamt ist er unter anderem beim Deutschen Fußball-Bund Mitglied des Bundesgerichts, außerdem bei der International Ice Hockey Federation Mitglied der Disciplinary Commission. Beim Deutschen Sportschiedsgericht ist er als Schiedsrichter, auch für Dopingverfahren, tätig.

Fairness

Mein Wert des Sports ist die Fairness. Sie beschreibt am besten, wie das Miteinander im Sport aussehen muss. Und das beinhaltet anständige Rücksichtnahme auf die Interessen und Werte des anderen, seien sie persönlicher oder sportlicher Natur. Sie impliziert außerdem die natürliche Einhaltung aller geschriebenen und ungeschriebenen Regeln.



Stefanie Pietsch ist Professorin für Sportpädagogik an der Universität Regensburg und Expertin für das Themengebiet Olympische Erziehung. Früher selbst als Athletin und Trainerin im Leistungssport aktiv, ist es ihr wichtig, nicht nur Schüler*innen und künftigen Sportlehrer*innen in diesem Bereich Wissen zu vermitteln, sondern das Potenzial der olympischen Idee als vielfältige Bildungsmöglichkeit zu nutzen.



Prof. h.c. Dr. Gunter A. Pilz, Diplom-Soziologe, Akad. Oberrat i.R., Honorarprofessor der Hochschule Hannover. Er ist Vorsitzender des Netzwerks „Sport & Politik für Fairness, Respekt und Menschenwürde“, Mitglied der AG Sport mit Courage der dsj, Berater der Abteilung Gesellschaftliche Verantwortung des DFB, Träger des Ethik-Preises des DOSB und des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Fair Play

Mein persönlicher Wert des Sports ist eindeutig Fair Play. Diese im Sport angelegte unverzichtbare ethische Grundhaltung, ist der Kitt, der den (Wettkampf-)Sport im Innersten zusammenhält und Spiel auch Spiel, Sport auch Sport bleiben lässt. Wer nach dieser, ethischen Prinzipien verpflichteten Geisteshaltung handelt, der strebt Erfolg nicht um jeden Preis an, sieht im Gegner nicht den Feind, den es mit allen Mitteln zu besiegen gilt, sondern achtet ihn als Partner im sportlichen Wettkampf und billigt ihm das Recht auf Chancengleichheit, auf Respektierung seiner körperlichen Integrität und seiner menschlichen Würde unabhängig von Nationalität und Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung zu. Wer nach dem Geist des Fair Play handelt ist nicht gewalttätig, diskriminiert nicht, ist kein Rassist, lebt Vielfalt und achtet die Würde des Menschen.



Sabine Poschmann ist seit 2013 Bundestagsabgeordnete – stets direkt gewählt im Wahlkreis Dortmund II. In den vergangenen beiden Legislaturperioden war sie stellvertretende wirtschafts- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Seit Dezember 2021 ist sie neue sportpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten. Neben dem Sportausschuss ist sie weiterhin Mitglied im Wirtschaftsausschuss.

Gesellschaftliche Kraft des Sports.

Sport hat eine wahnsinnige Kraft und kann die verschiedensten Menschen zusammenführen. Das gilt für Menschen, die selber gemeinsam Sport treiben, aber auch für Menschen, die als Fans mit den Mannschaften sowie den Sportlerinnen und Sportlern mitfiebern. Sport steht für die Werte Vielfalt, Miteinander und Respekt – das sollten wir wieder vielmehr in den Mittelpunkt stellen.



Silke Renk-Lange ist ehemalige Leichtathletin und seit 2019 Präsidentin des Landessportbundes Sachsen-Anhalt. Ihr größter sportlicher Erfolg war der Olympiasieg im Speerwerfen bei den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona. Nach ihrer 17-jährigen leistungssportlichen Laufbahn ist sie dem Sport ehrenamtlich verbunden und seitdem in verschiedenen Ämtern engagiert.

Gegenseitiger Respekt

Für mich ist gegenseitiger Respekt der zentrale Wert im Sport: Als Sportfamilie haben wir stets den Anspruch, uns auf Augenhöhe als Menschen zu begegnen, die der Sport vereint. Dies bedeutet die Wertschätzung von Menschen unabhängig von Merkmalen wie z. B. geschlechtlicher und sexueller Identität, Herkunft, Religion oder Behinderung. Der Sport eignet sich als Lern- und Erprobungsfeld von Respekt auch deshalb sehr gut, weil hier ein Querschnitt der Gesellschaft zusammenkommt.



Jana Sämman hat Soziale Arbeit sowie Erziehungs- und Bildungswissenschaften studiert. Daneben war sie als Jugendbildungsreferentin bei einem Jugendverband sowie als Lehrbeauftragte im Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen tätig. Mittlerweile forscht sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Siegen in einem bundesweiten Projekt zu politischer Bildung und Jugendarbeit.

Beispielhaftigkeit

Sport wird für mich auch dadurch spannend, als dass natürlich auch hier unterschiedliche gesellschaftliche Aushandlungsprozesse geführt werden und dabei solidarische und emanzipatorische Perspektiven deutlich sichtbar werden.



Dietrich Schulze-Marmeling. Schreibt seit 30 Jahren über Fußball. Und hier eigentlich über alles: soziale und politische Geschichte des Spiels, Vereinsgeschichten (Bayern, BVB, Liverpool, Manchester United, Celtic), Spieler- und Trainerbiografien, aber auch Spielentwicklung, Taktik etc. Weitere Interessensgebiete: Irland/Nordirland, internationale Politik.



Julia Zeyn. M.A. Politikwissenschaft, seit 2016 Referentin bei der Koordinationsstelle Fanprojekte bei der dsj (KOS) mit den Arbeitsschwerpunkten Transfer Wissenschaft-Praxis, Doktorandin zum Thema „Politische Praktiken in der Fußballfanszene“ an der Gothe Universität Frankfurt, liebt die Kultur der Amateurfanszenen und Cider.

Bewegungskultur

Bewegungskultur: Positive körperliche Erfahrungen in einer Gemeinschaft, die nicht ausgrenzt, schaffen ein positives Sichselbsterleben. Positive Selbstbilder und Selbstwirksamkeitserfahrungen sind dabei essenziell für eine solidarische Kultur.

Redaktionsteam



Jörg Becker ist seit 2001 bei der Deutschen Sportjugend für das Marketing und Erscheinungsbild des Dachverbands des Kinder- und Jugendsports verantwortlich. Darunter fällt auch die Entwicklung von Publikationen bis hin zum Vertrieb an u.a. Sportverbände, Sportvereine, Vereins-Funktionäre sowie Übungsleiter*innen. Mit seiner Expertise unterstützt er zudem die einzelnen dsj-Fachbereiche in marketing-relevanten Projekten.



Nina Reip studierte Politische Wissenschaften und Geschichte an der RWTH Aachen. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora und Kabinettschefin zweier Bildungsminister in der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. An der ostbelgischen Hochschule AHS erarbeitete sie Konzepte zur politischen Bildung für das belgische Bundesland. Derzeit führt sie die Geschäftsstelle des Netzwerks „Sport & Politik für Fairness, Respekt und Menschenwürde“ bei der Deutschen Sportjugend. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Demokratiestärkung, Rechtsextremismusprävention, Werte des Sportes und historische-politische Bildung im und durch Sport.

www.sportundpolitik.de | <https://tauziehen-podcast-politik-und-sport.podigee.io/>



Alexander Strohmayr BA der Sozialen Arbeit zum Thema „Bunte Liga — Homosexualität im Profifußball“ (Hochschule Fulda). Sein Anerkennungsjahr machte er bei der Koordinationsstelle Fanprojekte und der dsj. Neben Freiwilligendiensten im Sport und der Förderung von Projekten für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche setzt er das dsj-Koordinierungsprojekt im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ um. Seit 2018 ist er außerdem stellvertretender Vorsitzender des IDA e.V.



Johannes Wirth studierte Sportsoziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Für die Deutsche Sportjugend ist er seit Mai 2021 hauptberuflich als Referent für das Projekt „Demokratieförderung im Sport“ (www.sport-mit-courage.de) tätig. Nebenberuflich gibt er für die Sportjugend Hessen im Projekt „DemoS! – Sport stärkt Demokratie“ Seminare zu u. a. Verschwörungserzählungen und Antisemitismus sowie zu Rassismus im Sport.

Impressum

► Herausgeberin / Bezug über

Deutsche Sportjugend (dsj)
im DOSB e.V.
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main

E-Mail: info@dsj.de
www.dsj.de
www.dsj.de/publikationen
<https://www.sport-mit-courage.de>

► Autor*innen

Die Broschüre wurde in der Gesamtverantwortung der Deutschen Sportjugend erstellt. Die Angaben zu den einzelnen Autor*innen finden Sie im Detail auf den Seiten 72-75 .

► Redaktion

Jörg Becker, Nina Reip,
Alexander Strohmayer,
Johannes Wirth (alle dsj)

► Gestaltung

amgrafik GmbH, Seligenstadt
www.amgrafik.de

► Marketing/Vertrieb

Jörg Becker (dsj)

► Bild-/Fotonachweis

Illustrationen: PM Hoffmann, Leipzig
www.pmhoffmann.de

S. 37/72: Ronny Blaschke © Sebastian Wells
S. 43/74: Sabine Poschmann © Tobias Schult
S. 65/75: Nina Reip © Torsten Giesen
S. 43/74: Silke Renk-Lange © Jessen Mordhorst
S. 76: Johannes Wirth © Alena Fleischmann

► Förderhinweis

Gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

► Druck

Unterleider Medien GmbH, Rödermark
www.uscha.de
Diese Broschüre wurde aus FSC®-zertifiziertem Papier hergestellt.

► Erscheinung

1. Auflage September 2022

► Copyright

© Deutsche Sportjugend, Frankfurt am Main,
September 2022

Alle Rechte vorbehalten: Ohne ausdrückliche Genehmigung der Deutschen Sportjugend ist es nicht gestattet, den Inhalt dieser Broschüre oder Teile daraus auf foto-, drucktechnischem oder digitalem Weg für gewerbliche Zwecke zu vervielfältigen. Gerne können die Texte für den Einsatz im Sportverein oder Sportverband genutzt werden.



Kontakt

Deutsche Sportjugend
im DOSB e. V.
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main

Telefon: 069 / 6700-0
Fax: 069 / 67 02 691
E-Mail: info@dsj.de
Internet: www.dsj.de
www.sport-mit-courage.de

